Das „schlafende Heer“ der Polen.

Leider kein Roman.

Von

Cardinal v. Widdern
Oberst a. D.

„Wir wollen den Polen nicht ihre Nationalität nehmen, wir wollen die Polen nicht ausrotten. Aber wir müssen das Deutschtum davor schützen, daß es seinerseits ausgerottet wird.“
Bismarck.

Preis 75 Pfennige.

1912.
Deutscher Ostmarken-Verein E. V. Berlin W. 62.
In Kommission bei Oskar Eulitz' Verlag, Lissa i. Posen.

Das „schlafende Heer“ der Polen.

Die Bekämpfung Preußens und des Deutschtums durch die Polen in Posen und Westpreußen seit 1815.

Deutsche Abwehrforderungen.

Von

Cardinal v. Widdern

Oberst a. D.

„Wir wollen den Polen nicht ihre Nationalität nehmen, wir wollen die Polen nicht ausrotten. Aber wir müssen das Deutschtum davor schützen, daß es seinerseits ausgerottet wird.“

Bismarck.

1912.

Deutscher Ostmarken-Verein E. V. Berlin W. 62.

In Kommission bei Oskar Eulitz' Verlag, Lissa in Posen.

Inhaltsverzeichnis.

Inhaltsverzeichnis.

Einleitung.

I.

Das „schlafende Heer" der Polen

und die Schlafkrankheit der Deutschen.

Im Jahre 1904 erschien aus der Feder der Frau Klara Viebig ein Roman unter dem Titel „Das schlafende Heer". Die Schriftstellerin führt uns nach der Provinz Posen. Sie gibt ein packendes Bild von den nationalen Kämpfen des Deutschtums gegen das Polentum im Rahmen der Vorgänge innerhalb einer deutschen Ansiedler- und einer Großgrundbesitzerfamilie und deren Beziehungen zu der sie umgebenden, vortrefflich geschilderten polnischen Welt. Der vielgelesene Roman hat politisch einen bedenklichen Fehler; er wirkt entmutigend auf das im Kampfe stehende Deutschtum und hebt die Zuversicht im Polenlager.

Die Verfasserin läßt dabei auch einen alten polnischen Schäfer auftreten, der, erfüllt von der Hoffnung auf die Wiedererstehung des polnischen Reiches, seinem Urenkel von dem „schlafenden Heer" der Polen erzählt, das im Posenschen Lande unter einem Berge, der „Lisa Gora" des Augenblicks gewärtig sei, wo es zur Befreiung der polnischen Erde sich würde erheben können. „Noch liegt," so erzählt der Schäfer, „die Lisa Gora unter dem Schnee. Aber, wenn der Schnee schmilzt, dann schmilzt auch die Erde, die die Schläfer deckt, und herauf steigt das Heer mit klirrenden Schwertern und blinkenden Sensen: „Es lebe Polen!" Und die Niemcy (die Deutschen) fliehen wie die Hunde, wenn der Wolf heult." — Vor dieser Erhebung würden „drei Zeichen gegeben werden" für das polnische Volk „von denen, die da unten schlafen in der Lisa Gora und wenn Ostern herankommt, dann werden die Ritter im Berge das dritte Zeichen geben, und sich erheben wie **ein** Mann".

Klara Viebig erfreut sich eines klaren Blicks. Aber in bezug auf das angeblich noch schlafende Heer hat er ihr versagt, so gründlich versagt, wie sehr vielen Deutschen, die um die Lisa Gora herum und anderwärts wohnen, selbst in Schlesien. Als das schlafende Heer in diesem Landesteil bereits längst eingefallen war, erklärte dort noch 1903 der Oberpräsident „in seiner Provinz gäbe es keine Polenfrage". Seit langem schon ist das schlafende Heer aus der Lisa Gora hervorgebrochen. Es hat sich ein Teil nach

Oberschlesien geworfen, ein anderer nach Ostpreußen zur Eroberung von Masuren, ein dritter hat in Westpreußen die Kassuben unterworfen, und ist darüber hinaus sogar in Pommern eingefallen, überall erfolgreich!

Ueberall „rücken" noch immer „die polnischen Fahnen vor", wie schon in den 1880er Jahren Bismarck hervorhob. Was sie wollen, darüber hat die Polenpresse keinen Zweifel gelassen. Sie stimmt ganz und gar überein mit dem Artikel des „Przeglad Wszechpolski" vom 1. Januar 1899, in welchem es u. a. hieß: „Die jetzt zu Preußen gehörenden Provinzen von Myslowitz in Oberschlesien bis Putzig an der westpreußischen Ostseeküste bilden eine notwendige Bedingung für das Erstehen des Polenreiches, sowie sie heute die Hauptbedingung für die Erhaltung der deutsch-preußischen Macht sind. . . . . . Armselig würde das künftige Polen sein, welches unsere Kinder und Enkel schauen werden, nicht nur ohne Posen, sondern auch ohne Schlesien, ohne Zutritt zum Meere, also ohne Danzig (d. h. ohne Westpreußen) und ohne Königsberg (d. h. ohne Ostpreußen). . . . . Nicht nur mit Preußen, sondern mit ganz Deutschland, auch mit der ganzen deutschen Gesellschaft müssen wir einen Kampf führen, einen Kampf auf Tod und Leben. . . . Die natürliche Entwicklung der Dinge, vor allem die sehr überlegene Volksvermehrung der Polen sprechen für einen Sieg der Polen. . . . Preußen muß also mit allen Mitteln streben, das Polentum zu schwächen" (das wird hier zugegeben! Der Verf.). „Diesen defensiven Charakter der deutschen Politik stellen wir um so lieber fest, als gewöhnlich derjenige verliert, der in der Verteidigung bleibt."*)

Das „schlafende Heer" der Polen ist schon längst bei der Arbeit zur Unterwerfung des Gebietes von Myslowitz bis Putzig und Königsberg. Seine Erfolge sind namentlich in Oberschlesien, d. i. im Regierunsbezirk Oppeln, einem Landesteil, der seit 750 Jahren vom polnischen Reich getrennt ist, höchst erschreckende. Ich habe dieselben schon in meinem 1909 veröffentlichten Schriftchen „Die Unterwerfung Oberschlesiens durch die Posener Polen" klargelegt.

Was die Posener Polen durch die seit den 1880er Jahren begonnene, zuerst heimlich, dann aber immer offener und herausfordernder betriebene Aufwiegelung der Oberschlesier geleistet haben, das bezeichnen sie selbst als „Bewaffnung unserer jüngsten Brüder", mit dem Zusatz: „Sie werden sich erheben, wenn die Zeit gekommen ist". Diese Aufwiegelung betrifft einen Bevölkerungsteil von gegenwärtig nahezu 1¼ Millionen Schlesier

---

*) Siehe ferner die Zitate im Kapitel XII „Die polnische Presse", namentlich das der Gazeta Grudzionska.

polnischer Mundart, die bis dahin treu zu König und Vaterland gehalten hatten, zu Treubruch und Landesverrat!

Wie wenige Deutsche — selbst in der durch die Posener Invasion so sehr schwer heimgesuchten Provinz Schlesien, geschweige denn weiter ab im Reich, sind es doch, die von diesem, von den Posener Polen erreichten Grad der Polonisierung Oberschlesiens überhaupt auch nur eine Ahnung haben! Wie viele Politiker aber, die sich der dort erzielten Machtstellung des Großpolentums bewußt sind, gehen nicht mit sträflicher Teilnahmslosigkeit an diesen und an anderen Erfolgen und Zielen des Polentums vorüber! Beschämend ist es!

Weiten Kreisen der die Ostmarken bewohnenden deutschen Bevölkerungsteile geht das Bewußtsein der Verantwortlichkeit ab, angesichts der vorrückenden polnischen Fahnen mitwirken zu müssen für die Erhaltung und Förderung der Machtstellung unseres Volkstums und des Reichs. Auch gibt es dort Leute, bei denen die Besorgnis vor materieller Benachteiligung in der eigenen Existenz die Mitwirkung lähmt. Dies kann man wohl verstehen. Aber es fehlt in den Ostmarken leider auch an solchen Elementen nicht, die aus materiellen Geschäftsinteressen sich der Bekämpfung des Großpolentums nicht nur nicht anschließen, sondern demselben sogar förderlich sind.

Außerhalb der Ostmarken haben sich das Interesse und das Verständnis unserer Volksgenossen für die Polenpolitik im ganzen Reich seit der letzten Zeit erfreulich gehoben. Dies gesteigerte Interesse zeigt sich u. a. auch in den seit einigen Jahren durch die Ansiedlungsprovinzen Posen und Westpreußen unternommenen sogenannten „Ostmarkenfahrten". Bei diesen sind namentlich Süd- und Westdeutsche gern beteiligt. Bei einer solchen Fahrt, die sich aus Männern aller Teile des Deutschen Reichs zusammengesetzt — es war in der Provinz Posen und man fuhr in einer stattlichen Anzahl von Wagen über Land durch die blühenden deutschen Ansiedlungsgemeinden, bemerkte ein Herr aus dem Bayernlande:

„Dies Land sollte eigentlich bayerisch sein!"

Ich weiß nicht, was er sich dabei gedacht hat. Als Preuße hätte ich ihm, dem Bayern, gern die Sorgen um die Ostmarkenpolitik und bereitwilligst auch die etwaigen Erfolge neidlos überlassen. Sollte er vielleicht zu seiner Bemerkung den Nachsatz nur nicht ausgesprochen, aber gedacht haben: „Wäre Posen bayerisch, dann würden die Polen gewiß schon völlig ausgesöhnt mit ihrem Geschick und die loyalsten Bayern und Angehörige des Deutschen Reichs geworden sein." Dem preußischen Staat sind nun einmal in dem tausendjährigen Kampf zwischen Germanen und Slaven von der Geschichte schwere große Aufgaben zugewiesen. Ob bei gleichen Verpflichtungen für das Reich und

für das deutsche Volk die Assimilierung eines fremden Volksstamms wohl einem andern deutschen Staat als dem preußischen besser gelungen wäre? Nehmen wir an, das entsprechend vergrößerte Bayern hätte neben seinen deutschen auch einige Millionen italienische Untertanen von gleicher, auf die Losreißung hinarbeitenden Haltung, wie die Polen. Würde man dann am Isarstrande vielleicht vorgezogen haben, sie sich zu einem Staat im Staat entwickeln zu lassen oder aber dem Deutschen Reiche zu empfehlen, diesen italienischen Reichsgenossen zu einer staatlichen Selbständigkeit zu verhelfen? Oder würde man nicht auch dazu gekommen sein, den fremden Volksstamm, der sich nicht assimilieren läßt, in gleicher Weise zu nehmen, wie wir Preußen — und zwar nicht am wenigsten aus Rücksicht auf die Pflichten gegen das Reich — unsere Polen, solange sie nicht klipp und klar erklären: „Wir verzichten ein für allemal auf jede staatliche Selbständigkeit, aber auch auf jede nationale Sonderstellung im Deutschen Reich, wir wollen vielmehr uns ganz und gar dem Gedeihen des Deutschen Reichs hingeben und in diesem aufgehen.“

„Dies Land sollte eigentlich bayerisch sein!“ Ist es denn aber wirklich nur preußisch allein und nicht daneben auch bayerisch? Bilden die Ostmarken nicht den Grenzwall des Deutschen Reichs und nicht nur den Preußens allein? Ist nicht das ganze deutsche Volk dazu verpflichtet, dem preußischen Staat seine schwere Aufgabe zu erleichtern und diesen Grenzwall zu verteidigen — nicht nur erst im Kriege, sondern schon im Frieden, damit ein Krieg unwahrscheinlicher wird und auch ein Polenaufstand?! Das kann aber nur geschehen durch eine vom ganzen deutschen Volk getragene kräftige Unterstützung des Kampfes gegen das vordringende, herausfordernde Polentum, das gegen uns, wenn auch anscheinend meist geräuschlos beständig sich auf dem Kriegspfade befindet — auf wirtschaftlichem wie auf politischem Gebiete.

Sollen die Nichtpreußen im Reiche ihre Pflicht zur Mitbehauptung der Ostmarken und der Machtstellung des Deutschtums in demselben erst dann betätigen, wenn der Kaiser die bayerischen oder sächsischen oder württembergischen Truppen an die Ostgrenze auf die Schanzen ruft und Blut fließen muß?!

Mit verschränkten Armen sehen der Bundesrat, der deutsche Reichstag und der preußische Landtag selbst dem zum Himmel schreienden Umsichgreifen des Posener Großpolonismus in Oberschlesien zu. Unter solchen Umständen scheint es mir nahe zu liegen, daß sich die Abgeordneten aller nationalen Parteien, allen voran aber diejenigen der niederschlesischen Wahlkreise, letztere für die Verteidigung ihrer Provinz, zu einer Interpellation wegen Oberschlesiens aufraffen.*) Es gilt, dem Vorwärtsdrängen der

*) Die Abgeordneten aus den oberschlesischen Wahlkreisen schwiegen

Polen zur Beherrschung Oberschlesiens den energischen Willen des ganzen deutschen Volkes entgegenzustellen, ihnen Einhalt zu gebieten, der gerade dort von der Staatsregierung wachsam, unerschrocken und tatkräftig gehandhabten Ostmarkenpolitik den Rücken zu stärken und ihr vermehrte Machtmittel für die Kampfführung zu geben. Auch der deutsche Reichstag darf in seiner Zurückhaltung gegenüber einer verfassungsmäßig allerdings zunächst preußischen Angelegenheit nicht zu weit gehen, wenn er die östlichen Wälle des Reiches zunehmend unter die Herrschaft der Polen geraten sieht. Es ist des Reiches Recht, zu verlangen, daß Preußen — Staat und Volk — die Machtstellung Deutschlands und unseres Volkstums an den östlichen Grenzwällen kraftvoll wahrt.

Das gilt aber nicht nur für Oberschlesien, sondern auch für die andern von den Eroberungszügen der Polen betroffenen Landesteile in Ostpreußen und in den östlichen Grenzkreisen Pommerns.

Ein schlafendes Heer gibt es also unter den Polen nicht mehr, wohl aber gibt es bei den Deutschen ein Heer von Leuten, die von der Schlafkrankheit befallen sind — von politisch Gleichgültigen oder Kleinmütigen oder über die Verhältnisse Unkundigen und von solchen, die auch politisch ihrem wirtschaftlichen Geschäftsinteresse nachgehen, Elemente, die allesamt auch von dem lautesten nationalen Notruf nicht zu erwecken sind! Dazu kommen Millionen unserer deutschen katholischen Mitbürger — und das nützen die Polen gründlich aus —, deren nationaler Herzschlag, gelähmt durch die konfessionelle Verbindung mit denselben, in der Polenfrage allemal auszusetzen pflegt. Sie werden dabei geleitet durch Richtlinien, die ihnen die Glaubensgemeinschaft und oft auch das weltliche Machtbedürfnis der römischen Kirche diktieren, im Gegensatz zu den vaterländischen Lebensinteressen.

Alle diese unerfreulichen Erscheinungen in unserm Volk sind tief bedauerlich, besonders einem Gegner gegenüber, der konfessionell nicht gespalten, nur eine Religion kennt, und das ist die „polnische", der wie ein Mann um sein nationales Banner zusammensteht und auf die deutschen Helfer weder mit Achtung, noch mit Dankbarkeit herabsieht.

Recht erfreulich ist es, daß in der Provinz Posen sich vor einigen Jahren „Vereine deutscher Katholiken" gebildet und

---

sich bisher hierüber aus. Das ist erklärlich, denn sie gehören alle entweder der Polen- oder der Zentrumsfraktion an, die früher alleinherrschend und in den letzten Jahren verbündet mit den Polen vorging. Unter den 20 Landtags- und 12 Reichstagsabgeordneten Oberschlesiens (Regierungsbezirk Oppeln mit am 1. 12. 1910: 2 207 981 Einwohnern, darunter 1 169 340 polnischer Mundart) befindet sich 1912 nur je einer, der nicht der Polen- oder Zentrumspartei angehörte, nämlich ein Konservativer. Seit der Reichstagswahl 12. 1. 1912 zeigt sich eine Abkehr des Zentrums von den Polen und in Oberschlesien eine Annäherung an die dortige deutsche Partei, — hoffentlich auf die Dauer!

zu einem Verbande zusammengefunden haben, der bei treuer Pflege der Anhänglichkeit an die Kirche mit warmer Entschiedenheit auch für die Pflege der Vaterlandsliebe und der deutschen Volksinteressen eintritt. Auch bei den Wahlen haben die Vereine deutscher Katholiken sich noch stets für den deutschen Kompromißkandidaten bewährt.*) Für Westpreußen tun diese Vereinsbildungen ebenfalls not.

Außer dem Zentrum steht auch die Sozialdemokratie nicht mit im Kampf gegen das vordringende Polentum. Im Gegenteil, sie ist ihm förderlich und zwar um so mehr, als die Polen immer mehr demokratisieren.

Die Tage, in denen der Liberalismus — und nicht nur dieser — in Deutschland für die „edlen Polen" dichtete und schwärmte und deren Selbständigkeitsbestrebungen entgegenkam, sind freilich lange vorüber. Man ist auch in jenen Kreisen sich der Gefahr der Wiederherstellung eines polnischen Reiches, dem auch die Provinzen Westpreußen und Posen angehören sollen, sehr wohl bewußt, schon wegen der unerträglich schweren Gefahr, daß alsdann eine polnische Armee oder deren voraussichtliche Besitznachfolgerin, die russische, in der äußersten Nordwestecke Posens nur wenige Märsche von der Reichshauptstadt Berlin stünde! Allein noch immer hat die Haltung eines Teils des Linksliberalismus, der an sich achtbaren und idealen Zuständen entsprechenden Parteidoktrin entsprechend, stark negierend auf eine kräftige Polenpolitik eingewirkt und ist der politischen und wirtschaftlichen Machtstellung der Polen recht förderlich gewesen.

Genug! Der polnische Wagen wird nicht nur von polnischen Pferden gezogen. Es liegt auch deutscher Vorspann davor!

Als vor zwei Jahren einer unserer Parlamentarier auf-

---

*) Gegründet aus Notwehr gegen die polonisierende Tätigkeit des polnischen Klerus, d. i. ihrer eigenen polnischen Pfarrgeistlichkeit, haben sie von deren Bekämpfung auch materiell schwer zu leiden. Solch ein Fall liegt gerade bei Abschluß dieses Schriftchens vor, indem die konservative „Schlesische Zeitung" vom 28. 2. 1912 berichtet, man schreibe ihr: Der polnische Propst einer Stadt der Provinz Posen führt gegen die dortigen deutschen Katholiken einen recht eigenartigen Kampf. Ein aus Schlesien stammender deutscher katholischer Kaufmann trat im letzten Jahre dem Verein deutscher Katholiken bei. Bald darauf erschien bei ihm ein Abgesandter des Probstes mit der Drohung, daß dem Kaufmann die gesamte polnische Kundschaft entzogen werden würde, wenn er nicht sofort aus dem Verein austrete. Der Kaufmann lehnte dieses Ansinnen ab, die Folge war, daß vor Weihnachten plötzlich die gesamte polnische Kundschaft ausblieb. Aehnliche „christliche" Boykotterklärungen erfolgten auch an andere Geschäftsleute und Handwerker, wobei die Mitglieder des Vereins deutscher Katholiken mit allerlei Schimpfworten belegt wurden. Die Zahl der deutschen Katholiken in Wollstein beträgt über 800, obgleich sie die meisten Kirchensteuern aufbringen, werden sie bei dem Gottesdienst in sprachlicher Hinsicht fast gar nicht berücksichtigt. Alle Beschwerden und Eingaben sind bisher unberücksichtigt geblieben.

gefordert wurde, an einer Informationsfahrt durch die Ansiedlungsprovinzen Posen und Westpreußen teilzunehmen, lehnte er dies mit der Bemerkung ab:

„Ich will mich nicht] präokkupieren lassen."

Dies ist in der Ostmarkenfrage ein typischer Grundsatz für eine gewisse politische Richtung. Sie kommt immer nur den Polen zustatten, nicht aber unseren vaterländischen Interessen. Mit Befriedigung darf man aber andererseits bezeugen, daß nicht wenige im politischen Leben stehende Männer auch aus linksliberalen Kreisen durch ein persönliches Bekanntwerden mit dem großen vaterländischen Ansiedlungswerk sowie mit der Lage der Deutschen in den Ostmarken und mit der Bekämpfung des preußischen Staates durch die Polen ihre Ansicht nach der realen Richtung hin recht ernstlich revidiert haben. Ein Mitglied der fortschrittlichen Volkspartei im Reichstag, aus Württemberg, das 1909 eine Informationsfahrt durch Posen und Westpreußen mitgemacht hatte, wurde gleich nach seiner Rückkehr im Reichstag von einem der Polenfraktion angehörenden Herrn gestellt und ihm das Befremden und Bedauern der Polen darüber ausgedrückt, daß er die Ostmarkenfahrt mitgemacht habe. Daraufhin gab der deutsche Fortschrittsmann dem Herrn Polen eine gebührende Antwort, ließ ihn stehen und ging weiter.

Am 26. Januar 1863 war es, daß im preußischen Abgeordnetenhause bei einer Polendebatte Bismarck die auch heute noch vollberechtigte Mahnung aussprach:

„Befremdlicher noch war es, daß die Interpellation der polnischen Fraktion von deutschen Abgeordneten mitunterzeichnet ist. Die Neigung, sich für fremde Nationalitäten zu begeistern, auch dann, wenn dieselbe nur auf Kosten des eigenen Vaterlandes verwirklicht werden kann, ist eine politische Krankheitserscheinung, deren Verbreitung sich leider auf Deutschland beschränkt."

Begünstigt durch das Verhalten der Deutschen selbst hat das Polentum die Bahn ziemlich frei gefunden für die teilweise schon seit den 1880er Jahren so erfolgreich betriebenen Offensiv-Unternehmungen aus seiner mächtig erstarkten Stellung in Posen und Westpreußen nach den Nachbarprovinzen. Hierüber berichtet in zwei getrennten Heften meine Schrift*):

„Polnische Eroberungszüge im heutigen Deutschland."

Heft I.

Das Vordringen der Polen im ostpreußischen sowie pommerschen Bodenbesitz und die Umtriebe der Polen unter den Masuren und den Kassuben.

---

*) Heft I erscheint im Sommer 1912, Heft II im Winter 1912 im „Deutschen Ostmarkenverein" E. V., Berlin W. 62. In Kommission bei Oskar Eulitz' Verlag, Lissa i. P.

Heft II.
Das Eindringen der Posener Polen in den schlesischen Bodenbesitz und die Insurgierung der Oberschlesier.

In der Provinz Posen geboren, habe ich das Recht und die Pflicht, meine Heimatsprovinz mit zu verteidigen, um so mehr als schon mein Großvater und Vater in diesem Landesteile dem Staate gedient haben*) und dort ihre Heimat hatten. Wie wohl allen deutschen Posenern liegt auch mir jede Voreingenommenheit und jede Gehässigkeit gegen die Polen fern. Aber sie führen einen Vernichtungskampf gegen unser Vaterland und das Deutschtum, und wir müssen uns unserer Haut wehren!

Cardinal v. Widdern.

II.

Bismarcks Mahnworte an die Deutschen in der Polenfrage und die Gründung des Ostmarkenvereins 1894.

Es war im September 1894, im achten Jahre nach Beginn des großen von ihm geschaffenen staatlichen Ansiedlungswerkes und im fünften Jahre nach dem Ausscheiden des ersten Reichskanzlers aus dem Dienst. Bismarck befand sich auf seinem Gute Varzin in Pommern und erklärte sich bereit, dort Abordnungen der deutschen Bevölkerung der Ansiedlungsprovinzen Westpreußen und Posen zu empfangen. Schwer besorgt um die Zukunft unseres Volkstums und um die Machtstellung des preußischen Staates in diesen Landesteilen infolge des unheilvollen Kurses, den zur Zeit — 1890—1895 — das Staatsschiff in der Polenpolitik innehielt,**) strömten die Posener mit 2400, die Westpreußen mit 1750 Männern und Frauen nach Varzin. Der Fürst empfing die ersteren am 16., die letzteren am 24. September unter freiem Himmel.

Für die Erschienenen galt es, dem allverehrten Volkshelden die Notlage des Deutschtums und die schwächliche Haltung der Staatsregierung gegen die Polen vorzutragen. In einer Vor-

*) Mein Großvater gehörte als Leutnant im Husarenregiment von der Trenck, das seine Standorte in dem 1772 zu Preußen gekommenen Netzedistrikt hatte, zu dem preußischen Truppenkorps, welches nach der Abtretung des Posener Landes an Preußen 1793 zur Besetzung desselben in dieses Gebiet einrückte. Hierbei schon 1794 invalide geworden, verblieb er danach auch ferner in der Provinz Posen. Mein Vater, dort geboren, wirkte, nachdem er als Offizier in der Schlacht bei Ligny (1815) verwundet und infolgedessen später (1822) genötigt war, den Abschied zu nehmen, bis zu seinem Tode (1840) gleichfalls in der Heimatsprovinz.

**) Siehe Kapitel IX.

besprechung über den Empfang drückte Bismarck seine Befriedigung darüber aus: „daß die Deutschen in den Ostmarken endlich anfangen, sich auf eigene Füße zu stellen."

Bezeichnend ist es, zum Vergleich mit dem heutigen Verhalten eines Teiles der Großlandwirte in der Provinz Posen, daß die hervorragendsten Führer der Wallfahrer nach Varzin und die Redner daselbst, sowie die Leiter der an sie anknüpfenden Gründung des Ostmarkenvereins — Großlandwirte gewesen sind: die Rittergutsbesitzer Heinrich und Erich v. Tiedemann, Kennemann, Dr. Ferdinand v. Hansemann, v. Witzleben und v. Mollard aus dem Posenschen und u. a. v. Fournier aus Westpreußen.

Das Zusammenströmen der Posener und Westpreußen zu Bismarck fiel in eine Zeit, in welcher eine von allerhöchster Stelle ausgegangene, ungewöhnlich große Vertrauenskundgebung für die Polen die Besorgnisse der Deutschen in den Ostmarken sehr vermehrte. Die Polenfraktion hatte 1893 unter ihrem Vorsitzenden, dem Großgrundbesitzer von Koscielski aus Posen, im Reichstage durch die Bewilligung für Heer und Flotte eine entgegenkommende Haltung gezeigt. Daraufhin nahm Kaiser Wilhelm II. Veranlassung, dem Herrn von Koscielski „für seine hingebende Arbeit" einen hohen Orden zu verleihen und ihn außerdem durch folgendes Telegramm auszuzeichnen: „Ich danke Ihnen und Ihren Landsleuten für Ihre Treue zu mir und Meinem Hause. Sie sei ein Vorbild für alle." Dieser selbe Herr von Koscielski, übrigens auch Mitglied des preußischen Herrenhauses, von dem man sich allen Ernstes bereits erzählte, er solle Oberpräsident von Posen werden, befand sich in den Tagen der Huldigungsfahrten der Ostmärker zu Bismarck bei einer allpolnischen großen Veranstaltung in Lemberg. Just an dem Tage, an dem der Altreichskanzler die 2400 Posener empfing, war es, daß Koscielski in einer Polenversammlung in Galiziens Hauptstadt ein erneutes Zeugnis der „vorbildlichen" Loyalität und Treue der polnischen Preußen gegenüber Kaiser, König und Reich gab, und zwar in einer Rede, in der es hieß:

„Manchen Leuten deucht es, als vermöchten sie, indem sie auf dem Körper des polnischen Volkes gewiß farbige Linien (Grenzen zwischen dem preußischen, russischen und österreichischen Anteile Polens) ziehen, ihn zu vernichten und zu zerstückeln . . . Ihr Galizier habt unsere Verdienste," d. h. diejenigen der Polen aus Polen und Westpreußen, „hervorgehoben. Deren sind aber nicht viele. Das, was wir jedoch als unser, und zwar als unser größtes Verdienst für uns in Anspruch nehmen, besteht darin, daß wir unsere jüngsten Brüder" (gemeint sind die seit 1163 von jenem Verbande mit einem polnischen Staatswesen losgelösten, treupreußisch und antipolnisch gesinnt gewesenen Wasserpolaken in Oberschlesien) „als die ersten zur nationalen Arbeit aufgerufen haben. Da wir sahen, daß unsern Händen

die Waffe entfällt, haben wir sie diesen jüngsten Brüdern in die Hand gedrückt."

Also eine „Waffe", wenn auch zunächst nur eine geistige, und zwar zum Angriff auf ihr deutsches Vaterland, zur Verleitung zum Treubruch und im passenden Falle zum Aufstand, zur Losreißung vom Reiche. Denn Koscielski fügte seinen Worten ausdrücklich noch hinzu: „Diese oberschlesischen Brüder polnischer Mundart, gegenwärtig 1 169 340, werden sich erheben, wenn wir nicht mehr sind."

Für die Leute, die sehen könnten und sehen — wollten, beleuchtete dieses intime, nur durch die Geschwätzigkeit polnischer Zeitungen veröffentlichte Geständnis von Lemberg auf einmal wie ein Blitzlicht den wahren Stand der Treue und Loyalität, sowie die Ziele der Polen. Von der damaligen Staatsregierung im Stich gelassen, raffte sich darauf das Deutschtum in den Ostmarken nunmehr zur Selbsthilfe auf. Endlich — endlich! Eines so kräftigen Faustschlags, wie ihn Koscielski durch seine Lemberger Enthüllungen dem deutschen Michel versetzte, hat es bedurft, um diesen aufzuwecken. **Die Gründung des Ostmarkenvereins knüpft direkt an diese polnischen Enthüllungen an.**

In schwerer politischer Besorgnis erschienen in Varzin am 16. und 24. September die 4150 Vertreter der posener und westpreußischen deutschen Bevölkerung vor Bismarck. Beide Male ließ der Altreichskanzler sich in längerer Rede über die nationalen Aufgaben der Ostmärker aus. In seiner ersten noch vor dem Bekanntwerden der Koscielskischen, sagte er u. a:

„Je stärker sich unser Nationalgefühl entwickelt, desto stärker wird Ihre Stellung werden. Lassen Sie den Mut nicht sinken, wenn auch Wolken vorhanden sind. Diese werden verschwinden. Die deutsche Zugehörigkeit der Warthe und Weichsel ist unerschütterlich. Wir haben jahrhundertelang ohne Elsaß-Lothringen gelebt. Wie aber unsere Existenz sich gestalten sollte, wenn heute ein neues Königreich Polen sich bildete" — und danach streben unsere preußischen Polen auch heute, nur sind sie noch selbstbewußter und politisch sehr viel mächtiger geworden, als sie 1894 gewesen — „das hat sich noch niemand auszudenken gewagt. Früher war es eine passive Macht. Aber heute, unterstützt von anderen Mächten, würde Polen ein aktiver Feind sein, und solange es nicht Danzig, Thorn und Westpreußen ebenfalls in seinen Besitz gebracht hat, nicht ruhen, abgesehen, was der leicht erregbare polnische Geist noch erstreben möchte, wird es stets der Bundesgenosse unserer Feinde sein. Auch die Polen haben Parteien. Aber sobald nationale Verhältnisse in Frage kommen, schwinden alle Parteifragen. Möchte es doch bei uns auch so werden, daß wir in allen nationalen Fragen in erster Linie nicht einer Partei angehören, sondern einer Nation. Und

mögen wir untereinander noch so uneinig sein, sobald es heißt: Deutsch oder polnisch?, muß die Streitigkeit vertagt werden durch den alten Berliner Grundsatz: „davon nach Neune". Jetzt heißt es: „Fechten und zusammenstehen." Wenn wir unter dem Trommelschlag des Sturmmarsches vorgehen, müssen wir unter der nationalen Grenze alle Parteiunterschiede vergessen und eine geschlossene Phalanx bilden, in welcher der Fortschrittsspeer dem Feinde ebenso entgegengehalten wird wie der reaktionäre oder der absolutistische. Wenn wir uns dahin einigen — und die Gefahren der Zukunft zwingen uns dazu —, dann werden wir auch unsere Frauen uud unsere Kinder für dasselbe stramme Nationalgefühl gewinnen. Haben wir erst unsere Frauen und die Jugend, dann sind wir gesichert, und es gehört zu unserer Aufgabe, daß wir unseren Kindern eine nationale Erziehung geben."

In betreff der Bedeutung der Haltung der Staatsregierung hob Bismarck hervor: „. . . . es bleibt immer ein mächtiges Gewicht in der Wagschale der Nationalitäten, der deutschen wie der polnischen, ob die preußische Regierung ihren Einfluß in voller Entschlossenheit und auch in einer für die Zukunft nicht anzuzweifelnden Deutlichkeit ausübt."

Dies gilt natürlich auch ganz besonders für diejenigen Regierungsorgane, die in den Kampfprovinzen in direkter Berührung mit dem polnischen Teile der Bevölkerung wirken.

In seiner acht Tage später, und zwar den Westpreußen gehaltenen Rede erwähnt der Fürst mehrere Male die inzwischen bekannt gewordenen Enthüllungen Koscielskis.

„Es klingt überall heraus, — sagte er — jetzt neuerdings wieder in Lemberg . . . immer schwebt den Polen vor: „die Wiederherstellung des Polenreiches vom Schwarzen bis zum Baltischen Meere", ein Ziel, das seitdem nur immer noch dreister und offenkundiger hervorgetreten ist. Wenn es einstweilen auch nur kleine Anfänge von einem Pufferstaat sind, wie sie es nennen, mit dessen Eventualität manche deutsche Polenfreunde sich befreunden . . ., wir müssen auf Leben und Tod dagegen ankämpfen."

Indem Bismarck näher auf die Schicksale Westpreußens einging, brachte er die Unterwerfung des Staates des Deutschritterordens durch die Polen in Erinnerung, als die Folge der Opposition seiner Untertanen, nämlich der deutschen Bürger in den von dem Orden gegründeten Städten und des aus Deutschland eingewanderten Landadels. Sie konspirierten — lediglich weil sie politische Vorteile, Privilegien und dadurch Macht und materielle Förderung erwarteten, mit den Polen.

„Also," so führte Bismarck weiter aus, „wenn wir nicht in der Uneinigkeit des deutschen Ordens, sondern in der Geschlossenheit, welche die deutsche Nation mit ihrem Kaiser bildet, dem Polonismus entgegentreten, so kann eine ernste Gefahr nicht wieder

vorliegen. Sie ist überwunden, sobald dieser Einklang der amtlichen und der nationalen Ueberzeugung innerhalb des Deutschtums den Polen gegenüber konstatiert ist."

Bismarcks Beitritt zum Ostmarkenverein. „Tapfere Beamte."

Kaum 7 Wochen nach Koscielskis Enthüllungen über die damals seit etwa 15 Jahren ganz unauffällig betriebene „Bewaffnung" der oberschlesischen „jüngsten Brüder" — am 4. November 1894 wurde als eine Notwehr der Ostmarkenverein gegründet. Auf die Meldung des Vorstandes an Bismarck über die Bildung desselben antwortete der Fürst am 20. November:

„Ich danke für gute Nachrichten und habe mit Vergnügen die Liste der Vereinsmitglieder gelesen. Sie wird noch vollständiger werden. Aber ich finde darin schon manche Namen, die ich darunter zu sehen kaum erwartet hatte und bei denen, besonders bei den Beamten, ich es" (in Anbetracht des damals von der Staatsregierung eingehaltenen Polenkursus) „als ein Zeichen ihrer Tapferkeit begrüße, daß sie mitmachen."

„Möge es den Beamten auf den oft recht schwierigen Posten, die ihnen auf den Grenzwällen des Deutschen Reiches anvertraut sind, an dieser Tapferkeit niemals fehlen!"

Fürst Bismarck und sein Sohn Herbert sind dem Ostmarkenverein beigetreten. Noch fünf Wochen vor seinem Tode, am 22. Juni 1898, richtete der Fürst ein Schreiben an den Vereinsvorsitzenden, Major von Tiedemann-Seeheim, in dem es heißt: „Ich bitte, dem Verein für die bisherigen guten Ergebnisse der Reichstagswahlen in Westpreußen und Posen meinen herzlichsten Glückwunsch auszusprechen."

Erster Abschnitt.

Die Bekämpfung Preußens und des Deutschtums durch die Polen in Posen und Westpreußen seit 1815.

Nach der Volkszählung vom 1. 12. 1910 haben die Provinzen

Posen: 2 099 831 Einwohner, darunter 806 720 deutsche, 1 278 890 polnische und 11 904 gemischtsprachige.

Westpreußen: 1 703 474 Einwohner, darunter 1 097 943 deutsche, 475 853 poln., 20 963 gemischtsprachige, außerdem 108 715 Kassuben.

I.

Die staatsrechtliche Stellung Westpreußens und Posens.

Westpreußen.

Durch den deutschen Orden auf dem platten Lande wie bei den Städtegründungen durchweg mit deutschen Ansiedlern besetzt, wurde die jetzige Provinz Westpreußen nebst dem Ermland 1466 an das Königreich Polen und bei der ersten Teilung Polens auf Grund einstimmigen Votums des polnischen Landtages 1772 nebst dem Netzedistrikt an das Königreich Preußen abgetreten. Die Besetzung durch preußische Truppen sowie die Huldigung (in der Marienburg) erfolgten ohne den geringsten Widerstand. Danzig wurde erst 1793 und Thorn erst 1795 an Preußen abgetreten. Das Land — dem preußischen Staate auch zur Verbindung mit der bis dahin getrennt gelegenen Provinz Ostpreußen wertvoll, empfing Friedrich der Große in einem völlig verwahrlosten Zustande. Erst die preußische Verwaltung und die Neubelebung deutscher Kultur haben den heutigen Blütestand der Provinz geschaffen. Seitdem ist Westpreußen bei unserer Monarchie verblieben. Der Netzedistrikt wurde 1815 der Provinz Posen angegliedert. Der polnische Bevölkerungsteil Westpreußens hat irgendwelche Rechtsansprüche auf Wahrung nationaler Sonderheiten nie besessen.

Friedrich der Große schrieb nach der Einverleibung, man habe ihm ein Stück Anarchie zu bessern und zu bekehren gegeben; die Polen seien nicht gesitteter als die Irokesen in Kanada. „Keine Ordnung, alles außer Rand und Band. Kulm z. B. sollte 800 Häuser haben, nicht 100 stehen, und ihre Bewohner sind Juden und Mönche, noch dazu von der elendsten Art.“ Aus dem „Netzedestrikt“ sagt Friedrich: von Ino-

wrazlaw (heute Hohensalza), er habe nie eine miserabler gebaute Stadt gesehen. Brombergs Einwohnerzahl war auf 600 gesunken. Fast überall in diesen armseligen Städten fehlten Aerzte und Apotheken. Einander gleich in ihrer Dürftigkeit, unterschieden sie sich um so mehr durch die Mannigfaltigkeit von Maß und Gewicht.

Ueber die Korruption der polnischen Staatsverwaltung auch in Westpreußen kann man Schlüsse machen, wenn man die Schilderung liest, wie es mit der Moral der Mitglieder des polnischen Reichstages gestanden hat, als dieser 1772 der Abtretung eines großen Teils des Königreichs an Rußland, Preußen und Oesterreich einstimmig zustimmte. Diesen Vorgang schildert der vom Ostmarkenverein herausgegebene „Polenspiegel" nach den Darlegungen des Generaldirektors der preuß. Archive Koser in seinem Buche „König Friedrich der Große": „Die drei Gesandten in Warschau, der Russe Stackelberg, der Preuße Benoit und der Oesterreicher Reviczky, die Triumvirn wie sie sich nannten, verständigten sich über die Verwaltung einer gemeinsamen Kasse, aus der die Gelder an die Senatoren und die Landboten gezahlt wurden. Es kam, wie Saldern, Stackelbergs Vorgänger, beim Scheiden aus Warschau geraten hatte: „„Versorgen Sie sich nur gut mit Kassa, allhier muß jeder 4 bis 6 Freunde unter den Personen von Gewicht und eine Anzahl Schreier haben; es genügt nicht, Geld unter diese Leute auszuteilen, man muß mit ihnen leben, sie bewirten und trunken machen, in vino veritas!"" Schon hatten Fürst Adam Czartoryski und andere Magnaten ihren Frieden mit der Zarin abgeschlossen, der eigentliche Geschäftsführer der drei Mächte auf dem Reichstage aber wurde der Reichstagsmarschall Graf Poninski. Die Versammlung tagte, um dem Liberum veto die Spitze abzubrechen, in den Formen eines Konföderationsreichstages. Am 14. Mai 1772 überwies das Plenum die Verhandlung mit den Mächten einer Delegation. Bis dahin hatte die Kasse der Triumvirn 8000 Dukaten aufgewendet. Um die Mitte des September waren die Gesandten mit der Delegation einig; am 30. wurden die Ausschußbeschlüsse vom Reichstage nach mehreren erregten Sitzungen einstimmig angenommen. Voll Genugtuung meldete der österreichische Gesandte nach Hause, die Formen seien derart gewahrt worden, daß es ganz den Anschein habe, als ob ein freiwilliger Vergleich abgeschlossen worden sei; auch habe die Sache nicht viel Geld gekostet, nur 15 000 Dukaten für jeden der drei Höfe aus der gemeinsamen Kasse. Die Volksvertreter waren nicht allzu anspruchsvoll gewesen, ein polnischer Fürst hat seine Stimme für 30 Dukaten verkauft, und manche hatten kein Gold genommen, sondern sich mit einigen Tonnen Salzes begnügt."

Die Initiative zur Teilung Polens ist von Rußland ausgegangen. Preußen nahm hierbei nur die Gelegenheit wahr, für sich und Deutschland wiederzuerlangen, was die nationale Interesselosigkeit und die Schwäche des Deutschen Reiches 1466 hatten an Polen fallen lassen, ein Gebiet, das durch das deutsche Schwert und den deutschen Pflug vom deutschen Ritterorden gewonnen worden war — gewonnen auf Veranlassung sowie unter Zustimmung des polnischen Herzogs von Masovien.

Die Provinz Posen.

Das Posener Land kam bei der zweiten Teilung Polens 1793 an die Krone Preußen. Der „Netzedistrikt" mit Bromberg, Schneidemühl usw., der heute (seit 1815) zur Provinz Posen gehört, war gleichzeitig mit Westpreußen schon 1772 an Preußen abgetreten worden. Rußland, auf dessen Betreiben die drei Teilungen Polens vor sich gingen, hätte sich auch das Gebiet der

heutigen Provinz Posen einverleibt, wenn dies die preußische Politik nicht verhindert haben würde. — Posen in russischen Händen oder im Besitz eines polnischen Pufferstaates zwischen Rußland und Deutschland würde uns vom Standpunkt der Landesverteidigung eine Grenze geben, bei der der Feind zum Einmarsch in das Deutsche Reich sich auf eigenem Boden nur 17 Meilen von Berlin entfernt versammeln könnte!

Nach dem unglücklichen Kriege 1806/07 gegen Napoleon mußte Preußen sowohl das Posener als das 1795 erworbene Warschauer Gebiet zur Bildung des Herzogtums Warschau abtreten. Dieses Herzogtum und seine Truppen blieben die Verbündeten Napoleons gegen Preußen auch im Kriege 1813/14. Auf Grund seines in diesem Kriege erkämpften Eroberungsrechtes wurde auf dem Wiener Kongreß die Provinz Posen der preußischen Monarchie wieder einverleibt. In der Wiener Schlußakte heißt es: „Die Polen werden, je nachdem sie Untertanen Rußlands, Oesterreichs oder Preußens sind, Einrichtungen, welche die Erhaltung ihrer Nationalität sichern, nach den Formen politischen Daseins erhalten, die jede der Regierungen ihnen zu bewilligen für nützlich und angemessen erachten wird." Die Polen selbst waren nicht vertragschließende Partei.*)

II.

Die Statthalterperiode in Posen 1815—1830.

In einer am 15. Mai 1815 erlassenen Besitzergreifungs-Proklamation an die polnische Mehrheit der Bevölkerung der Provinz Posen sagte König Friedrich Wilhelm III.:

„Ihr werdet Meiner Monarchie einverleibt, ohne eure Nationalität verleugnen zu dürfen. Ihr werdet an der Konstitution teilnehmen, welche Ich meinen getreuen Untertanen" (als solche haben die Polen sich aber nicht erwiesen!) „zu gewähren beabsichtige und ihr werdet wie die übrigen Provinzen eine provinzielle Verfassung erhalten. Die Religion soll aufrecht erhalten, die Sprache neben der deutschen gebraucht werden. Der Zutritt zu den öffentlichen Aemtern soll euch offen stehen."**)

---

*) Der preußische Ministerpräsident v. Manteuffel betonte im Abgeordnetenhaus am 2. 10. 1849 mit Recht, daß auf Erfüllung dieser Abmachungen doch nur diejenigen Anspruch haben, welche sie abgeschlossen haben, also nur die Kontrahenten (Rußland, Oesterreich, Preußen) und keineswegs die Polen. Die Verpflichtungen Preußens aus jenen Abmachungen von 1815 sind, wie der Abgeordnete v. Sybel bei der Beratung des Geschäftssprachen-Gesetzes im Abgeordnetenhaus am 7. 3. 1876 zutreffend bemerkte, in dem Augenblick erloschen, als Rußland infolge des Polenaufstandes 1830 erklärte, sich nicht mehr an jene Verträge gebunden zu erachten.

**) Diese Proklamation erhielt in dem Posener Landtagsabschied 14. 2. 1832 eine amtliche Auslegung dahin, daß der König der Beibehaltung der polnischen Sprache seine landesväterliche Fürsorge widmen wolle, „ohne daß Wir aber den Gebrauch dieser Sprache in öffentlichen Verhandlungen dadurch mehr einzuräumen gesonnen sind, als der Muttersprache eines Unseren Staaten einverleibten Volksstammes im Gegensatz

Diese Zusagen sind bis zum Polenaufstande in Rußland (1830) gehalten worden. Der König setzte über die Provinz, wie über jede der anderen Provinzen einen Oberpräsidenten, außerdem aber abweichend von den anderen als höchste Staatsgewalt in der Person des völlig loyalen Fürsten Radziwill einen Statthalter. Von 27 Kreisen wurden 23 der Verwaltung durch polnische Landräte anvertraut. Die Polizei auf dem platten Lande wurde 1823 in die Hände der Rittergutsbesitzer gelegt, auch der zahlreichen polnischen unter ihnen. Die Gesetze und Amtsblätter erschienen deutsch und polnisch. — Viele polnische Adlige wurden in preußische Offizierkorps aufgenommen. Bei Einrichtung der „Landschaft", des Kreditinstituts für den Großgrundbesitz der Provinz, traten 67 polnische neben 7 deutschen Landwirtschaftsräten in Tätigkeit. Bei den Gerichten kam die deutsche und die polnische Sprache zur Anwendung, maßgebend war die Sprache des Klägers. Trotz alledem regte sich unter den polnischen Edelleuten und der Geistlichkeit schon seit 1817 immer dreister das Verlangen nach Rechten, die zu einer Absonderung der Provinz und zur ausschließlichen Herrschaft des Polentums hätten führen müssen. An der 1819 in Russisch-Polen gegründeten „nationalen Freimaurerei" nahmen die Posener noch lebhafter teil als die Polen in Rußland. Die Verschwörungsverbindung zwischen Posen und Warschau leitete in Posen General Uminski und als dieser 1826 auf der Festung Glogau in Haft gehalten wurde, ein Graf Dzialynski. Seit 1825 war ein Aufstand in Posen in der Vorbereitung.

1827 wurde der Posener Provinziallandtag zusammen berufen. Die Wahlordnung sicherte den Polen die erdrückende Mehrheit. Diese drängten auf eine nationale Sonderstellung des „Großherzogtums" Posen. Im Landtage von 1830 machte sich diese Forderung noch schärfer geltend. Dabei hatte die Provinz bereits ⅓ deutscher Bewohner. Die Erfüllung der polnischen Forderungen, für welche Rechtsansprüche ganz und gar nicht vorlagen, wäre einem Selbstmord Preußens gleichgekommen.

---

zu der Landessprache gebührt". Außerdem ist die Proklamation des Königs vom 15. 5. 1815, wie in dem Posener Landtagsabschied vom 5. 8. 1841 hervorgehoben wird, doch nur unter der Voraussetzung ergangen, daß „das Nationalgefühl der polnischen Untertanen und die Richtung seiner ferneren Entwickelung die feste Schranke seiner Manifestationen in der untrennbaren Verbindung mit unserer Monarchie zu erkennen habe" — einer Voraussetzung, der jedoch die politische Betätigung der Polen niemals entsprochen hat. — Abgesehen davon, daß die Polen durch die Aufstandsversuche von 1846 und durch den Aufstand von 1848 ihren Anspruch auf die Erfüllung der Zusagen verwirkt haben, so sind die Zusagen in ihrer rechtlichen Bedeutung durch den Erlaß der Preußischen Verfassung null und nichtig geworden. — Mit Recht konnte daher Bismarck in seiner Polenrede am 28. 1. 1886 sagen: „Ich gebe keinen Pfifferling auf irgendeine Berufung auf die damaligen Proklamationen".

III.
Teilnahme am Polenaufstande in Rußland 1830/31.

Am 29. 11. 1830 brach in Warschau der Aufstand der Polen gegen Rußland aus. Die russischen Truppen mußten das Zartum Polen räumen, und erst nach einem Jahr und nach schweren Kämpfen war die Niederkämpfung des Aufstandes beendet. Die Posener adlige Jugend war zu den Aufständischen geströmt, geführt und gefolgt von preußischen Landräten und anderen Beamten. Schon nach Verlauf des ersten Monats der Revolution hatten 12000 Polen aus Posen und Westpreußen sich dem Insurgentenheer angeschlossen, worauf der Statthalter Fürst Radziwill, schmerzlich getäuscht durch das Verhalten seiner Landsleute, noch vor Schluß des Jahres 1830 sein Amt niederlegte und nach Berlin übersiedelte.

Nur schnelles militärisches Handeln verhinderte das Uebergreifen des Aufstandes nach Preußen. Die preußischen Regimenter mit vorwiegend polnischem Ersatz wurden in deutsche Landesteile verlegt. Noch gerade rechtzeitig überführte man die Waffen aus den Zeughäusern der polnischen Landstriche an gesicherte Plätze. Zur Absperrung der russischen Grenze sowie zur Beherrschung der eigenen polnischen Bevölkerung wurden das posensche und Teile des schlesischen, pommerschen, ost- und westpreußischen Armeekorps verwendet.

IV.
Revision der den Polen 1815 gewährten Begünstigungen.

Das getäuschte Vertrauen zu den Polen zwang Preußen zu einer vorbeugenden Revision seiner Ostmarkenpolitik. Den Ständen der Landkreise wurde das Wahlrecht der Landräte, den Rittergutsbesitzern die Polizeigewalt entzogen und zur Handhabung der letzteren staatliche „Distriktskommissare" eingesetzt. Die Schulsprache wurde deutsch. Auch führte man die preußische Städteordnung von 1831 in 37 Städten der Provinz Posen ein. — Der Schriftwechsel aller Verwaltungsbehörden hatte fortan nur in deutscher Sprache zu erfolgen.

Diese Reformen geschahen in der Verwaltungsperiode des Oberpräsidenten von Flottwell (9. 12. 1830 bis März 1841), dessen Tatkraft dem bis dahin gänzlich unberücksichtigt gebliebenen Deutschtum eine sichere Stütze war und der in der kulturellen Hebung der Provinz Großes geleistet hat. Flottwell tat auch den ersten Schritt für eine deutsche Ansiedlungspolitik. Viele polnische Großgrundbesitzer hatten sich durch ihre Teilnahme an der Revolution in Russisch-Polen wirtschaftlich ruiniert. Viele

Landgüter standen daher zum Zwangsverkauf. Flottwell erbat sich eine Million Taler vom Staat. Mit diesen Mitteln erwarb er für denselben 30 polnische Rittergüter, die er an Deutsche weiter veräußerte. Dem Oberpräsidenten Flottwell verdankte auch das Judentum große Fortschritte in der Emanzipation. Eine Hauptaufgabe suchte er in der Emanzipation der kleinbürgerlichen und bäuerlichen Bevölkerung von den zumeist polnischen Großgrundbesitzern. Bis 1837 waren in der Provinz 21344 bäuerliche Wirtschaften freies Eigentum ihrer Inhaber geworden. Auf den Staatsdomänen des Regierungsbezirks Posen allein wurden bis 1834 22 selbständige Dörfer mit 110000 Hektar und 4200 selbständige Wirtschaften reguliert, darunter 345 neugeschaffene Bauerngüter. Von den Domänen dieses Bezirkes sind auch 3200 Hektar zu bäuerlichem Eigentum veräußert worden.

V.

1840—1860. Die Regierung mit dem Vorsatz „die polnischen Herzen zu gewinnen".

Schon mit der Thronbesteigung Friedrich Wilhelms IV. (1840—1860) hatte die kraftvolle Hebung der Kultur und die Stärkung des Deutschtums ein Ende. Flottwell wurde 1841 von dem Posten des Oberpräsidenten von Posen in eine andere Stellung versetzt. Der neue König besaß eine geradezu schwärmerische Zuneigung zu den Polen. Bismarck hat dies einmal „den verhängnisvollen Irrtum eines edlen Herzens" genannt. Der neue Oberpräsident erhielt die Weisung „die Herzen zu gewinnen". Dem trotzigen Auftreten des Erzbischofs von Gnesen-Posen gegenüber zeigte Friedrich Wilhelm IV. gleich eine höchst bedenkliche Schwäche.*) Einige polnische Magnaten, nicht nur die dem

*) Im Jahre 1837, also noch zur Zeit Friedrich Wilhelms III., beantragte der Erzbischof Dunin von Gnesen-Posen — entgegen der bis dahin zu polnischer wie zu preußischer Zeit auch in seiner Diözese geübten Praxis der bedingungslosen Einsegnung gemischter Ehen — beim Könige die Genehmigung zur Wiederanwendung der päpstlichen Bulle „Magnae nobis admirationis" von 1748 in bezug auf die gemischten Ehen. Diese Bulle war jedoch durch den polnischen Reichstag von 1767 auch für das Posener Land außer Kraft gesetzt und stand im Widerspruch mit den preußischen Landesgesetzen. Der König beantwortete die Zumutung des Erzbischofs natürlich abschlägig, worauf dieser es für gut befand, zum offenen Ungehorsam überzugehen. Anfangs 1839 verbot er seiner Diözesangeistlichkeit die bedingungslose Einsegnung gemischter Ehen bei Strafe der Amtssuspension; nur gegen das Versprechen der Erziehung sämtlicher Kinder im katholischen Bekenntnis sollte die Einsegnung gestattet sein. Das Posener Landgericht tat seine Schuldigkeit und verurteilte den rebellierenden Kirchenfürsten, der sich auch während der Untersuchung äußerst widerspenstig gezeigt hatte, im Jahre 1839 wegen Ueberschreitung

Königlichen Hause verwandtschaftlich nahestehenden Radziwills, sondern auch andere, die, wie Graf Radczynski als Kunstfreund dem Könige nahestanden, gewannen einen unheilvollen Einfluß auf unsere Ostmarkenpolitik. — Diese lieferte durch Gründung der „katholischen Abteilung" im Kultusministerium 1842 (aufgehoben durch Bismarck 1873) die Schule völlig den polnischen Geistlichen aus. Die erste Tat derselben war der Erlaß des Kultusministers v. Eichhorn vom 24. 5. 1842, der die Polonisierung des Unterrichts in allen Volksschulen sowie in den unteren Klassen der Gymnasien zur Folge hatte, mit der Anordnung, daß jedem Kinde der Unterricht in seiner Muttersprache zu erteilen sei. Mit Vorliebe ernannte man polnische Geistliche, diese Todfeinde des preußischen Staates und des Deutschtums, zu Schulinspektoren. Diese, erst nach 31 Jahren durch Bismarck aufgehobene, unbegreifliche Schulpolitik hatte zur Folge, daß Tausende von deutschen Familien polonisiert wurden*) und die Absonderung sowie die nationalen Sonderbestrebungen unserer polnischen Mitbürger nur um so größer wurden.

---

der Amtsgewalt und wegen Uebertretung des Preußischen Landrechts zu sechs Monaten Gefängnis. Der Erzbischof wurde darauf von der Staatsregierung nach Berlin berufen. Er kam, verließ aber diese Stadt gegen den ausdrücklichen Befehl des Königs im Herbste, kehrte nach Posen zurück und nahm, wiewohl vom Amt suspendiert, seine Amtstätigkeit wieder auf. Friedrich Wilhelm III., so milde und so betagt er damals auch schon war, verstand einer solchen hochmütigen Auflehnung gegenüber keinen Spaß. Er ließ den Erzbischof am 6. Oktober 1839 im bischöflichen Palais zu Posen verhaften und nach Kolberg bringen, welche Stadt und Festung dem Staatsrebellen als Aufenthalt angewiesen wurde. Die Polen demonstrierten durch Anlegung von Trauerkleidung und danach wieder durch deren Ablegung nach dem am 7. Juni 1840 erfolgten Ableben des Königs.

Kaum sechs Wochen nach seiner Thronbesteigung schickte der König einen Geheimrat des Kultusministeriums nach Kolberg zu dem Erzbischof v. Dunin und tat, ohne vorher dessen etwaige Bitte um Freilassung abzuwarten, den ersten Schritt zu einer Besprechung über dessen Rehabilitierung durch die Gnade seines Landesherrn. Infolge dieser Unterhandlung versprach Dunin in einem an den König gerichteten Schreiben künftiges Wohlverhalten und erhielt hierauf die Erlaubnis zur Wiederaufnahme seiner Amtstätigkeit. Dabei war ihm zur Vorbedingung gemacht, daß die Rückkehr nach Posen ohne jedes Aufsehen und nach Tag und Stunde völlig überraschend zu erfolgen habe. Vertraute des Erzbischofs verfehlten jedoch nicht, dafür zu sorgen, daß dieses Wiedererscheinen in seiner Diözese sich zu einem wahren nationalen Triumphzuge gestaltete. Der König mußte erleben, daß der von ihm von Dunin geforderte Besuch beim Oberpräsidenten der Provinz Posen unterblieb. Er nahm es außerdem hin, daß — wenngleich der Erzbischof nunmehr seinem Klerus verbot, bei Mischehen die förmliche Zusage katholischer Kindererziehung zu verlangen, — Dunin den Geistlichen doch frei stellte, die Einsegnung von Mischehen zu verweigern. Trotz alledem zeichnete der Monarch kurz darauf bei der Huldigung in Königsberg gerade den rebellischen Erzbischof von Gnesen-Posen in jeder nur erdenklichen Weise aus. Dem Staate hat die Schwäche des Königs eine Niederlage bereitet.

*) Siehe auch die Einleitung zum „Schulstreik 1906/7" in Kapitel XI.

Auch eine polnische Universität wurde verlangt.

Je nachgiebiger Friedrich Wilhelm IV. war, desto anspruchsvoller traten die Polen mit neuen Forderungen auf. Von Dank, Anerkennung und „Versöhnung", von der in unseren Tagen auf deutscher Seite so viel die Rede ist, war — wie immer — keine Spur bei den Polen!

Später hat Bismarck einmal im preußischen Abgeordnetenhause gesagt: „Die Polen nehmen jede Konzession mit der einen Hand willig entgegen. In der anderen Hand aber halten sie das Schwert, mit der Entschlossenheit, mit demselben auf die Deutschen einzuhauen, wenn sich dazu geeignete Gelegenheit findet." Und so kam es denn auch diesmal.

VI.
Aufstandsversuch 1846.

In den 1840er Jahren entstanden in der Provinz Posen, auch in Westpreußen, verschiedene polnische Vereine mit harmlos klingenden Namen. Sie alle waren die Träger der von dem polnischen Zentrakkomitee in Paris ausgehenden geheimen Insurgierung der Polen in Posen und Westpreußen zur Organisierung eines Aufstandes. Als Sendling aus Paris erschien 1845 auch Miroslawski in Posen. Im Dezember traf er die letzten Vorbereitungen zur Waffenerhebung und zur Verteilung der Führerrollen. Die Ueberhastung der Polen führte jedoch dazu, daß das großangelegte Aufstandsunternehmen in verschiedenen vorzeitigen Einzelputschen verpuffte. Miroslawski, der oberste Führer, wurde, noch bevor es zur Erhebung gekommen war, am 12. 2. 1846 festgenommen. Einige Tage später erfolgte die Verhaftung anderer Verschwörer, namentlich einiger polnischer Offiziere der Posener Besatzung.*)

Ein Handstreich gegen die Zitadelle von Posen scheiterte. 254 Polen, die in verschiedenen Gegenden an den Vorbereitungen zum Aufstande oder an den ersten Versuchen dazu teilgenommen hatten, wurden am 3. 3. 1847 wegen Hochverrats verurteilt, darunter Miroslawski und sieben andere zum Tode. Der König begnadigte jedoch alle zum Tode Verurteilten zu einer Freiheitsstrafe.

*) Natürlich ist seitdem ein Offizier polnischer Herkunft eine sehr große Ausnahme in der preußischen Armee. Wenn es hier und da mal solche gegeben hat, so konnte man an ihnen in der Regel dieselbe Erfahrung machen. Solange sie dienten, waren sie gern gesehene Kameraden, die in ihrer nach außen hervortretenden Gesinnung weder nationale noch politische Gegensätze zu den Deutschen erkennen ließen. — Sobald diese Offiziere aber aus dem Dienst ausgeschieden waren, mieden sie jede Berührung mit deutschen Offizierkreisen und betätigten sich als oppositionelle Polen. Unser vaterländisches Heer hat nicht die Verpflichtung, in seinen Offizierkorps der zukünftigen polnischen Insurrektionsarmee die Führer zu erziehen!

VII.

Der Polenaufstand 1848.

Diese Verurteilung geschah während der schweren Gärung, welche in der deutschen und Verfassungsfrage ganz Deutschland erregte und am 18. März 1848 zu dem Volksaufstande in Berlin führte. Derselbe wurde schon am 19. März von den Truppen niedergeschlagen. König Friedrich Wilhelm IV. erteilte darauf eine Amnestie, die auch Miroslawski freigab. Dieser begab sich sofort nach Posen, wo man bereits zur Entfaltung polnischer Fahnen geschritten war. Dort trat Miroslawski an die Spitze des Polenaufstandes, der die ganze Provinz überzog. Eine Deputation aus Posen, an deren Spitze der dortige Erzbischof stand, verlangte in Berlin am 23. 4. vom Könige „nationale Reorganisation des Großherzogtums Posen". Die Geschäftssprache sollte die polnische sein und die Truppen auf national-polnischen Fuß gesetzt werden. Sämtliche Spitzen der Behörden, auch der Oberpräsident, müßten geborene Polen sein, die Landräte seien wieder von den Kreisständen zu wählen usw. — Diese Forderungen mutete man Preußen zu — zu einer Zeit, wo zur Bevölkerung von Posen neben 779000 Polen schon 571000 Deutsche zählten! Der König bewilligte sie jedoch am 24. 3. „im Prinzip".

Gleich nach der Ankunft Miroslawskis in Posen am 28. März ließ das polnische Nationalkomitee durch die eingesetzten „Kreisausschüsse" überall die „Republik Polen" ausrufen, die deutschen Beamten ab- und polnische einsetzen. Wo die Polen die Macht hatten, dort rissen sie die preußischen Hoheitszeichen ab, belegten sie die öffentlichen Kassen mit Beschlag und schrieben sie Steuererhebungen und Lieferungen für die sich bildenden Insurgentenscharen aus. Deutsche Bürgermeister wurden verjagt, Deutsche und Juden mißhandelt, später auch hier und da ermordet und verstümmelt. Die meisten kleinen Städte gerieten in die Hände der polnischen „Komitees". (Siehe hierüber im „Anhang" eine lebensvolle Darstellung.)

Miroslawski übernahm das Oberkommando über die Insurgenten. Die „regulären" polnischen Truppen (Jäger, Ulanen, etwas Artillerie und die Elite-Sensenmänner) wurden in den Lägern von Welna, Tremessen, Wreschen, Miloslaw, Schroda, Xions und Pleschen, also im südöstlichen Teil der Provinz Posen aufgestellt, zusammen am 10. April etwa 10000 Mann. Außerdem befanden sich zu dieser Zeit ungefähr 10000 Mann „Sensenmänner" als örtliche Wehrmacht in der ganzen Provinz verteilt.

Wenn die völlige Niederwerfung des Aufstandes durch die preußischen Truppen in einer Reihe von ernsten Gefechten sich 5 Wochen lang bis zum 9. Mai hinzog, so lag dies lediglich daran, daß die Unternehmungen der Truppen durch das unglückliche Eingreifen des vom Könige als „Königlichen Kommissar"

entsendeten Generals v. Willisen mehrfach unterbrochen wurde. Durch diesen paktierte der Monarch mit den Rebellen wie von Macht zu Macht. Willisen genehmigte denselben sogar die Zusammenziehung in 7 Lagern. Auf Drängen des kommandierenden Generals in Posen reiste er am 18. 4. endlich nach Berlin zurück.

In diesen Aprilverhandlungen hatte Willisen den Polen nicht nur alles bewilligt, was ihnen durch das Schreiben des Königs vom 24. 3. „im Prinzip" zugesagt worden war, sondern noch erheblich mehr: so ein selbständiges nationalpolnisches Armeekorps mit polnischen Fahnen und polnischen Kokarden, selbstgewählten Offizieren!! Nur die Ernennung des kommandierenden Generals wurde dem Könige zugestanden. Im einzelnen sagte Willisen auf militärischem Gebiet folgendes zu:

1. Die Landwehr (und die Reserve) wählt ihre Offiziere selbst (natürlich Polen), sie führt die Fahne des Großherzogtums Posen. Bei denjenigen Landwehrtruppen, bei denen der überwiegende Teil der Mannschaft aus Polen besteht, soll die Kommandosprache die polnische sein. Alle Polen dürfen die polnische Kokarden tragen. 2. Es wird ein polnisches Freikorps aus Freiwilligen gebildet. Dasselbe wählt seine Offiziere selbst. 3. Alle aus der Provinz Posen stammenden Offiziere und Soldaten der preußischen Armee, die zurzeit außerhalb dieser Provinz stehen, sind auf ihren Wunsch nach Posen zu versetzen, in Zukunft sollen also Wehrpflichtige polnischer Nationalität nur zu Truppen innerhalb der Provinz eingestellt werden. 4. Das Freikorps und die Landwehr werden nur auf den Großherzog von Posen vereidigt.

Damit nicht genug! Am 14. 4. erschien eine Königliche Kabinettsordre, nach der die Provinz Posen geteilt werden sollte in ein Gebiet, das im deutschen Bunde aufzunehmen wäre und einen polnischen Teil, zu dem auch die Stadt und der Kreis Posen fiel. — Zehn Tage später ließ Miroslawski durch einen seiner Adjutanten dem Könige die weitere Forderung zustellen, daß die Unabhängigkeit des „Großherzogtums" Posen erklärt werden müsse bei vollständiger Freiheit in seiner Ausgestaltung. Das „Großherzogtum" sei sofort von sämtlichen preußischen Truppen zu räumen.

Mit der Erfüllung solcher ihm von Hochverrätern und Rebellen vorgeschriebenen Zumutungen hätte der Staat Friedrich des Großen sich selbst sein Grab gegraben! — Als dann sehr bald der Aufstand niedergeschlagen worden war, wurde die oben erwähnte Kabinettsordre in betreff der Teilung Posens zurückgezogen. Sie hatte unter den Deutschen der Provinz tiefe Entrüstung und schwere Besorgnis hervorgerufen. Eingaben von ihnen an den König sowie an die Nationalversammlung in Frankfurt a. M. gaben der Stimmung Ausdruck, die sich des Deutschtums bemächtigt hatte und sprachen die Erwartung aus, von Preußen, von Deutschland nicht im Stich gelassen und nicht der Polonisierung preisgegeben zu werden. Während der Monate März, April und bis Mitte Mai hatte die deutsche Bevölkerung unter dem Polenaufstand schwer zu leiden. Sobald die preußischen

Truppen durch Willisen endlich freie Hand erhalten hatten, drängten sie die Insurgenten in mehreren Gefechten im Südosten der Provinz bis zum 9. Mai gegen die russische Grenze zurück, worauf die Freischaren sich in mehreren Verbänden ergaben, darunter auch Miroslawski. Zum zweiten Male wurde dieser Hochverräter — begnadigt!

Siehe auch den „Anhang" die packende Darstellung des Domänenpächters Kühne „Aus dem Polenaufstande 1848". Sie gewährt einen lebensvollen Einblick von der Notlage der deutschen Bevölkerung und was eine tatkräftige Selbsthilfe leisten kann.

Rechte auf eine Sonderstellung im oder zum preußischen Staat haben die Polen niemals gehabt. Weit über das Maß hinaus, zu welchem die Wiener Abmachungen von 1815 Preußen verpflichteten, war ihnen Friedrich Wilhelm III. anfänglich entgegengekommen bis zum Polenaufstand 1830. Von 1830 ab zwang das Interesse der Selbsterhaltung den Staat, die gewährten Vergünstigungen zurückzuziehen. Durch die Versuche zur Volkserhebung 1846 und durch den Ausbruch des Aufstandes von 1848 hatten die Polen vollends jeden Anspruch auf die Gewährung nationaler und politischer Sonderrechte für alle Zeiten verwirkt. Nun erklärte 1848 der König trotz Hochverrats und Aufstandes sowie trotz der Proklamation der „Republik Polen" sich zur Gewährung einer weitgehenden Sonderstellung Posens in der Monarchie bereit. Aber das polnische Nationalkomitee nahm sie nicht an, ging vielmehr in seinen Forderungen bis zur Autonomie mit Personalunion. Die polnischen Untertanen des preußischen Staates entfernten sich damit völlig von dem Boden der Wiener Verträge. Die Polen wurden niedergekämpft, und von Sonderrechten des polnischen Bevölkerungsteils im Deutschen Reich kann nie mehr die Rede sein. Die Wiener Abmachungen sind von den Polen zerrissen worden! Durch den Erlaß der preußischen Verfassung 1849 haben die Wiener Zusagen auch ihre rechtliche Bedeutung verloren. Die Polen haben zwar gegen diese Verfassung ebenso Verwahrung eingelegt — durch ihre Abgeordneten im Landtag — als dann 1867 Einspruch gegen die Einverleibung in den damals gegründeten Norddeutschen Bund, aber ohne Rechtsansprüche hierzu.

Die polnische Landbevölkerung war übrigens der preußischen Regierung damals zugetan und sich bewußt, daß sie Preußen ihre Emanzipation und die Hebung ihrer Verhältnisse zu danken hatte. Der Adel und die Geistlichkeit haben den Aufstand gemacht — der gebildete städtische Mittelstand war damals wenig zahlreich. Die Freischaren setzten sich zumeist aus den abhängigen Dienstleuten der polnischen Rittergutsbesitzer und dem städtischen Proletariat zusammen.

Nach geschehener Niederwerfung des Aufstandes erließ der General v. Pfuel, der neuernannte Königliche Kommissar, am

23. März eine Kundmachung an die Polen, in der es sehr bezeichnend heißt:

„Für was ist denn so viel Blut geflossen? Euere Verführer sagten Euch ja, und das sagen sie ebenso auch heute in bewußter Irreführung der Massen —, Ihr sollt evangelisch gemacht werden, Ihr seid aber doch grade ebenso gute Katholiken geblieben, wie zuvor! Sie sagten Euch, Euere Kirchen und Altäre werden zerstört. Und Euere Kirchen und Altäre stehen unangetastet, Euch zum Trost nach so schweren Leiden."

Schwer getäuscht durch die Polen, ließ Friedrich Wilhelm IV. es doch bei seinen vor dem Aufstande von 1848 diesen gewährten Begünstigungen. Vorstellungen hierüber soll er öfter mit der Bemerkung: „Kommen Sie mir nicht mit Posen" abgewiesen haben.

Verhalten polnischer Soldaten in preußischen Truppenteilen im Kampf gegen die Insurgenten.

Einige der zur Niederkämpfung des Polenaufstandes verwendeten Truppenteile hatten auch einen Bruchteil polnischer Mannschaften. Neben einigen recht rühmenswerten Beweisen von Fahnentreue und Anhänglichkeit an ihren Truppenteil und ihre Vorgesetzten und von standhaftem Widerstand gegenüber Verlockungen zur Fahnenflucht, sind aber auch zahlreiche Fälle von Desertionen und von Ueberläuferei zu den Insurgenten zu verzeichnen. Major Kunz weist in seiner wertvollen Schrift „Die kriegerischen Ereignisse im Großherzogtum Posen 1848" (1899 bei Mittler, Berlin) folgende Fälle nach:

Beim 19. Infanterie-Regiment desertierten in den ersten drei Wochen 25 Mann, außerdem gingen 4 Mann während des Gefechts bei Miloslaw mit Wehr und Waffen zu den Aufständischen über.

Beim 7. Infanterie-Regiment desertierten am 11. April allein beim Füsilier-Bataillon (von den anderen Bataillonen noch andere) 27 Mann in Uniform, darunter einer mit Wehr und Waffen. — Nach dem Gefecht bei Miloslaw wurden 24 Mann des II. Bataillons, fast sämtlich Polen, vermißt. — Bei demselben Bataillon verloren am 26. April mehrere Polen (absichtlich) ihre Gewehre. Zwei Tage vorher mußten bei demselben Bataillon 3 Polen wegen grober Widersetzlichkeit verhaftet werden.

Vom Landwehr-Bataillon Posen gingen am 2. Mai bei Komornik 70 bis 80 Wehrleute offen zu den Insurgenten über und kämpften dann am 6., 8., und 11. Mai in preußischer Uniform gegen preußische Truppen. — Ebenso gingen am 8. Mai mehrere Wehrleute des 14. Landwehr-Regiments zu den Insurgenten über.

Auch beim 6. Infanterie-Regiment kamen einige Desertionen vor.

Die Polnische Geistlichkeit 1848.

Vom Erzbischof von Posen-Gnesen herab bis zum jüngsten Kaplan wirkte die Geistlichkeit fast durchweg schürend und führend auf die Waffenerhebung gegen den preußischen Staat sowie auf den Fanatismus gegen das Deutschtum und die Juden ein. Wiederholt beteiligten sich polnische Priester an den kriegerischen Unternehmungen, einige Male nachweislich auch am Kampfe selbst. Wiederholt fanden sich unter den Gefangenen auch Priester vor.

Polnische Blut- und Greueltaten.

Ueber solche, verübt an deutschen und jüdischen Mitbürgern sowie an Soldaten in Tremessen, Wreschen, Adelnau, Koschmin, Kowalewo, Raschkow, Xions, Sokolowo und Buk — berichtet Major Kunz' oben erwähnte Schrift.

VIII.

Unter Wilhelm I. (1860—1888) = Bismarck (seit 1862—1890).

Die ersten 12 Regierungsjahre Wilhelms I. genossen die Polen den Vorteil, daß die Staatsregierung wenig dazu kam, sich um ihr Treiben zu kümmern. Für die große 1860 vorgenommene Armee-Reorganisation bewilligte die Mehrheit des Abgeordnetenhauses auch nach zweimaliger Auflösung des Hauses die Mittel nicht. Der darüber entstandene Konflikt (bis Herbst 1866) sowie 1864 der dänische und 1866 der gegen Oesterreich und dessen deutsche Bundesgenossen geführte Krieg um die Vorherrschaft in Deutschland und danach der französische Krieg von 1870/71 nahmen die Aufmerksamkeit der Staatsleitung ganz in Anspruch. Inzwischen gab es zwar unter den Polen in Posen und Westpreußen eine große nationale Erregung aus Anlaß des 1863/64 in Russisch-Polen wütenden Polen-Aufstandes. Allein König Wilhelm I. ordnete sofort die Absperrung der russischen Grenze durch große Teile der 4 längs der Ostgrenze stehenden Armeekorps an. Somit kam es nicht zum Uebergreifen der Insurrektion auch auf preußisches Gebiet, und unsere polnische Bevölkerung empfand keine Lust, sich auch ihrerseits wieder zu erheben, jedoch nur, weil sie sich einer kraftvollen Regierung gegenübersah. Ein Jahr dauerte die Niederkämpfung des Aufstandes durch die russischen Truppen. Mit scharfer Hand strafte Rußland wie schon nach dem Aufstande von 1830 seine polnischen Untertanen durch Hinrichtungen, Verbannungen nach Sibirien, schwere Geld- und Naturallieferungen, Einziehung aller Güter der an der Revolution beteiligten Grundbesitzer, Auflösung der 114 römisch-katholischen Klöster, Uebertragung des gesamten Eigentums der römischen Kirche auf den Staat. Ein Gesetz ordnete an, daß kein Pole Grundeigentum erwerben dürfe und Landgüter nur auf Deszendenten vererbt werden dürften, andernfalls seien sie zu verkaufen, niemals aber an einen Polen. Das polnische Schulwesen wurde der griechisch-orthodoxen Schulaufsicht unterstellt, die polnische Sprache im öffentlichen Verkehr verboten. Wie anders Preußen! Nach dem Aufstande 1848 ließ es Gnade walten.

Preußen hat es 1863/64 an nichts fehlen lassen, um jede Unterstützung des Aufstandes in Rußland durch die preußischen Polen zu verhindern. Das „Großherzogtum Posen" hatte 1863 von der provisorischen Regierung in Warschau Befehl bekommen, dem Aufstande Mannschaften, Pferde, Waffen und Geld zu-

zuführen. Dem „Komitee des Großherzogtums Posen“, Vorsitzender Graf Dzyalinski, gelang es tatsächlich, wenn auch in nicht erheblichem Umfange, den Insurgenten Kriegsmittel zuzuführen.

Ein gewaltiges Werk war in den ersten 10 Regierungsjahren Wilhelms I. vollbracht: Preußen um die jetzigen Provinzen Schleswig-Holstein, Hannover und Hessen-Nassau vergrößert, das Deutsche Reich, die langersehnte deutsche Einheit geschaffen worden. Nun wandte Bismarck seine Tatkraft auch der Kräftigung der Staatsgewalt und des Deutschtums gegenüber den Polen zu. Der damalige Oberpräsident v. Horn in Posen hatte warnend auf die nationalpolitischen Umtriebe derselben und auf die entstandenen polnischen Organisationen aufmerksam gemacht. Schon bald nach seiner Rückkehr aus dem französischen Kriege am 2. 8. 1871 und dann wieder am 31. 12. 1871 wies der Reichskanzler Fürst Bismarck den Minister des Innern auf „das auf revolutionäre Zwecke gerichtete polnische Vereinswesen“ u. a. hin. Am 7. 2. 1872 schreibt Bismarck demselben Minister:

„Ich habe das Gefühl, daß auf dem Gebiete unserer polnischen Provinzen der Boden unter uns, wenn auch heute noch nicht auffällig wankt, doch so unterhöhlt wird, daß er einbrechen kann, sobald sich von auswärts her eine mit den Polen zusammenwirkende z. B. „polnisch-österreichische Politik entwickelt“, welche auswärtige Kombination damals am leichtesten eintreten konnte. Heute sind es andere Kombinationen.

Damals war der Erlaß von 1842, der in der Provinz Posen für die Volksschule und die unteren Klassen der Gymnasien die polnische Unterrichtssprache einführte und die Inspektion der Volksschulen zumeist polnischen Geistlichen überantwortete, 30 Jahre in Wirksamkeit. Das hatte die polnische Sache mächtig gefördert und — wie erwähnt — Tausenden von deutschen Familien die planmäßig betriebene Polonisierung gebracht.*) Diese 30 Jahre

*) Unter der Herrschaft des Erlasses von 1842 und namentlich infolge des Umstandes, daß die Schulinspektion in den Händen polnischer Geistlicher lag, sind in den 1840er und 1850er Jahren auch die 7 deutschen sogenannten „Bamberger“-Dörfer in der Nähe von Posen unter den Augen der Posener Regierungsbehörden völlig polonisiert worden, obwohl, wie amtlich festgestellt ist, bis dahin diese Leute nur der deutschen Sprache mächtig waren. Siehe darüber das Schriftchen: „Die Bamberger bei Posen“ von Dr. M. Bär (bei Jalowicz in Posen 1882). Die Bamberger, noch heute erkennbar an der von der polnischen abweichenden Frauenkleidung, waren noch zur Zeit des Königreichs Polen von der Stadt Posen als deutsche Katholiken in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts auf den erwähnten 7 Kämmereigütern angesiedelt worden. — Seit Ende der 1850er Jahre polonisiert, erwiesen sich die „Bamberger“-Familien bei dem 1906/7 herrschenden Schulstreik gegen den deutschsprachigen Religionsunterricht als „gesinnungstüchtige Polen“ in vorderster Reihe.

Auch noch in den 1868 eingeführten „Grundzügen für die Unterrichtspläne einklassiger katholischer Volksschulen in Posen“ wurde der Unterricht in der Muttersprache der Mehrzahl der Schulkinder abgehalten. Das Deutsche blieb in Schulen mit polnischer Unterrichtssprache

bezeichnen einen schweren Rückgang der Assimilierung Posens und Westpreußens mit Preußen und dem Deutschtum. — Endlich griff der Staat zur Förderung der deutschen Ausgestaltung unserer Schule ein. Der Oberpräsidialerlaß vom 27. 10. 1873 für Posen führte in den Volksschulen als **Unterrichtssprache die deutsche** ein. In bezug auf den Religionsunterricht bestimmt der Erlaß:

„Der Unterricht in Religion und im Kirchengesang wird den Kindern polnischer Zunge in der Muttersprache erteilt. Wenn dieselben jedoch in der Kenntnis der deutschen Sprache soweit fortgeschritten sind, daß ein richtiges Verständnis auch bei der in deutscher Sprache erfolgenden Unterweisung erreicht werden kann, so ist letztere mit Genehmigung der Regierung auch in diesen Gegenständen auf der Mittel- und Oberstufe als Unterrichtssprache einzuführen."

Ferner verfügte der Erlaß:

„Das Polnische bleibt Unterrichtsgegenstand für die Kinder polnischer Zunge. Doch kann die Regierung in geeigneten Fällen das Gegenteil bestimmen." Auf Grund dieser Anordnung wurden von jetzt ab polnischen Kindern auf der Unterstufe (2 Jahre) 5, auf der Mittel- und Oberstufe je 3 Stunden polnischer Sprachunterricht erteilt.

Die Durchführung des Erlasses stieß überall auf leidenschaftlichen Widerstand des Polentums. Im Abgeordnetenhause kamen oft genug Verhetzungen und Herausforderungen in der polnischen Presse und bei Versammlungen zur Sprache. Auf Grund derselben und der inzwischen immer erkennbarer gewordenen Propaganda für die Wiederherstellung des polnischen Reiches sah sich das Ministerium Bismarck am 7. 9. 1887 (Kultusminister v. Goßler) veranlaßt, auf Grund königlicher Ermächtigung zu verfügen, daß künftig in sämtlichen Volksschulen Posens und Westpreußens der polnische Sprachunterricht in Wegfall zu kommen habe und die dadurch freiwerdenden Schulstunden dem deutschen Sprachunterricht zugewiesen werden sollten.

1886 wurden vom Landtage drei weitere Schulgesetze angenommen. Das Gesetz vom 12. 7. 1886 erteilte für Westpreußen, Posen und den schlesischen Regierungsbezirk Oppeln das Recht zur Anstellung von Lehrern, Lehrerinnen an den Volksschulen allein der Regierung. Damit entzog das Gesetz dem

---

Lehrgegenstand, aber mit ungenügender Stundenzahl. Hierbei sind die im Gemenge mit polnischen Kindern unterrichteten deutschen Kinder polonisiert worden. Daß dies aber auch da, wo die Deutschen die Mehrheit bildeten, wie in den Bamberger Dörfern, geschah, lehrt der oben erwähnte Vorgang. In einem der Bamberger Dörfer Rataj, wo bis 1842 die „Interessenten nur der deutschen Sprache mächtig waren", ordnete der polnische Ortsgeistliche 1850 an, daß der gesamte Unterricht nur in polnischer Sprache zu erteilen sei und verbot jede deutsche Unterhaltung in den Räumen des Schulgehöfts. Endlich 1856 wagten es die Eltern, sich bei der Regierung hierüber zu beschweren. Erst 1858 schickte diese ihren Regierungsschulrat zur Prüfung der Angelegenheit dorthin. Wieder 2 Jahre später ordnete die Regierung an, daß sich der Lehrer in Rataj der polnischen und deutschen Sprache „in gleicher Weise" zu bedienen habe. So wurden in Rataj die kerndeutschen Bamberger polonisiert.

polnischen Klerus und Großgrundbesitz sowie den polnischen Landgemeinden die Einwirkung auf Besetzung der Lehrerstellen. Ausnahmen wurden bewilligt. Der Neigung polnischer Eltern, ihre Kinder dem deutschen Unterricht zu entziehen, sollte das Gesetz vom 6. 5. 1886 entgegenwirken, indem es dieselbe mit den gleichen Maßregeln bekämpfte, wie solche in den Provinzen des Landrechts bereits bestanden.

Mit Begründung des Deutschen Reiches hatte Preußen als der Hüter der Ostmarken dem ganzen deutschen Volk gegenüber auch die Verpflichtung übernommen, die östlichen Grenzwälle vor der polnischen Ueberflutung zu sichern. Diese Sicherung mußte Preußen in erster Linie in der konsequenten Durchführung der deutschen Schule suchen, dann aber endlich auch in der beständigen Zuführung von deutschen Ansiedlern und Seßhaftmachung derselben auf eigener Scholle. Die Grenzwälle verlangen eine deutsche Besatzung! Da nun aber der polnische Bevölkerungsteil vermöge geringerer Abwanderung und ungleich stärkerer Vermehrung durch Geburten die Deutschen numerisch erdrücken würde, so gebietet die Erhaltung der Machtstellung des Reiches und des Deutschtums dort eine fortlaufende numerische Stärkung des deutschen Elements. Dieser Pflicht ist Preußen durch das **Ansiedlungsgesetz für Westpreußen und Posen** von 1886 und seinen Ergänzungen von 1904 und 1908 (Enteignungsparagraph) nachgekommen. Wie sehr das vaterländische Ansiedlungswerk diesem Zwecke entspricht, zeigt die Volkszählung. Diejenige von 1910 ergiebt zum ersten Male seit 1815 ein rasches Aufsteigen der deutschen Bevölkerungsziffer. Von 1871—1890 vermehrte sich in der Provinz Posen die polnische Bevölkerung um 16—17 pCt., die deutsche nur um 2—3 pCt., von 1890—1900 die deutsche um 3—4, die polnische um 10,35 pCt. Von 1900—1910 ergab sich ein Ansteigen der deutschen um 12,56, während die polnische auf 10,35 pCt. stehen geblieben ist. Die Ansiedlungskommission hat in den ersten 25 Jahren bis Ende 1910 in beiden Provinzen 385460 ha erworben, darunter leider nur 110800 ha aus polnischer Hand gewinnen können, und 19000 deutsche Bauernfamilien, 1050 ländliche Handwerker- und Arbeiterfamilien sowie 5000 ledige Arbeiter und Handwerker, insgesamt 131000 Deutsche fest angesiedelt. Bewilligt worden sind für diesen Zweck vom preußischen Staat bis 1911: 550 Millionen Mark, darunter 75 Millionen zur Umwandlung alter bäuerlicher Wirtschaften in Ansiedlungs-Rentengüter (Besitzbefestigung). Darüber hinaus sind noch 50 Millionen für die Besitzbefestigung bestehender Rittergüter in Rentengüter zur Verfügung gestellt. (Siehe hierüber die Fußnoten Seite 38/39.)

„Wir wollen," so erklärte Bismarck, „den Polen nicht ihre Nationalität nehmen, wir wollen das Polentum nicht ausrotten. Aber wir müssen das Deutschtum davor schützen, daß es seinerseits ausgerottet wird!" Bei den Verhandlungen,

betreffend das Ansiedelungsgesetz im Abgeordnetenhause rief Bismarck den Polen zu: „Erklären Sie, daß Sie nicht an die Wiederherstellung Polens auf Kosten des territorialen Besitzstandes der preußischen Monarchie denken, und die (Ausnahme-) Gesetze gegen Sie werden im Augenblick überflüssig." Da gab ein Mitglied der Polenfraktion der Probst Stablewski (er wurde nach Bismarcks Ausscheiden — Erzbischof von Posen!!!) zur Antwort: „Deus mirabilis, fortuna variabilis!" d. h. „Gott ist reich an Wundern, das Schicksal der Völker wechselvoll, wir Polen erwarten allerdings die Wiederherstellung Polens".

Zweiundzwanzig Jahre später, 16. 1. 1908, als das Enteignungsgesetz vorlag, richtete der nationalliberale Abgeordnete Hobrecht im Abgeordnetenhause an die Polenfraktion die Aufforderung: „rundweg und ohne Klausel eine rückhaltslose Erklärung abzugeben, daß sie nicht daran dächten, die Zugehörigkeit zu Preußen, also zu Deutschland lösen zu wollen!" Die „Preußen auf Kündigung", wie die Polen von Bismarck bezeichnet wurden, fanden für gut, durch beredetes Schweigen zu antworten. Dafür verkündet aber ihre Presse immer und immer wieder um so deutlicher, daß alle Geister auf die Losreißung von Deutschland hinarbeiten.

Der in dem „Verbande polnischer Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften" einheitlich und straff zusammengehaltenen wirtschaftlichen Kampforganisation steht das deutsche Genossenschaftswesen in Posen und Westpreußen getrennt in fünf Verbänden gegenüber.

Dem polnischen Verbande verlieh unter dem Ministerium Caprivi der Handelsminister v. Berlepsch das politisch bedenkliche Recht der Selbstrevision.

IX.

Kaiser Wilhelm II. seit 1888. Erneute Versuche mit der Versöhnungspolitik. Erneute schwere Enttäuschung. 1890—1895.

Seit den 1860er Jahren treibt das Polentum in Posen wie in Westpreußen den Kampf gegen das Deutschtum auch auf wirtschaftlichem Gebiete. Mit der Gründung ihrer Parzellierungsbanken — seit 1896 — haben die Polen auch den Kampf um den Boden aufgenommen.

Nach Bismarcks Entlassung 1890 ernannte Kaiser Wilhelm II. den General v. Caprivi zum Reichskanzler. Er schied schon 1895 aus diesem Amt. In dem Bestreben, ein gutes Verhältnis mit den Polen herzustellen, wurde 1890 der Abgeordnet Stablewski Erzbischof von Posen. Man täuschte sich jedoch über die versöhn-

liche Einwirkung desselben. 1891 erfolgte die Milderung der von Bismarck angewendeten Maßregel der Ausweisung von polnischen Arbeitern aus Rußland und Galizien. In demselben Jahre gestattete die Staatsregierung, in den Schulräumen polnischen Sprachunterricht zu erteilen, eine überaus nachteilige Maßregel, die später unter einem einsichtsvolleren Regiment natürlich wieder aufgehoben werden mußte, was dann aber neue Erregungen verursachte. Anknüpfend hieran charakterisiert Professor Bernhard die Periode 1890—1895 höchst zutreffend wie folgt:

„Auch wirtschaftlich wurden die Polen, die sich nach dem scharfen Eingreifen der Bismarckschen Ansiedlungspolitik in recht bedenklicher Lage befanden, jetzt von der Regierung gestärkt. So kam z. B. die Königliche Generalkommission den jungen in Geldverlegenheiten befindlichen polnischen Parzellierungsbanken zu Hilfe, außerdem erhielten die polnischen Genossenschaften zu ihrer eigenen freudigen Ueberraschung das Revisionsrecht, das noch heute ihre feste rechtliche Grundlage bildet. Ja, man kann geradezu sagen, daß der Aufschwung des polnischen Finanzwesens, das zersplittert und schwach war, von jener versöhnenden Verfügung des preußischen Handelsministers Freiherrn v. Berlepsch her datiert."

„Trotz dieser Bemühungen aber mußte man bald erkennen, daß der erwartete Friede nicht kam. Zwar gingen polnische Führer am Berliner Hofe und in den preußischen Ministerien freundschaftlich ein und aus, jedoch in der Provinz selbst erhob sich eine von Woche zu Woche anschwellende nationalpolnische Bewegung, welche die günstige Gelegenheit ausnutzen wollte, um die Provinzen Posen, Westpreußen und Schlesien nach Möglichkeit zu polonisieren. Insbesondere verlangte man die Beseitigung der Ansiedlungskommission und die Wiedereinführung der polnischen Schulsprache in Posen, Westpreußen und Schlesien, und solche Forderungen wurden nicht nur in der Presse und in Versammlungen gestellt, sondern von einflußreichen Mitgliedern des polnischen Adels und der Geistlichkeit."

„Und als dann den Polen klar wurde, daß die preußische Regierung im Jahre 1894 die äußerste Grenze der Nachgiebigkeit erreicht hatte, erhob sich in der Provinz ein solcher Sturm, daß die polnische „Versöhnungspartei" jeden Rückhalt verlor, und die polnischen Freunde der preußischen Regierung konnten sich vor der Wut ihrer Landsleute nur dadurch schützen, daß sie selbst jetzt in der schärfsten Weise der preußischen Regierung entgegentraten, welche die Hoffnungslosigkeit ihres Versöhnungsversuches erkannte und endlich (1895) zum „alten Kurse" zurückkehrte."

„Freilich war durch die Umkehr der größte Schade, den jene Versöhnungspolitik angerichtet hat, nicht mehr gutzumachen, eine glänzende Gelegenheit war versäumt, die man nur zu ergreifen brauchte, um die Ansiedlungspolitik mit wenigen großen Zügen für die Dauer zu sichern. Denn infolge des Sinkens der Getreidepreise und der Notlage der Landwirtschaft waren gerade damals zahlreiche Güter zu billigen Preisen zu haben, und der Staat konnte sich, wenn er nur zugriff, zusammenhängende Gebiete in so großem Umfange verschaffen, daß kein polnischer Widerstand fähig gewesen wäre, die Durchführung der Ansiedlungspolitik zu hindern."

„Leider hat man diese Gelegenheit, durch die jede Enteignung überflüssig geworden wäre, verpaßt."

In diese Zeit fallen die Vorgänge, welche wir im Kapitel II. der Einleitung dieser Schrift zusammengefaßt haben als: „Bismarcks Mahnworte an die Deutschen und die Gründung des Ostmarkenvereins 1894."

Ein seltsamer Vorgang.

In dieser Zeit des Versöhnungs-Versuches mit den Polen spielte sich folgender Vorgang ab, den der damalige Reichstagsabgeordnete v. Tiedemann*) (Regierungspräsident in Bromberg) am 14. 1. 1901 im Abgeordnetenhause wörtlich so vortrug, wie es hier wiedergegeben wird:

„Es war im Jahre 1890, also ein halbes Jahr nach dem Rücktritt des Fürsten Bismarck, zu einer Zeit, wo Gerüchte durch die Presse schwirrten, als ob die freundlichen Beziehungen, die zwischen unserer Regierung und der russischen bis dahin obgewaltet hatten, eine Trübung erfahren hätten. Da trat eines Tages ein Mitglied der polnischen Fraktion — ich weiß nicht, ob es zu den eigentlichen Führern der Fraktion gehört hat, jedenfalls war es aber eins der angesehensten Mitglieder derselben, und es war durch die Liebenswürdigkeit seiner Persönlichkeit bei allen Parteien sehr wohl angesehen — an mich heran und bat mich in einer — ich möchte sagen — gewissermaßen feierlichen Weise um eine Unterredung. Wir begaben uns in eins der Kommissionszimmer des alten Abgeordnetenhauses und dort trug er mir folgendes vor. Es sei klar, daß es früher oder später zu einem Kriege zwischen Deutschland und Rußland kommen müsse. Er glaube, daß die deutschen Waffen den Sieg davontragen würden. Was aber solle dann geschehen? Welcher Friede solle mit Rußland geschlossen werden? Es sei doch undenkbar, daß Deutschland oder Preußen sich mit weiteren polnischen Landesteilen etwa bis nach Warschau hin belasten würde; denn es hätte ja schon an den jetzigen Landesteilen voll genug — was ich ihm bestätigte. Also es wäre das richtigste und man schädigte das russische Reich am meisten, wenn man das alte Königreich Polen aufrichtete. Darauf sagte ich ihm: Ja, aber verehrtester Herr, glauben Sie denn, daß wir nach einem siegreichen Kriege unsere Provinzen Posen und Westpreußen an Sie ausliefern werden? Nein, sagte er, das verlangen wir nicht, können wir natürlich auch nicht verlangen. Wir müssen dann aus Posen und Westpreußen auswandern; diese Provinzen müssen wir Ihnen vollständig überlassen. Wir wollen aber unser neues Polen zunächst aus dem russischen Teil und hoffentlich auch aus Galizien bilden und, fügte er hinzu, damit Sie sehen, daß wir gar keine feindlichen Hintergedanken irgendeiner Art gegen Sie im Schilde führen, damit Sie sehen, daß wir in Zukunft Ihr Alliierter sein wollen, würden wir uns bereit erklären, einen hohenzollernschen Prinzen als König zu wählen. Darauf erwiderte ich: Halten Sie es denn für möglich im 19. Jahrhundert, daß ohne eine Küste, ohne einen eigenen Weg zur See ein Staat in Europa bestehen kann, rings umschlossen von Landgrenzen? Nein, sagte er, gewiß nicht. Also, sagte ich, müssen Sie früher oder später Danzig oder Königsberg haben wollen. Gewiß, sagte er, wir müssen nach der See, aber wir verzichten auf Danzig oder Königsberg, wir gravitieren nach Odessa!"

„Diese Ausführungen erschienen mir so phantastisch, daß ich beschloß, von ihnen keinen weiteren Gebrauch zu machen, sie aber doch der Kuriosität wegen in mein Tagebuch einzutragen, das zu führen ich die Gewohnheit habe. Die Sache hatte aber noch ein merkwürdiges Nachspiel. Etwa 8 Tage später wurde ich zu dem damaligen Reichskanzler und Ministerpräsidenten Herrn von Caprivi berufen. Er wollte mich in einer ganz andern Angelegenheit sprechen; er wollte mein Urteil über die Wiederzulassung der 1885 generell ausgewiesenen russischpolnischen Arbeiter hören. Nachdem wir diese Frage eingehend besprochen und ich

---

*) Nicht zu verwechseln mit dem Major Heinrich von Tiedemann auf Seeheim in Posen, dem Mitbegründer des Ostmarkenvereins.

schon die Tür in der Hand hatte, sagte er: à propos, es wird Sie interessieren, von einer Unterredung Kenntnis zu erhalten, die ich in diesen Tagen mit einem Mitgliede der polnischen Fraktion gehabt habe. Und nun erzählte er mir beinahe wörtlich dasselbe, was ich Ihnen eben mitgeteilt habe. Auf meine Frage, ob der Herr, der mit ihm diese Unterredung gehabt, der und der sei — mein Gewährsmann — sagte Herr v. Caprivi: nein, aber ich habe ihm mein Wort gegeben, seinen Namen nicht zu nennen. Jedenfalls mußte ich aus diesem Vorgang den Eindruck gewinnen, daß es sich hier nicht bloß um die phantastischen Gedanken eines Einzelnen handelte, sondern daß die Eröffnungen, die zuerst mir und sodann dem Herrn v. Caprivi gemacht worden, der Niederschlag einer Fraktionsberatung sei, und daß man damals auf polnischer Seite ernstlich die Hoffnung hegte, mit deutscher Unterstützung die revolutionäre Bewegung in Rußland fördern zu können. Jetzt ist die Sache anders. Das Liebeswerben bei Preußen hat sich als erfolglos herausgestellt, und jetzt dreht die polnische Agitation den Spieß um: jetzt richtet sie in erster Linie die Spitze gegen Preußen. Rußland dagegen wird von der Agitation nicht berührt."

Man kann aus der dem Reichskanzler zugemuteten Politik gegen Rußland u. a. erkennen, zu welchen phantastischen Zumutungen die Polen fähig sind, wenn ihnen eine „Versöhnungs"-Regierung für solche die Bahn frei läßt.

X.

Die Periode Miquel (1895—1901).

Miquel war von 1890—1901 preußischer Finanzminister und außerdem von 1895—1901 zur Entlastung des Reichskanzlers Fürsten Hohenlohe Leiter (Vizepräsident) des preußischen Staatsministeriums. Die dem preußischen Staat und dem Deutschtum in den Ostmarken obliegende Mission mit lebhaftestem Verständnis erfassend, widmete er — eine hervorragende Persönlichkeit — sich unter gleichzeitiger Förderung des Ansiedlungs- und Verkehrswesens — namentlich der kulturellen Hebung Posens und Westpreußens. Diesen Provinzen fehlte es bis dahin an einer akademischen oder technischen Hochschule. Die ersten Erwägungen zur Errichtung solcher Institute fanden schon zu Miquels Zeiten statt (Kultusminister Dr. Bosse), unter lebhafter Mitwirkung des verdienstvollen Ministerialdirektors Althoff vom Kultusministerium. Die Gründung der technischen Hochschule in Danzig, eröffnet 1904, und diejenige des Kaiser Friedrich-Museums in Posen, vom Staat erbaut und 1902 der Provinz übergeben, sowie der Kaiser Wilhelms-Bibliothek in Posen, eröffnet 1902, sind Schöpfungen Miquels. Die Entschließungen zu diesen Werken sowie die Genehmigungen zu denselben durch Kaiser Wilhelm II. fallen alle in das Jahr 1898. — Für das Zustandekommen der technischen Hochschule in Danzig haben die Oberpräsidenten von Westpreußen, v. Goßler und Delbrück, eifrigst mitgewirkt. — Auch die Königliche Akademie in Posen, er-

öffnet 1903, ist schon 1898 beschlossen und im Etat von 1899/1900 aufgenommen worden.

Es war noch zur Zeit des Versöhnungsversuchs mit den Polen (Periode Caprivi 1890—1895), als 1891 Witting Oberbürgermeister von Posen wurde. Sehr bezeichnend schreibt er 1911 in der Nr. 118 des „Tag" über das damals in der Provinz herrschende Regime:

„Seit Ende der 1880er Jahre war es" (in politischer und nationaler Beziehung) „auf deutscher Seite wieder Sitte geworden, möglichst kurz zu treten. „Die nationalen Fragen ignoriert man hier am besten ganz," hat mir bei meiner Ankunft in Posen 1891 ein höherer Staatsbeamter gesagt. In dieses dem Charakter vieler Ostmarkendeutscher überaus genehme, idyllische Dolcefarniente fegte nun plötzlich der nationale Sturmwind des 1894 gegründeten Ostmarkenvereins hinein" (siehe hierüber Kapitel II der „Einleitung"). „Sein Blasen war nicht immer sanft, und im Oberpräsidium, dessen Ruhebedürfnis in dem Jahrzehnt 1890—1900 überhaupt nicht zu stillen war, herrschte begreiflicher Unmut über die unbeamteten Störer . . ."

Fürst Bismarck trat dem durch ihn mitgeschaffenen Ostmarkenverein gleich bei seiner Gründung bei und sprach seine Freude darüber aus, in der Mitgliederliste so viele „tapfere Beamte" beigetreten zu sehen. — Bald danach geschah es, daß Herr v. Miquel den Erlaß des Königlichen Staatsministeriums vom 12. 4. 1898 veranlaßte, der die Staats- und Gemeindebeamten, einschließlich der Lehrer, u. a. anweist: „durch ihr Vorbild, den vaterländischen Geist zu kräftigen und die darauf gerichteten Bestrebungen der deutschen Bevölkerung zu unterstützen . . . Auch haben sie sich der Gründung und Erhaltung patriotischer Vereine zu widmen . . ."

Miquel zog sich Anfang 1901 in den Ruhestand zurück und starb noch in demselben Jahr.

XI.

Die Bülow-Zeit 1900—1909.

Graf Bülow (seit 1905 Fürst) aus dem diplomatischen Dienst 1900 an Stelle des ausgeschiedenen Fürsten Hohenlohe zum Reichskanzler und preußischen Ministerpräsidenten ernannt, hatte namentlich im Land- und im Reichstag manchen harten Kampf mit den Polen zu bestehen. Ganz die Bismarckschen Richtlinien einhaltend, betätigte er sich als ein weitblickender, kraftvoller Leiter der Ostmarkenpolitik.

Für das staatliche Ansiedlungswerk trat Bülow schon 1902 ein, indem er im April einen Kredit von 250 Millionen Mark zur Förderung desselben in Posen und Westpreußen einbrachte. Den polnischen Rentengutsbildungen wurde die bis dahin in Benachteiligung der staatlichen Interessen stark ausgenutzte Mitwirkung der königlichen „Generalkommissionen" ent-

zogen. 1904 setzte Bülow einen Zusatz zum Ansiedlungsgesetz von 1886 durch, der die Tätigkeit der polnischen Parzellierungsbanken beschränken sollte. Sie machten dem staatlichen Ansiedlungswerk starke Konkurrenz zum Nachteil der deutschen Bodenbesitzziffer. Der Zusatz zum Gesetz von 1886 bestimmte, daß in den Ansiedlungsprovinzen, sowie in den Regierungsbezirken Köslin, Frankfurt a. O. und in Ostpreußen die Zerstückelung ländlichen Grundbesitzes, soweit dabei neue Feuerstellen (Wohnstätten) errichtet werden müßten, von der Genehmigung des Regierungspräsidenten abhängig und diese nicht zu erteilen sei, wenn die Parzellierung mit den Zwecken des Ansiedlungsgesetzes von 1886 nicht vereinbar wäre. Diese Bestimmung hat sich leider wenig wirksam erwiesen. Die Parzellierungsbanken sind bald zu einer Praxis gelangt, die das Gesetz umgeht. — Noch kurz vor Bülows Ausscheiden aus dem Amt sagte der sehr verdienstvolle Landwirtschaftsminister v. Arnim die Vorlage eines Parzellierungsgesetzes zu, das in den national gefährdeten Bezirken den polnischen Bodenerwerb aus deutscher Hand stark zu beeinträchtigen versprach und den Regierungspräsidenten das Recht und die Verpflichtung zuweisen sollte, Parzellierungen, welche mit den Zielen des Ansiedlungsgesetzes nicht vereinbar sein würden, bedingungslos zu verbieten. Die Nachfolger Bülows und Arnims haben dieses Versprechen nicht zu dem ihrigen gemacht.

Infolge des beständigen Anwachsens des polnischen Bodenbesitzes und der sich immer unmöglicher gestaltenden Erwerbung von Grund und Boden aus polnischer Hand für die Zwecke der Königlichen Ansiedlungskommission legte das Ministerium Bülow dem Landtage das sogenannte Enteignungsgesetz vor. Es sollte den Staat ermächtigen, für sein Ansiedlungswerk in Westpreußen und Posen auch auf dem Enteignungswege ländliche Grundstücke zu erwerben. Nach schweren Kämpfen gelang es, dieses Gesetz im März 1908 durchzubringen, freilich mit der Beschränkung des Höchstmaßes der zu enteignenden Fläche auf nur 70000 Hektar.

Der alte deutsche bäuerliche Grundbesitz geriet durch Ueberschuldung immer mehr in die Hände der landhungrigen Polen und wurde dadurch geflissentlich für immer dem Deutschtum entzogen. Zur besseren Regulierung der Hypothekenverhältnisse und zur weiteren wirtschaftlichen Sanierung der deutschen Bauern wurden unter dem Finanzminister Freiherrn v. Rheinbaben in Posen die „Mittelstandskasse" und in Danzig die „Bauernbank" (1904 bezw. 1906) errichtet, Institute — die für die „Besitzbefestigung" des ländlichen Kleingrundbesitzes und die Sicherung der betreffenden Bodenflächen für die deutsche Hand sehr segensvoll wirken.*) Durch besondere Kredite von 50 Millionen

*) Die Besitzer der regulierten Grundstücke übernehmen die Verpflichtung, das Grundstück nicht an eine Person zu veräußern, die das Deutsche nicht als Haus-, Umgangs- und Kirchensprache spricht. Zur

Mark wurde dasselbe System der Besitzbefestigung auch auf den Großgrundbesitz in Posen und Westpreußen ausgedehnt, nachdem die mächtig um sich greifende Aufkaufstätigkeit der polnischen Parzellierungsbanken unausgesetzt ein deutsches Rittergut nach dem andern zur Aufteilung unter Polen gewann. Zur Besitzbefestigung auch städtischer deutscher Grundstücke wurde der Anfang gemacht durch Gründung der deutschen Pfandbriefanstalt in Posen, eröffnet 1. 1. 1911. Sie soll dem deutschen Hausbesitz und dadurch dem in polnischen Häusern nicht aufgenommenen deutschen Handwerk und Kleingewerbe zustatten kommen.

Hervorzuheben sind aus der Bülow-Zeit noch die Gründung des Kaiser Wilhelms-Institut für Landwirtschaft in Bromberg (eröffnet 1906) und ebenso daselbst die Stadtbibliothek, sowie das Königliche Schloß und das Theater in Posen.

Um den Volksschullehrern und gewissen Kategorien unterer Staatsbeamten den durch die Feindseligkeit der Polen oft auch mit Schädigungen verbundenen Aufenthalt in den nationalen Kampfgebieten materiell zu erleichtern, wurde ihnen in Form der Ostmarkenzulage eine Entschädigung gewährt.

In öffentlichen Versammlungen bedienten sich die Polen stets der polnischen Sprache. Sie blieben daher ihren nichtpolnischen Mitbürgern unverständlich. Die Kontrolle durch die öffentliche Meinung blieb somit aus. Die politische und polizeiliche Ueberwachung machte z. T. von auswärts her die Heranziehung von Beamten nötig, die der polnischen Sprache mächtig waren. Dabei mußte man diese Kontrolle häufig Leuten anvertrauen, — niederen Beamten — die intellektuell ihren Aufgaben nicht gewachsen und mit der polnischen Sprache nicht ausreichend bekannt waren. Der Staat sorgt durch die deutsche Schule dafür, daß jeder polnische Staatsbürger — wenn er nur will — genügend deutsch lernen kann. Das von Bülow eingebrachte Reichsvereinsgesetz (vom 19. 4. 1908) besagt in seinem Paragraphen 12: „Die Verhandlungen in öffentlichen Versammlungen sind in deutscher Sprache zu führen." In den parlamentarischen Kämpfen für dieses Gesetz hat sein Hauptvertreter, der Staatssekretär des Reichsamts des Innern v. Bethmann Hollweg, stets den nationalen Standpunkt kräftig vertreten. Der Sprachenparagraph ist zwar in obiger Fassung aus der Vorlage in das Gesetz übernommen worden, allein die Opposition setzte es durch, ihm folgenden abschwächenden und dem politischen Ziele der Polen sehr förderlichen Zusatz zu geben:

Sicherung dieser Verpflichtung wird im Grundbuch ein sogenanntes Wiederkaufsrecht eingetragen — gegen einen Preis, dessen Bemessung mit eingetragen ist. — Der Träger des Wiederkaufsrechts ist die Königliche Ansiedlungskommission.

„Diese Vorschrift, der Gebrauch ausschließlich der deutschen Verhandlungssprache, findet auf Versammlungen der Wahlberechtigten zum Betriebe der Wahlen für den Reichstag und für die gesetzgebenden Versammlungen der Bundesstaaten vom Tage der amtlichen Bekanntmachung des Wahltages bis zur Beendigung der Wahlhandlung keine Anwendung."

„Die Zulässigkeit weiterer Ausnahmen regelt die Landesgesetzgebung. Jedoch ist in Landesteilen, in denen zur Zeit des Inkrafttretens dieses Gesetzes alteingesessene Bevölkerungsteile nichtdeutscher Muttersprache vorhanden sind, sofern diese Bevölkerungsteile nach dem Ergebnis der jeweilig letzten Volkszählung 60 vom Hundert der Gesamtbevölkerung übersteigen, während der ersten 20 Jahre," also bis 1928, „nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes der Mitgebrauch der nichtdeutschen Sprache gestattet."*)

Auf Grund dieser letzten Bestimmung hat Preußen nur um so mehr die Verpflichtung dem Reich gegenüber, dafür zu sorgen, daß durch die deutsche Schule und durch konsequente Zurückweisung jeder Zumutung polnischer Staatsbürger in der Sprachenfrage dieselben bis 1928 gründlich deutsch lernen.

Der „Schulkrawall" in Wreschen 1901.

Nach amtlichem Bericht hat sich derselbe wie folgt abgespielt: 1901 zählte die katholische Stadtschule zu Wreschen 110 der Oberstufe angehörende Kinder. Während die Regierung den Religionsunterricht in der Mittel- und Unterstufe in polnischer Sprache erteilen ließ, hatte sie auf Grund des Oberpräsidial-Erlasses vom 27. 10. 1873 verfügt, daß der Religionsunterricht in der Oberstufe in deutscher Sprache zu erteilen sei. Dies geschah erst, nachdem Feststellungen keinen Zweifel darüber ergeben hatten, daß die Schüler das volle Verständnis für das Deutsche besaßen, und zwar von Ostern 1901 ab. In den ersten vierzehn Tagen bezeugten die Kinder nicht den geringsten Widerstand gegen die deutsche Unterrichtssprache und eine gute Kenntnis derselben. Danach aber weigerten sie sich plötzlich, deutsch zu antworten und die deutschen Bücher für den Religionsunterricht mit nach Hause zu nehmen. Sie warfen die Bücher umher. Der Kreisschulinspektor fragte bei der Regierung in Posen an, wie sich die Lehrern dieser Widersetzlichkeit gegenüber verhalten sollten, verbot auch den Lehrern gleichzeitig, selbständig Züchtigungen vorzunehmen. Von der Regierung erhielt der Schulinspektor darauf die Weisung, die Kinder, welche die Aufgaben nicht lernten, nachsitzen zu lassen, soweit sie aber Trotz oder Widerspenstigkeit zeigten, auch körperliche Züchtigung anzuwenden.

*) Charakteristisch ist es übrigens, daß — wie gleich nach Annahme des §12 des Reichsvereinsgesetzes nach einer liberalen Zeitung ein süddeutsches Mitglied der fortschrittlichen Volkspartei in bezug auf den letzten Absatz dieses Paragraphen zur Beruhigung der Polen gesagt hat: „Wir haben den Preußen eine Kanone gegeben, die aber die nächsten 20 Jahre nicht schießen kann." Nach Ablauf dieser Zeit würde sich das weitere schon finden.

Als der Schulinspektor am 20. Mai in dem Religionsunterricht der deutsch unterrichteten Oberstufe erschien, fand er, daß von derselben 26 zurückgehalten (mit Nachsitzen gestraft) waren, weil sie sich geweigert hatten, das ihnen vom Lehrer vorgesprochene Wort „Maria" nachzusprechen und einen Satz aus dem deutschen biblischen Geschichtsbuch zu lesen. Der Kreisschulinspektor ermahnte die Kinder, das ihnen während des Nachsitzens aufgegebene Lied zu lernen. Als er nach kurzer Zeit wieder in das Klassenzimmer zurückgekehrt war, entließ er diejenigen Kinder, welche sich ihm gegenüber nicht besonders widerspenstig gezeigt hatten. Es blieben nur noch 14 Kinder zurück. Diese erhielten nach Maßgabe ihres erwiesenen Trotzes körperliche Strafen. Mit einem dünnen Rohrstock erhielten 3 Mädchen je 4 Schläge, 3 Mädchen und 1 Knabe je 3 Schläge, 1 Knabe und 5 Mädchen je 2 Schläge auf jede Hand und 1 Knabe zwei Schläge auf das Gesäß.

Der ganze Vorgang, der dann von der polnischen Presse in ganz Europa und Amerika als „Mißhandlung" und „Massenzüchtigung", im Auslande auch bildlich als eine Schreckensszene dargestellt wurde, hätte kaum in weiteren Kreisen Beachtung gefunden, wenn sich daran nicht ein großer Tumult angeschlossen hätte, der zu dem Urteil des Landgerichts Gnesen geführt hat. Am 15. Juni verfügte die Regierung, daß Kinder, „die im Religionsunterricht nicht antworten, deshalb körperlich nicht gezüchtigt werden sollen. Diese Strafe tritt vielmehr nur ein, wenn sich mit dem passiven Ungehorsam offene Auflehnung gegen die Schulordnung verbindet".

Die Renitenz der Schüler der Wreschener Stadtschule dauerte bis in das Jahr 1902 hinein und dehnte sich auch auf andere Unterrichtsgegenstände aus. 13 Mädchen weigerten sich, im Gesangunterricht ein vaterländisches Lied mitzusingen, 1 Knabe beschimpfte unser Herrscherhaus usw. usw.

Mit Recht führte am 13. 1. 1902 im Abgeordnetenhause v. Heydebrand aus: „Die Kinder haben nicht etwa deshalb nicht geantwortet, weil sie eine religiöse Wahrheit nicht verstanden, sondern die Bengels haben überhaupt nicht geantwortet und ihre Bücher durch die Stube geworfen. Da ist doch nichts anderes möglich, als daß man nach dem Stock greift. Ich gebe zur Erwägung, ob es richtig gewesen ist, daß man diese Strafe ex post und massenweise vornimmt und dadurch der ganzeu Sache ein Relief gibt . . . Würde den Jungen auf ihren Trotz hin sofort eine Ohrfeige oder ein Schlag mit dem Stock verabfolgt sein, so würden sie nicht die Märtyrer geworden sein, zu denen man sie jetzt hat machen wollen."

Der Kultusminister Dr. v. Studt machte in derselben Sitzung zum Tatbestand noch folgende Ergänzungen: Die streikenden Kinder bezogen sich wegen ihres Verhaltens im Religions-

unterricht auf das Verbot teils ihrer Eltern, teils auf das Verbot des Vikars Laskowski. Nach dem Ergebnis der gerichtlichen Untersuchung steht zweifellos eine direkte Einwirkung des Vikars auf die Kinder fest."

„Auch an die Lehrer hat der Vikar unterm 20. Mai einen offenen Brief gerichtet, in welchem er sie beschwört, zur Erteilung des Religionsunterrichts in einer anderen als der Muttersprache nicht die Hand zu bieten. Nun frage ich Sie, ob in diesem Beschwören nicht eine Aufforderung zum Ungehorsam gegen die königlichen Behörden liegt?! Fest steht, daß der genannte Vikar auf das widerspenstige Verhalten der Schulkinder einen wesentlichen Einfluß geübt hat."

Am 16. Mai fand in Wreschen in Sachen des Schulstreiks eine Volksversammlung statt, bei der sich auch zwei Mitglieder der Polenfraktion des Abgeordnetenhauses beteiligten. Einer derselben — ein Geistlicher — hob in seiner aufreizenden Rede auch hervor: „Wie die Regierung die polnische Sprache beseitigen wolle" — was jedoch ganz und gar der Wahrheit nicht entspricht —, „so soll jeder Pole dem entgegentreten. Ihren Willen soll die Regierung, ungeachtet aller ihrer Machtfülle, nicht durchsetzen."

Allemal, wenn im Reichstag oder im preußischen Landtage von seiten der Polenfraktion neue Vorstöße gegen das Reich oder den preußischen Staat und gegen das Deutschtum unternommen wurden, ist Fürst Bülow denselben kräftig entgegengetreten. Davon geben die in Leipzig bei Wigand erschienenen „Bülows Reden" Zeugnis. Nur einige fundamentale Aeußerungen aus denselben wollen wir hier wiedergeben und zwar aus der im Abgeordnetenhaus am 13. 1. 1901 gehaltenen Rede, in der er die Vorwürfe über die Haltung der Regierung im Wreschener Schulstreik zurückwies:

„Ich halte die Ostmarkenfrage nicht nur für eine der wichtigsten Fragen unserer Politik, sondern geradezu für diejenige Frage, von deren Entwicklung die nächste Zukunft unseres Vaterlandes abhängt."

„In steigendem Maße und unter Verdrängung der deutschen breitet sich die polnische Nationalität immer mehr aus, schreitet die Polonisierung unserer Grenzdistrikte immer mehr vor. . . . Gewiß, man kann es beklagen, daß unsere östlichen Provinzen der Schauplatz nationaler Kämpfe sind. Nachdem aber diese Kämpfe von polnischer Seite eröffnet worden sind, und von polnischer Seite mit steigernder Erbitterung geführt werden, haben wir nur die Wahl zwischen zwei Möglichkeiten: entweder uns ohne Widerstand bekämpfen und besiegen zu lassen oder uns energisch unserer Haut zu wehren! Wir leben nicht im Wolken-Kuckucksheim und wir leben leider auch nicht im Paradies, sondern auf dieser harten Erde, wo es heißt Hammer oder Amboß sein."

„Wir können nicht dulden, daß die Wurzel preußischer Kraft verdorrt und daß unser Volkstum an der Warthe, Weichsel und Oder von einem fremden Volkstum überflutet und verdrängt wird."

„Wie der Abgeordnete Hobrecht sehr richtig sich ausgedrückt hat, hat uns die Erbschaft der Geschichte in jene Gegenden geführt. Diese Gegenden sind getränkt mit deutschem Schweiß und Blut. Da

sind wir und da bleiben wir, ob das anderen Leute angenehm ist oder nicht." (Im Abgeordnetenhause am 13. 1. 1902.)

„Die Schulverwaltung hat ihre Zuständigkeit in keiner Weise überschritten. Wenn es trotzdem in Wreschen zu jenen bedauerlichen Vorgängen gekommen ist, die zum Landfriedensbruch und Bestrafung einer Anzahl Einwohner dieser Stadt geführt hat, so lag die Schuld nicht an den Organen der K. Staatsregierung, sondern an der planmäßigen Agitation, welche darauf abzielt, die Kinder gegen ihre Lehrer, die Eltern gegen die Obrigkeit aufzuhetzen. . . . Die Lehren in Wreschen haben sich, wie dies die gerichtlichen Verhandlungen ergeben haben, in den Grenzen des den Lehrern zustehenden Züchtigungsrechts gehalten. Trotzdem will ich keinen Anstand nehmen, zu sagen, daß im Religionsunterricht die Anwendung körperlicher Strafen, auch wenn sie, wie das hier der Fall ist, in zulässigen und in unschuldigen Grenzen geblieben ist, nicht wünschenswert erscheint."

„Herr v. Jazdzewski hat behauptet, daß unsere Schulverwaltung im Osten in Widerspruch steht mit der Verfassung. — In Wirklichkeit befinden wir uns aber durchaus auf verfassungsmäßigem Boden. Die Verfassung enthält über die Sprache, in welcher der Unterricht erteilt werden soll, überhaupt keine Bestimmung, und wir haben nicht das Recht, in die Verfassung etwas hinein zu interpretieren, was nicht in der Verfassung steht. . . . . Die Bedeutung der Erteilung des Religionsunterrichts in deutscher Sprache, wo dies zulässig ist, liegt darin, daß dadurch der Schule der einheitlich deutsche Charakter gewahrt wird und daß die Schulbehörden der Notwendigkeit enthoben werden, den gesamten Unterricht polnischen Lehrern anzuvertrauen, deren Zuverlässigkeit leider oft zu wünschen übrig läßt."

„Wir werden diese Grundsätze auch fernerhin durchführen . . . ohne Kleinlichkeit . . . aber auch ohne Schwanken. Wir werden nicht dulden, daß der Religionsunterricht mißbraucht wird, um deutsche katholische Kinder zu polonisieren. Es ist unsere Pflicht, die deutsche katholische Minderheit im Osten gegen die Polonisierung zu schützen. . . . Man liebt es auf polnischer Seite, polnisch mit katholisch und deutsch mit protestantisch zu identifizieren. Darin liegt eine" (absichtliche) „Irreleitung der öffentlichen Meinung. Der preußische Staat muß verlangen, daß sich die Geistlichkeit fernhalte der national-polnischen Agitation, welche ihre Spitze gegen den preußischen Staat und gegen das Deutsche Reich richtet." — Tatsächlich schürt und führt aber die Geistlichkeit diese Agitation.

Der polnische „Schulstreik" 1906/7, eine höchst beachtenswerte Kraftprobe des Großpolentums gegen den preußischen Staat.

Die Schule in Preußen ist eine staatliche Veranstaltung, die Unterrichtssprache in den gemischtsprachigen Landesteilen seit 1873 die deutsche. Betreffend den Religionsunterricht siehe den Wortlaut des Oberpräsidialerlasses für Posen vom 27. 10. 1873, Kapitel VIII. Auf Grund dieses Erlasses, der dann auch für Westpreußen in Geltung kam, wurde 1906 in der Mehrzahl der Volksschulen beider Provinzen der Religionsunterricht auch für polnische Kinder in der oberen und der Mittelstufe ebenfalls deutsch erteilt. In der Unterstufe, welche die beiden ersten Schuljahre umfaßt, wurde für den Unterricht die polnische Muttersprache verwendet.

Wiederholte Gutachten bedeutender Schulmänner haben nach-

gewiesen, daß, wo einmal die deutsche Unterrichtssprache eingeführt ist, sie selbst bei Kindern mit nicht deutscher Muttersprache auch zum Verständnis der Katechismuslehre und der biblischen Geschichte bessere Ergebnisse hat, als die in das Lehrsystem nicht eingepaßte Muttersprache. Begründete Bedenken gegen die religiöse Entwicklung der Schüler liegen nicht vor.

Die Polen aber nehmen die Geltung der deutschen Sprache in der deutschen Schule auch für den Religionsunterricht, auf welche ein deutscher Staat nimmer verzichten darf, zum Zielpunkt wüster politischer Verhetzung. 1906 brach in den posener und westpreußischen Volksschulen unter den polnischen Schülern im Religionsunterricht ein allgemeiner „Schulstreik" aus, der sich dahin äußerte, daß die Kinder erklärten, auf Fragen nur polnisch zu antworten. Die deutschen Lehrbücher für Religion gaben sie ab, warfen sie vielfach den Lehrern vor die Füße und gebärdeten sich außerdem dauernd widersetzlich gegen die Schuldisziplin. Dieser Zustand der Rebellion dauerte vom Herbst 1906 bis in den Sommer 1907 und wurde von der polnischen Presse anfänglich lediglich als ein Akt und zwar religiöser Selbsthilfe der Schulkinder selbst ausgegeben. Tatsächlich war der Schulstreik aber schon 1905 von den politischen Führern beschlossen worden. Das geschah in einer Zeit, in welcher die Regierung von ihrer Befugnis, auch in der Mittel- und Oberstufe der Volksschule vorläufig den Unterricht auch in polnischer Sprache zuzulassen, in ausgedehntestem Maße Gebrauch machte. Noch im Sommer 1907 wurde im Regierungsbezirk Posen von insgesamt 1392 Volksschulen, die überhaupt von polnischen Kindern besucht waren, in 822 der Religionsunterricht noch in allen drei Stufen in polnischer Sprache erteilt.*)

Anfänglich wollten die politischen Führer den Streik der polnischen Schulen in die Gymnasien verlegen. In Galizien sammelte man Geld hierfür. Bei einer in Preußen am 3. 11. 1903 stattgefundenen Versammlung wurde festgestellt, daß noch nicht 500 Gymnasiasten sich für das Unternehmen erklärt hätten, weil für deren Zukunft doch zuviel auf dem Spiel stand. Am 12. 5. 1906 erließ der Erzbischof Stablewski von Gnesen und Posen ein Rundschreiben an die Dekane über die deutsche Sprache im Religionsunterricht. Darin wurde den Eltern nahegelegt, die Kinder vom Religionsunterricht in den Schulen überhaupt zurückzuhalten. Dieser in den Zeitungen veröffentlichte Erlaß fand zwar wenig Anklang, trug aber nicht wenig dazu bei, die Streikfrage neu zu beleben. Das grimmigste aller Hetzblätter, die „Gazeta Grudziońska" (in Graudenz, Westpr.) unterstützte die Vorschläge des Erzbischofs nicht, meinte aber zu An-

*) Erklärung des Kultusministers v. Studt im Abgeordnetenhause 14. 3. 1907.

fang Juli 1906: „.... Wohl aber könnten die Eltern ihren Kindern befehlen, die Religion nicht in deutscher Sprache zu lernen." Sie hätten dazu die Pflicht. Im Sommer 1906 wurde in einer geheimen Beratung in Posen, an der auch Parlamentarier sich beteiligten, eine Entschließung angenommen, den Gymnasiastenstreik zu vertagen, den Anwesenden aber die Pflicht auferlegt, in anderer zuverlässiger Weise auf die Erzwingung der möglichst baldigen Wiederpolonisierung der Schule hinzuwirken.

Nun wurde unter starker Mitwirkung auch von Geistlichen für den Schulstreik in der Volksschule agitiert und dazu für sämtliche Unterrichtsanstalten der erste Tag nach den Herbstferien der 17. Oktober 1906 bestimmt. Es wurden Flugblätter hergestellt, die die Eltern für den Schulstreik aufwiegelten. Darin hieß es u. a.: „..... Untersagt aber am 17. Oktober alle wie ein Mann Eueren Kindern streng, im Religionsunterricht deutsch zu antworten."

Verfrüht war schon im August der Schulstreik an einzelnen Orten ausgebrochen. Drei Tage vor dem für den Ausbruch vereinbarten Termin, nämlich am 14. Oktober wurde auf Anordnung des Erzbischofs sein Erlaß betreffend die Aufforderung der Eltern, ihre Kinder vom Religionsunterricht in den Schulen überhaupt zurückzuhalten, von allen Kanzeln verlesen. Wenn auch darin nicht zur Verweigerung deutscher Antworten im schulplanmäßigen Religionsunterricht gesagt war, die Diözesanen vielmehr lediglich ermahnt wurden, den Religionsunterricht in der Schule durch einen solchen im Haus und in der Kirche zu ersetzen, so wurde dieser Erlaß von der radikalen Presse sowie auch von einem Teil der Geistlichkeit in dem Sinne ausgelegt, als ob der Erzbischof den Schulstreik billige und zu demselben auffordere. Jedenfalls hatten in der Provinz Posen bis zum 1. 10. 1906 nur 3372 Kinder sich geweigert, im Religionsunterricht deutsch zu antworten. Vom 1. 10. bis 17. 10. fanden die Herbstferien statt. Am 17. 10. schnellte die Zahl plötzlich auf 31739 empor, um in den nächsten beiden Wochen zur Höchstzahl von 48000 anzuwachsen. Dies war die Hälfte aller Volksschulkinder mit polnischer Muttersprache in Posen, welche z. Zt. den Religionsunterricht in deutscher Sprache erhielten.

Bis zum März 1907 war die Zahl der in der Provinz Posen streikenden Kinder auf 25000, die der beteiligten Volksschulen von 750 auf 590 zurückgegangen. In Westpreußen streikten im März noch 5000 Kinder in 180 Schulen. Diese Kinderrevolte flaute allmählich ab, erlosch gänzlich aber erst gegen Anfang Juni 1907.

Immer und immer wieder während des Streiks hetzte die polnische Presse. Sie schmähte diejenigen Eltern, die sich mit ihren Kindern an dem Angriff auf die deutsche Schule, an dem

durch die Verführung zur Auflehnung gegen die Lehrer und gegen die Staatsautorität verübten pädagogischen Verbrechen nicht beteiligten. Sie forderte zum Boykott gegen solche Eltern auf — unter Nennung ihrer Namen. — Dagegen wurden von den Zeitungen die Namen der Kinder veröffentlicht, die sich besonders standhaft oder herausfordernd den Lehrern gegenüber benommen hatten. Als „Märtyrer für unsere heilige polnische Sache" wurden sie den anderen zum Muster empfohlen.*) Gegen die Lehrer aber ergoß sich die ganze lange Streikzeit über in der Presse ein Unflat von Schmähungen und Verhetzungen immer mit dem Zweck, diesen treu aushaltenden Staatsdienern das Leben unerträglich zu machen. An Leib und Leben wurden die Lehrer bedroht, selbst in ihren Wohnungen waren sie und ihre Angehörigen nicht sicher. Man warf ihnen die Fenster ein, leistete ihnen keinerlei Dienste oder Gefälligkeiten und isolierte sie möglichst völlig.**) Den Nerven dieser Männer wurden unglaubliche

---

*) Nur einige Beispiele von vielen. Aus dem Goniec Wielkopolski vom 24. 10. 1906: „In Mietschisko streiken die Kinder ebenfalls und freuen sich sehr, daß ihnen der heilige Michael Zettel vom Himmel gesandt hat, daß sie die Religion nicht in deutscher Sprache lernen sollen." Der Wielkopolanin vom 26. 10., 1906 berichtet aus einem Ort: „Die Kinder der zweiten Klasse bleiben bei den Ihrigen. Mutig erfüllten sie den Gehorsam gegen die Eltern. Wir hoffen, daß auch die erste Klasse wieder zu streiken anfängt. Die zweite Klasse hat auf die Fürbitte des heiligen Antonius gesiegt, da die Kinder vorher vor seinem Standbild gebetet hatten." — Der „Przyjaciel Ludu" vom 3. 11. 1906 erzählt aus Kosztowo: „Lob verdienen die hiesigen Mütter. Als z. B. eine von ihnen erfuhr, daß die Knaben am ersten Tage des Streiks ihr nicht gleich gehorcht hatten, jagte sie dieselben, als sie zum Frühstück nach Hause kamen, hinaus mit der Drohung, sie würden nichts zu essen bekommen, wenn sie in der Religion deutsch antworteten. — Der „Lech" berichtet am 6. 11. 1906: Der Sohn des Stupczynksi überredete den Lykowski, er solle ebenfalls deutsch antworten, was dieser auch tat. Als der Knabe nach Hause kam, fragte ihn der Vater, weshalb er nicht mit Nachsitzen bestraft sei." (Dies war die gewöhnliche Strafe, wenn ein Schüler sich geweigert hatte, deutsch zu antworten.) „Der Sohn rühmte sich, daß er deutsch geantwortet habe. Darauf erklärte ihm der Vater mit dem Stocke auf dem Rücken das vierte Gebot und jagte ihn zur Schule, daß er nachsitze."

An den Kindern verübten die Polen — vom moralischen Standpunkt ein Erziehungs-Verbrechen, indem sie dieselben gegen die ihnen in der Schule von Staats wegen gesetzte Autorität hetzen.

**) Noch nach Beendigung des Schulstreiks — sichtbar in Wut über das Mißlingen desselben infolge der Standhaftigkeit auch der Lehrer, schrieb die Gazetta Grudzionska aus Graudenz in Westpreußen, das verbreitetste polnische Blatt, am 30. 7. 1907: „Ueberall dort, wo der deutsche Religionsunterricht eingeführt worden ist, sollten die polnischen Eltern den Lehrern jede Hilfe und jegliche, wenn auch nur die allergeringsten Dienste, versagen. Kein Wirt darf einem Lehrer ein Fuhrwerk stellen, ihm weder das Feld bearbeiten, noch ihm beim Säen helfen, auch ihm bei der Ernte nicht helfen und wenn der Lehrer auch die höchste Entschädigung zahlen wollte. Kein polnischer Arbeiter darf bei einem Lehrer arbeiten, kein polnisches Mädchen bei ihm in Dienst treten. . . . . . .

Zumutungen gemacht. Und wenn infolgedessen hin und wieder ein Lehrer in der Zurechtweisung aufsässiger Schüler über die ihm der Schulordnung nach zustehenden Disziplinarmaßregeln nur im geringsten hinausgegangen war, aber auch öfter dann, wenn er sich innerhalb dieser Grenzen gehalten hatte, so wurden in den Zeitungen und in den polnischen Volksversammlungen Schauermärchen hierüber verbreitet. Geschäftige Hände sorgten dafür, daß auf Grund dieser Schauermärchen ganz Europa von dem „deutschen Barbarismus" widerhallte. Der preußische Kultusminister von Studt, ein Mann, der wahrlich gerade in katholischen Kreisen als ganz besonders entgegenkommend für die katholische Kirche geschätzt worden ist, erklärte im Abgeordnetenhause am 14. 3. 1907 über die Maßnahmen, welche von seiten der Regierung allen Lehrern zur Bekämpfung des Schulstreiks vorgeschrieben waren, folgendes:

„Wo das Sprechen des Schulgebets, des „Vaterunser", bei Beginn wohl jeder Religionsstunde mit der Gesamtheit der Kinder zu Schwierigkeiten führt, ist der Lehrer ermächtigt, das Gebet allein zu sprechen. Wo Schwierigkeiten für die Schulzucht nicht bestehen, bleiben widerspenstige Kinder während der Religionsstunde anwesend und werden unter Aufrechterhaltung der Schulzucht mit anderen Arbeiten, die den Religionsunterricht nicht stören, z. B. mit Schreiben beschäftigt. Um den erzieherischen Einfluß der Schule auf die durch ihre Eltern zum Ungehorsam gegen die Schulordnung aufgehetzten Kinder wirksamer zur Geltung kommen zu lassen, erhalten sie für jede Religionsstunde (in der sie nicht deutsch antworten), eine „Ersatz-Zusatzstunde" (Nachsitzen), in einem anderen Lehrgegenstande. Bei Festsetzung dieser Ersatzstunden sollen Härten, die zu berechtigten Vorwürfen gegen die Schulverwaltung Anlaß geben und insbesondere die Gesundheit der Kinder gefährden könnten, vermieden, hierbei besondere Verhältnisse, wie z. B. weite Schulwege auch berücksichtigt werden. Die Regierung nahm Abstand von Zwangsstrafen, die ihr gesetzlich zustehen. Sie hätte auch Schließung der streikenden Schulen, Ausschließung der widerspenstigen Schüler und Beseitigung des Religionsunterrichts während der Dauer des Streiks anordnen können. Sie hat von alledem Abstand genommen. Zum Ruhm des Lehrerstandes muß hervorgehoben werden, daß derselbe abgesehen von ganz vereinzelten Fällen, seiner Aufgabe in unentwegter Pflichttreue und mit großem Takt gerecht geworden ist."

Die einzige Maßregel, die vielleicht Bedenken erregen kann, ist die Schulentlassung von Gymnasiasten, die aus solchen Familien stammen, die sich mit ihren die Volksschule besuchenden Kindern am Schulstreik beteiligten. Man bedenke jedoch, daß die Rebellion gegen den Staat von seiten der Familien ausgegangen, von den Polen zu einer Pflicht gerade der Familien erklärt worden war.

Wenn das polnische Volk dem Lehrer einmütig jeglichen Dienst versagt, dann wird jeder Lehrer aus dem Dorf ausrücken. . . . Jeden, der einem Lehrer den geringsten Dienst erweisen wollte, soll das polnische Volk als Verräter und als Auswurf der Gesamtheit betrachten."

Höchst belehrend über den Schulstreik ist die Schrift: „Vergiftete Seelen" (nämlich die der streikenden Kinder) von Armin v. Eulendorf. Bromberg, bei Dittmann 1909. Sie gibt eine lebensvolle Darstellung über das Leben eines Dorflehrers während des Streiks.

„Wir sind in einem Kriege," erklärte der Abgeordnete Dr. Friedberg am 14. 3. 1907, „und in einem Kriege, der uns aufgedrungen ist. Die Maßnahme der Gymnasiasten-Entlassung hat gewirkt. Die Betreffenden haben reumütig um Wiederaufnahme gebeten, unter der Versicherung, daß sich ihre Geschwister nicht weiter am Streik beteiligen würden. Den Relegierten ist die Wiederaufnahme in Aussicht gestellt nach dem Aufhören des Streiks. Bei einer Zahl ist die Wiederaufnahme sogar schon vorher genehmigt worden."

Daß der Staat für besondere Kosten, die sich aus dem Schulstreik ergaben, die Gemeinden heranzog, war durchaus gerechtfertigt. So z. B. mußten zum Schutz der Lehrer hier und dort Gendarmen in den Orten gestellt, zur Bewachung der Schulgebäude und der Lehrerwohnungen in denselben Nachtwächter angestellt werden. An die Kräfte der Lehrer wurden infolge der beständigen Reibung an den widerspenstigen Kindern und Eltern sehr erhöhte Anforderungen gestellt, nicht am wenigsten durch die Nachsitzstunden der aufsässigen Schüler. Man wird begreifen, daß daher — wo es besonders not tat — Aushilfs-Lehrer von außerhalb herangezogen und die Kosten den Gemeinden auferlegt wurden. Das verfehlte nicht, die Neigung für die Fortsetzung der Schulrebellion abzuschwächen.

Die Beweggründe für den Streik waren unter Vorgabe und Ausnützung religiöser Momente lediglich politische. Es galt die Erzwingung der polnischen, die Niederkämpfung der deutschen Schule!! Eine preußische Staatsregierung, die nach allen den Erfahrungen aus der Zeit von 1842 bis 1873 die deutsche Schule wieder aufgibt und sich speziell darauf einläßt, für den Religionsunterricht der polnischen Schüler die polnische Sprache zuzulassen, verkennt die Pflichten, die dem preußischen Staat gegenüber dem Deutschen Reich zufallen. **Die deutsche Schule und der deutsche Pflug in der Scholle der Ostmarken** — d. h. die ununterbrochene Zuführung deutscher Bauern zur Sicherung der Grenzwälle unseres Vaterlandes — **das ist und bleibt dort das A und O der Aufgaben Preußens.** Die Staatsregierung von 1906/07 zeigte sich ihren Aufgaben gewachsen. Ihre ruhige, feste, entschlossene Haltung, ihre Zurückweisung jedes Kapitulationsgedankens hat das Vaterland vor Demütigungen durch das nach jedem Erfolge immer herausfordernder auftretende Großpolentum bewahrt. Der Dank hierfür gebührt dem Fürsten von Bülow als Ministerpräsidenten, dem Kultusminister von Studt, sowie den Oberpräsidenten von Posen und von Westpreußen von Waldow bezw. von Jagow.

Wenn übrigens auf unseren Volksschulen mit zum Teil oder gänzlich polnischen Schülern der Religionsunterricht auch in der Mittel- und Oberstufe lediglich in polnischer Sprache abgehalten würde, so müßte das zu einer bedenklichen Polonisierung der Lehrer führen. „Man bedenke", so führte in der Abgeordnetenhaussitzung vom 4. 3. 1907 der Abgeordnete Dr. Fried-

berg höchst beachtenswert aus, „daß wir in unseren Volksschulen, selbst in den mehrklassigen nicht das Fachlehrsystem haben und daß der Religionsunterricht in den Volksschulen so im Vordergrund des Unterrichts steht, daß der Lehrer, um den Religionsunterricht in polnischer Sprache zu erteilen, ein vollkommener Pole sein muß. Das würde aber zur vollständigen Polonisierung der deutschen Volksschulen führen und auch der deutschen Schüler! **Die Polen wollen durch die Hintertür des Religionsunterrichts die Polonisierung der deutschen Schule herbeiführen.**"

In der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 15. 3. 1907 erinnerte der Abgeordnete Rzesnitzek die Polen daran, wie sie in ihrem Herzogtum Warschau mit der Herrschaft der polnischen Sprache verfahren wären. Das Herzogtum war nach der Niederlage Preußens 1807 aus den von diesem abgetrennten Landesteilen gebildet worden. Natürlich lebten dort zahlreiche Deutsche, darunter viele Lehrer. Rzesnitzek führte an:

„Am 27. 1. 1809 erschien für das Herzogtum Warschau ein Edikt, welches anordnete, daß jeder deutsche Lehrer bei Androhung der Amtsentlassung bis 1812 die polnische Sprache zn erlernen habe, denn der Unterricht müsse in einer Sprache erteilt werden, und zwar in der Einsicht der unbedingten Notwendigkeit, daß alle Einwohner eines Landes die Landessprache verstehen müßten, sowohl für gewöhnliche Angelegenheiten, als auch im Interesse des Handels, der Rechtspflege, desgleichen für den Genuß der Bürgerrechte (!) und zur Ausübung von Zivil- und militärischen Aemtern."

In einem Lande mit allgemeiner Wehrpflicht wie Deutschland, hat Preußen schon für die Landesverteidigung dem Reiche gegenüber die Pflicht, durch seine Schulen dafür zu sorgen, daß die wenigen Schuljahre gründlich dazu benutzt werden, um unseren zukünftigen Soldaten das Deutsche beizubringen. Dazu ist aber unerläßlich, daß auch für den Unterricht in der Religionslehre keine Ausnahme gemacht wird, zumal die Polen — allen voran diejenigen, die für die Religion zu wirken haben, die Geistlichen — alles aufbieten, um zu bewirken, daß ihre schulentlassene Jugend und dann die aus dem aktiven Dienst im Heere ausgeschiedenen Landsleute die deutsche Sprache möglichst wieder vergessen. Deutschland hat es hier eben mit Reichsangehörigen zu tun, von denen schon vor einer Reihe von Jahren ihr Berliner Preßorgan, der Dziennik Berlinski rühmte: „Wir Polen wollen keine loyalen Staatsbürger sein."

XII.

Die polnische Presse.

In der Bekämpfung Preußens und der Zugehörigkeit zum Deutschen Reich sowie des Deutschtums nicht nur in Posen und Westpreußen, sondern auch in allen von den polnischen Er-

oberungs- und Raubzügen betroffenen Landesteilen, als Schlesien, Ostpreußen, Hinterpommern, Berlin und ganz besonders boshaft auch im rheinisch-westfälischen Industriegebiet — hat die polnische Presse die Führung, auf das leidenschaftlichste unterstützt durch die österreichischen und die russischen Polenorgane. — Unmöglich können wir hier auf dieses Thema näher eingehen. Wir verweisen auf die Auszüge aus den polnischen Zeitungen in dem vom Deutschen Ostmarkenverein verdienstvoll herausgegebenen „Polenspiegel" (1908, Berlin, bei Puttkammer & Mühlbrecht). Regierung und weitere Untergrabung der Treue für König und Vaterland, der Loyalität gegenüber Preußen und dem Reich, versteckte aber auch völlig offene Propaganda für Landes- und Hochverrat sowie nicht nur für eine möglichst autonome Sonderstellung in oder neben Preußen, sondern auch für die Losreißung vom Deutschen Reich, Schürung des Hasses gegen die deutschen Mitbürger, politische und wirtschaftliche Verdrängung, Bedrängung und Verfolgung derselben, namentlich auch durch wirtschaftliche Boykottierung des deutschen Handels, Gewerbes und Handwerks, — das ist der Grundton der polnischen Presse. Hunderte polnischer Federn sind beständig eifrigst tätig, Deutschland und den „preußischen Barbarismus" im Auslande zu verdächtigen, gelegentlich auch zum Kriege zu hetzen und dabei für den Fall, daß die deutschen Waffen Niederlagen erleben, einen Polenaufstand in Aussicht zu stellen.

Ein in Posen erscheinendes Blatt die „Praca" schrieb am 6. 8. 1905 als Rußland im Kriege mit Japan Niederlagen auf Niederlagen erlitt: „Das Interesse der polnischen Nation heischt imperativisch eine gründliche Niederlage des größten uralten Feindes — eine Niederlage Deutschlands. . . . . Die Niederlage Rußlands ist für uns kein geringes Wohl. **Aber diejenige Deutschlands wäre für uns ein noch hundertfach größerer Segen . . .** Sie ist die unabweisbare Vorbedingung der Wiedergeburt der polnischen Nation. Erst dann, wenn Deutschland wie Rußland seine Schlachten bei Mukden und bei Tschuschima*) erleben wird, wird die polnische Brust aufatmen."

Ueber die Sonderstellungsbestrebungen der Polen im preußischen Staat äußert sich — jedenfalls der allgemeinen Stimmung Ausdruck gebend — die in Westpreußen zu Graudenz erscheinende verbreitetste und einflußreichste aller polnischen Zeitungen, die Gazeta Grudzionska in ihrer gewöhnlichen herausfordernden Art:

„Wir verlangen, daß es uns freisteht, unter der preußischen Regierung Polen zu sein und unser Polentum und unsere polnische Literatur zu pflegen. Zu diesem Zweck fordern wir von der Regierung, daß unsere polnische Sprache bei allen

*) Die Japaner vernichteten die russische Flotte 1905 bei Tschuschima und schlugen das russische Heer u. a. auch bei Mukden.

Behörden, wie auch im ganzen bürgerlichen Leben zum „mindesten" gleichberechtigt wird. In den Volksschulen müssen unsere Kinder anfangs nur polnisch unterrichtet werden, und nachher müssen sie so gut wie möglich in der deutschen Sprache ausgebildet werden. Auf allen Behörden muß der Pole die polnische Sprache gebrauchen dürfen, sei es schriftlich oder mündlich. In den polnischen Landesteilen müssen die Beamten geborene Polen sein, mindestens aber die polnische Sprache fließend beherrschen. **Alle polnische Landesteile, also Schlesien (!!!), Posen, Westpreußen, Masuren und Ermland** (also Ostpreußen) **müssen zu einem Ganzen unter der Verwaltuug eines besonderen königlichen Statthalter** mit einem besondern Landtag vereinigt werden. Außerdem muß in Berlin ein besonderer Minister für polnische Angelegenheiten sein. Dieser Statthalter und dieser Minister müssen die polnische Sprache zum mindesten genau kennen. (!) Natürlich müssen alle gegen die Polen erlassenen Ausnahmegesetze und Verordnungen aufgehoben und ein Gesetz erlassen werden, das den Beamten und Behörden bei strengen Strafen jegliche Bedrückung und Verfolguug der polnischen Nationalität verbietet."

Wenn wir erst soweit sind, wie es dieses Programm hinstellt, dann hätte Deutschland seine östlichen Grenzwälle dem Landesfeinde ausgeliefert, und mit unserem Volkstum wäre es dort am Ende! —

Den hier wiedergegebenen beiden Preßstimmen aus Posen und aus Westpreußen, die in ihren Tendenzen von der Gesamtheit der polnischen Presse durchaus geteilt werden, mag noch eine dritte und zwar aus Oberschlesien, hinzugefügt werden. Aus Oberschlesien, d. h. dem Regierungsbezirk Oppeln mit 2¼ Millionen Einwohnern, darunter 1169000 wasserpolnischer Mundart, woher noch bis in den 1890er Jahren nur Stimmen der Treue zu König und Vaterland zu hören waren. Seitdem sich aber — anfänglich wie der Dieb in der Nacht — die Posener Polen dort eingeschlichen haben, um die wasserpolnischen Bevölkerungsteile zu „bewaffnen", damit sie sich, wenn die Stunde gekommen ist „erheben", seitdem ferner dort die Posener — schon längst nun ganz offen und immer herausfordernder durch die von ihnen daselbst geschaffenen 13 polnischen Zeitungen, die Insurgierung der dortigen „jüngsten Brüder" betreiben, ist es nicht zu verwundern, daß auch von dort her das Volk mit den Worten aufgewiegelt wird:

„Auf eigenem polnischen Boden ein selbständiges polnisches Volk — das ist unsere Losung."

Und diese landesverräterische Devise verkündete nicht etwa eins der im Besitz der Posener Eindringlinge befindlichen Blätter, sondern am 15. 12. 1901 in der ersten Nummer seines Erscheinens

als Programmartikel der „Gornoslonzak", gegründet von einem wasserpolnischen Oberschlesier, von Korfanty, dem bekannten Redakteur und Parlamentarier, unter dessen Redaktion. Korfanty ist das erste politisch auftretende Produkt der Propaganda der Posener und Galizier in Schlesien, welche Provinz seit 1163 nicht mehr zu Polen gehört. In derselben Eröffnungsnummer heißt es in einem „An die Deutschen!" überschriebenen Aufsatz u. a.: „. . . **Euere Nation, Euere Gemeinschaft hassen wir aus tiefster Seele.**" —

XIII.

Die polnische Frau.

Bismarck hat einmal gesagt: „So lange es noch eine polnische Frau gibt, wird es auch eine polnische Frage geben." Die polnischen Frauen üben auf die Männer in deren nationaler und politischer Betätigung einen großen Einfluß aus. Sie sind es auch, die — außer den Geistlichen — die nationale Energie der Männer zur Bekämpfung alles dessen, was deutsch ist, unablässig schüren, die ferner den Haß gegen das Deutschtum den Kindern zum heiligen Gebot und sich selbst ein Amt daraus machen, über der strengen gesellschaftlichen Absonderung und Scheidung von den deutschen Mitbürgern eifrig zu wachen. Wehe dem Familienmitgliede oder dem Hausgenossen, über dessen Lippen ein deutsches Wort geht! Bei der überall bestehenden Boykottierung und Niederkämpfung der deutschen Handelsgeschäfte, Handwerker und Gewerbetreibenden usw. stehen auf dem kleinwirtschaftlichen Gebiet die Frauen in vorderster Reihe. Wie sehr dies dem Emporkommen der polnischen Kaufleute, Gewerbetreibenden und Handwerker und deren Ueberflügelung der deutschen Konkurrenz zustatten kommen muß, ist klar — um so mehr, als von seiten der deutschen Frauenwelt kaum eine nennenswerte Gegenwirkung ausgeübt wird.

Wo nur immer möglich, wirken die deutschen Frauen — ohne jeden grundsätzlichen Haß gegen die Polen — auf gegenseitiges Vertragen hin. Auf wirtschaftlichem Gebiet pflegen sie sehr vielfach die polnischen Geschäfte nicht nur nicht zu meiden, sondern sie sogar zu bevorzugen, wobei freilich leider fast aller Orten geltend gemacht wird, daß die polnischen Geschäftsleute leistungsvoller, gewandter und entgegenkommender seien, was wir gern bezweifeln möchten. Die sehr indifferente Haltung der deutschen Frauen schädigt unsere Sache in hohem Maße.

XIV.

Die heutige wirtschaftliche und politische Machtstellung der Polen.

Ueber diese berichtet die höchst verdienstvolle Schrift des Professors Bernhard „Das polnische Gemeinwesen im preußischen

Staat" (1910). Sie gibt ein klares Bild von der Entwicklung der Polen beider Ansiedlungsprovinzen in ihrer politischen und wirtschaftlichen Organisation. Wir müssen uns darauf beschränken, auf dieses Werk aufmerksam zu machen.

Das völlig einheitlich zusammengehaltene polnische Genossenschaftswesen bildet eine Kapitalsmacht, die 1910 über ein Betriebskapital von 240 Millionen Mark verfügte. Gebildet von 265 Genossenschaften, gehörten 1910 ihm an: 185 Kredit-, 19 Bodenparzellierungs- und 11 andere Betriebs-, sowie 50 Ein- und Verkaufsgenossenschaften (Rolniks). Die Zahl der Mitglieder (davon mehr als die Hälfte bäuerliche) beträgt 125 108. Die Genossenschaften haben Kredit bei einer Berliner Großbank.

Durch die in die Fremde gehenden zahlreichen polnischen Arbeiter, die viel Geld verdienen und äußerst sparsam leben, wird das polnische Volksvermögen jährlich um viele Millionen Mark vermehrt. Die Ersparnisse wandern ausschließlich in die polnischen genossenschaftlichen Volksbanken und werden zumeist zum Erwerb einer eigenen Scholle auf heimatlicher Erde angelegt. Die polnischen Parzellierungsbanken, bisher immer noch durch staatliches Eingreifen daran nicht behindert, finden an diesen bodenhungrigen Landsleuten ohne Unterbrechung Abnehmer von Parzellen der zumeist von deutscher Hand erworbenen Güter. Mächtig angefeuert durch die Geistlichen, nimmt das ganze polnische Volk zielbewußten Anteil an dem Kampf, den Deutschen den Boden zu entreißen und den Bodenerwerb durch Deutsche aus polnischer Hand zu verhindern, diejenigen Polen aber zu ächten, die ihre Scholle dennoch in die deutsche Hand gelangen lassen. Infolge dieses erbitterten Kampfes verlor das Deutschtum in Posen und Westpreußen von 1896—1910 84 500 ha an die Polen.

Der seit 1871 bestehende, von einem Geistlichen als „Patron" einheitlich geleitete „Verband polnischer Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften" bildet unter Mitwirkung zahlreicher Kleriker in der Verwaltung das feste Gerüst auch für die politische Betätigung des Polentums und die Basis zur Bekämpfung des deutschen Gewerbes, Handwerks und Handels sowie zu dem rücksichtslos betriebenen Boykott, den man schon bis in die 1850er Jahre zurück verfolgen kann. Zahlreiche wirtschaftliche wie gleichzeitig politische Vereine sorgen dafür, daß im Kampf gegen das Deutschtum und den Staat stramm Tritt gehalten wird.

Dahin gehören u. a. der „Verband der polnisch-katholischen Arbeitervereine" (Landarbeiter, antisozialdemokratisch, national, in der Provinz Posen 30 000 Mitglieder), der „Verband der St. Isidor-Vereine" (Sachsengänger), der „Berufsverband" städtischer Arbeiter, der „Industrie und gewerbliche (Handwerker-) Verein", die Vereine „polnischer Kaufleute", die polnischen landwirtschaftlichen Vereine usw.

Der seit 1841 bestehende Marcinkowski-Verein gewährt wenig bemittelten jungen Leuten auf Gymnasien, Universitäten, technischen Hochschulen, aber auch für andere Unterrichts- und Lehranstalten Stipendien. 1910 zahlte er an 528 Stipendiaten 96 000 Mark und hatte er 7700 Mitglieder. Er nahm 1910 ein: 115 000 Mark. Sein Vermögen war auf 2 Millionen Mark angewachsen. Der Marcinkowskiverein hat in seinen Stipendiaten den Polen einen städtischen Mittelstand herangebildet, der dem deutschen schwere Konkurrenz macht. Außer ihm steht eine große Zahl anderer politischer Organisationen im nationalen Kampf.

Zu letzteren gehören der Straz-Verein, die Volksvereine, Jünglings- und Gesellenvereine, der Verband der Studentenvereine, der Journalistenverein, der Verband „Unitas" der polnischen Geistlichen, der Verband der Sokol- und der Gesangvereine, die Frauenverbindungen u. a. m. Ueberdies umschließen die preußischen, russischen und österreichischen Polen noch gemeinsame politische Organisationen.

Im Reichstag mit 397 Mitgliedern hatte die polnische Fraktion ihre Höchstzahl an Mitgliedern in der Periode 1907—1911 mit 20 erreicht. In der vorangegangenen Periode hatte sie nur einen Bestand von 16. Bei den Reichstagsneuwahlen am 12. 1. 1912 fiel die Fraktionsstärke auf 18 Mitglieder, darunter 5 Geistliche. In der Polenfraktion befinden sich 11 aus Posen, 3 aus Westpreußen und 4 aus Oberschlesien, dem durch die Posener Invasion eroberten Gebiet der „jüngsten polnischen Brüder".

Im preußischen Abgordnetenhause zählt die Polenfraktion gegenwärtig (Periode 1909—1913) 17 Mitglieder, darunter 7 Geistliche. Davon befinden sich 10 aus Posen, 4 aus Westpreußen und 3 aus Oberschlesien.

Im Jahre 1911 waren vertreten:

Westpreußen	im Abg.-Hause	durch	12	Abg.,	darunter	4	Polen
"	" Reichstag	"	13	"	"	3	"
Posen	" Abg.-Hause	"	14	"	"	10	"
"	" Reichstag	"	15	"	"	11	"
Oberschlesien	" Abg.-Hause	"	12	"	"	3	"
(Reg.-Bez. Opp.)	" Reichstag	"	12	"	"	4	"

XV.

Die polnischen Eroberungszüge und Ausdehnungsgebiete in Deutschland.

Alle die soeben im Kapitel XIV. angeführten Organisationen in Posen und Westpreußen, auch die mit dem harmlosesten Namen sowie der gesamte Klerus stehen im Dienst der großpolnischen

Sache mit dem Ziel der Wiederaufrichtung des Polenreiches. Als vorbereitender Schritt hierzu wird planmäßig das Vordringen der posener und der westpreußischen Polen im Bodenbesitz der Nachbarprovinzen Schlesien, Ostpreußen und Hinterpommern betrieben. Außerdem arbeiten die Polen schon seit den 1880er Jahren unausgesetzt an der Insurgierung der „wasserpolnischen" Bevölkerungsteile (am 1. 12. 1910: 1169340 Seelen) im südlichen Schlesien, sowie an der Unterwerfung der Masuren in Ostpreußen und der Kassubei im nordwestlichen Westpreußen.*)

Der starke Zustrom polnischer Arbeiter aus dem Osten in das rheinisch-westfälische Industriegebiet, der Ende der 1870er Jahre begann und anhält, hat sich zumeist lediglich aus dem Streben ergeben, sich dort die hohen Löhne nutzbar zu machen, nicht aber aus der Absicht, sich daselbst dauernd niederzulassen. Die Arbeiter kehren vielmehr zum allergrößten Teil wieder nach der östlichen Heimat zurück.**) Immerhin ist das polnische Element daselbst, wenn auch mit wechselndem Personal dauernd sehr stark vertreten. Nach der Volkszählung vom 1. 12. 1910 befanden sich in den Regierungsbezirken Arnsberg und Münster (Westfalen) und Düsseldorf (Rheinland) 267347 Polen, Frauen und Kinder eingerechnet. Bei der Reichstagswahl am 12. 1. 1912 wurden von den Polen dort 38086 Stimmen gegen 28131 bei den Wahlen 1907 abgegeben.***) Ein ganzer Rattenschwanz von nationalen Vereinen und mehreren giftig antideutschen, verhetzenden polnischen Zeitungen halten diese Polen auch hier „in der Fremde" völlig abgeschlossen und hüten sie vor „Germanisierung". Nicht willkürlich zerstreut, sondern planmäßig zusammen-

*) Hierüber berichtet meine Schrift „Polnische Eroberungszüge im heutigen Deutschland" (Deutscher Ostmarkenverein, Berlin W. 62, in Kommission bei Oskar Eulitz' Verlag, Lissa i. P.). Heft I: Das Vordringen der Polen im ostpreußischen und pommerschen Bodenbesitz und die Umtriebe der Polen unter den Masuren und Kassuben. Heft II: Das Eindringen der Posener Polen in schlesischen Bodenbesitz und die Insurgierung der Oberschlesier. (Heft II erscheint im Winter 1912/13, Heft I Sommer 1912.)

**) Die bedeutenden Ersparnisse der polnischen Industriearbeiter in Rheinland-Westfalen werden in den polnischen Volksbanken der Heimat (Posen, Westpreußen) angelegt. Sobald ein Arbeiter sich mehrere Tausend Mark erspart hat, pflegt er nach einer dieser beiden Provinzen zurückzukehren, um sein Geld zum Erwerb einer eigenen Bodenscholle anzulegen, die ihm die polnischen Parzellierungsbanken, zumeist aus deutscher Hand erworbenen, an Polen aufgeteilten Gütern anbieten. Die polnischen Geistlichen daheim in Posen und Westpreußen führen Buch über die „in der Fremde" arbeitenden Leute, stehen ja in enger Verbindung mit den Volksbanken und verfehlen nicht, auf die Rückkehr der Arbeiter aus dem Westen hinzuwirken, sobald diese soviele Geldmittel erworben haben, daß sie sich in der Heimat selbständig machen können.

***) In denselben Regierungsbezirken lebten am 1. 12. 1910 auch 138 878 von Ostpreußen zugewanderte Masuren, die fast durchweg evangelisch und zu 80 pCt. im Westen verbleibend — ihrer Sprache wegen, leicht für Polen gelten, allein von treupreußischer Gesinnung sind.

gehalten in großen Gruppen an bestimmten Orten, in denen polnische Handwerker und Geschäftsleute dafür sorgen, daß auch hier der Pole sein Geld nur zum Polen trägt, gewinnen sie bei den Kirchenwahlen einen Sitz nach dem anderen. Auch in die politischen Gemeindevertretungen sind sie schon eingedrungen und werden nicht müde, sogar hier (!) polnische Schulen und nationalpolnische Geistliche zu verlangen.*) Somit bilden selbst in diesen rein deutschen Provinzen des Westens die polnischen Eindringlinge politisch eine Gefahr.

Schon 1886 (28. 1.) konnte Bismarck im Abgeordnenhause mahnen:

„Mit Recht können die Polen von sich sagen: Vexilla regis prodeunt! Unsere Fahnen rücken vor! Das ist ganz unzweifelhaft. Es fragt sich nur, wie das bei der angeblich so großen Unterstützung, die das deutsche Element von der Regierung hat, möglich ist. Ja, meine Herren, vielleicht erkennen Sie das noch, daß die Unterstützung, die die Polen von seiten der Opposition (damals Zentrum, Linksliberale, Sozialdemokraten) haben, stärker ist, als das, was die Regierung leisten kann."

Auf diesen Fahnen, von denen Bismarck sprach, stehen auch die Mahnworte Graf Eduards von Radczynski's, die er — irre ich nicht — aus Anlaß der Gründung des Marcinkowskivereins 1842 seinen Landsleuten zugerufen hat:

„Werden wir Polen erst besser, gebildeter und reicher als die Deutschen, dann sind **wir** die Herren."

Seitdem arbeiten die Polen mit großem Eifer und Erfolg daran, diese nationale Losung wahr zu machen — gefördert durch große deutsche Parteien und durch die periodisch so sehr schwache Haltung der Regierung.

---

*) Für die Polen sind Geistliche deutscher Herkunft angestellt, die in polnischen Landesteilen sich die polnische Sprache angeeignet haben. Sowie die Bischöfe den auch in Rheinland-Westfalen national äußerst herausfordernd auftretenden Polen noch polnischnationale Geistliche bewilligen würden, dürften diese ihren Landsleuten bald klar machen, daß Westfalen von Rechts wegen eigentlich auch zu Polen gehört.

Zweiter Abschnitt.

Deutsche Abwehrforderungen.

„Nicht nur mit Preußen, sondern mit ganz Deutschland, auch mit der ganzen deutschen Gesellschaft führen wir Polen einen Kampf um Tod und Leben. . . . . . . Preußen muß also mit allen Mitteln streben, das Polentum zu schwächen. Diesen defensiven Charakter Preußens stellen wir um so lieber fest, als gewöhnlich derjenige verliert, der in der Verteidigung verbleibt." (Przeglad Wszechpolski.)

C'est la legalité, qui nous tue.

„C'est la legalité, qui nous tue!" An diesen Ausspruch eines französischen Staatsmannes hat einmal Bismarck erinnert. Das geschah im Abgeordnetenhause am 29. 1. 1886 bei Gelegenheit der Verhandlungen über das staatliche Ansiedlungswerk in den Ostmarken, wobei der Reichskanzler bereits die Frage aufwarf, ob nicht Preußen 100 Millionen Taler aufbieten sollte, um den polnischen Adel „zu expropriieren", wenn auch nicht im dermaligen Augenblick. Die Rechtssicherheit werde dadurch nicht beeinträchtigt, da der Staat ja die Güter nicht unentgeltlich einzuziehen beabsichtige, wie man wohl in anderen Ländern tue. Es handle sich um einen Akt der Notwendigkeit. „Im Kriege geschieht auch manches, wobei man die Gleichheit vor dem Gesetz außer Auge verliert. Ein Staat, der um seine Existenz kämpft" (wie der unsrige den vorrückenden Polen gegenüber) „ist schließlich im Kriege und im Frieden nicht immer in der Lage, sich in den gewohnten Gleisen zu halten und darin, daß er das nicht ist, besteht gerade die Rechtssicherheit. Wenn wir das anders halten, dann würden wir in die Lage kommen, wie sie ein französischer Staatsmann vor 20 Jahren mit den Worten schildert: C'est la legalité qui nous tue — das heißt: „Wir halten an dem Gesetz fest, selbst wenn wir daran zugrunde gehen." Dieses la legalité nous tue hat aber sein Gegengewicht in dem Notwehrrecht des Staates, sobald seine Existenz gefährdet ist."

Unsere Polen mißbrauchen beständig Verfassung und Gesetz, indem sie unter deren Schutz und zwar mit Berufung auf die (scheinbare) legalité ihrer Handlungen den Bestand des Reiches und unser Volkstum bekämpfen. Einer der Posener Sendlinge in Schlesien, Siemanowski, war Redakteur des Glos Slonski in Gleiwitz, als dieses Blatt am 30. 10. 1904 schrieb: „Die preußische Verfassung verbietet uns das nicht", nämlich: „an ein zukünftiges freies, unabhängiges Polen zu glauben", und ferner: „In nationaler Beziehung bilden wir ein einziges unteilbares Ganzes, trotz der Grenzpfähle . . . In den gesetzlich und durch die Verfassung zulässigen Grenzen werden wir" (die Posener) „alles aufbieten, daß unsere nationale Bewegung in Schlesien immer breitere Massen des polnischen Volkes

umfaßt.“ Und am 19. 11. 1909 schreibt im „Kuryer Slonski“ Korfanty, damals Abgeordneter, an den gleichfalls oberschlesischen Abgeordneten Pfarrer Kapitza: „Wenn wir das Gefühl des Verlangens nach einer polnischen Herrschaft haben, so stellen wir uns doch nicht außerhalb der Verfassung, sondern stehen auf ihrer Grundlage.“ Verfassung und Gesetz bieten eben selbst den Polen den festen Boden, der ihnen Freizügigkeit, Gewerbefreiheit, Preßfreiheit, Berechtigung des Besitzerwerbes im ganzen Deutschland, Rechtssicherheit, Versammlungs- und Vereinsrecht gibt zur erfolgreichen Bekämpfung des Deutschtums, zur Revolutionierung der Geister und zur Propaganda für den Landesverrat. — Wenige Zeilen nach den oben angeführten Worten hebt Korfanty hervor, daß keiner von den Großpolen „an eine gewaltsame Losreißung von Preußen denkt und niemand einen bewaffneten Aufstand vorbereitet“. Das ist ja zwar sehr nett von diesen Leuten gesagt, allein sie betreiben doch tagtäglich die Losreißung und bereiten täglich den Aufstand vor, wenn zunächst auch noch nicht die „gewaltsame“ Losreißung und nicht den „bewaffneten“ Aufstand. Denn „es geht auch ohne!“ und das Eingreifen der ultima ratio regis ist den polnischen Preußen noch von 1848 und den polnischen Russen noch von 1863 und 1830 in unfreundlicher Erinnerung.

Mit herzerquickender Deutlichkeit rief Bismarck am 28. 1. 1886 im Abgeordnetenhause den Polen zu:

„Eine der Ursachen für den Fortschritt der Polen liege in der „reichlichen Agitationsmöglichkeit“, welche die Landes- und Reichsgesetze über Presse und Vereine den Polen geben. Die polnischen Herren sind nicht schüchtern gewesen in der Ausbeutung aller dieser Gesetze. Sie erkennen sie aber ihrerseits nicht an; sie erkennen ihre Zugehörigkeit zu Preußen nur auf Kündigung, und zwar auf 24stündige Kündigung an; wenn sie heute Gelegenheit hätten, gegen uns vorzugehen, und stark genug wären, so würden sie nicht einmal gegen 24stündige Kündigung, sondern ohne Kündigung losschlagen. — (Große Unruhe bei den Polen.) Ja, meine Herren, ist einer von Ihnen, der sein Ehrenwort abgeben kann, daß das nicht wahr ist, daß alle die Herren zu Hause bleiben werden, wenn die Gelegenheit sich bietet, mit ihren Banderien auszurücken, — dann will ich meine Behauptung zurücknehmen; aber das Ehrenwort verlange ich. Und daß Sie mir einreden wollen, das wäre ein Irrtum, meine Herren, so dumm sind wir wirklich nicht, ich wenigstens nicht.“

Unter solchen Umständen sind gewisse Aenderungen der Reichsverfassung sowie in den Gesetzen unerläßlich, namentlich für den Bodenerwerb und für den Bodenbesitz. Das deutsche Volk hat das Recht, von Preußen zu verlangen, daß Bodenbesitz und Machtstellung an den Grenzwällen des Reiches in den Händen treuer, „sicherer Leute“, wie Bismarck sie fordert, und nicht in den Händen abtrünniger, vaterlandsverräterischer Großpolen liegen. Das gilt besonders auch für das oberschlesische Bollwerk der Landesverteidigung, in das die Posener den Landesverrat hineingetragen haben.

Mit unseren eigenen Gesetzen bringen uns die Polen um! „Ils nous tuent." Und wenn wir an Verfassungs- und Gesetzbestimmungen, die uns schließlich in der Existenz bedrohen und auch auf die Landesverteidigung an den östlichen Grenzen schwer schädigend zurückwirken, festhalten, d. h. sie nicht ändern, so üben wir Selbstmord. — Ohne die Gebundenheit an das Reich würde die preußische Gesetzgebung sich namentlich in der Bodenpolitik machtvoller betätigen können. Die Reichsverfassung erschwert dem preußischen Staat in den Ostmarken sehr erheblich die Erfüllung seiner Pflichten gegenüber Deutschland!

I.

Schlesien muß in Posen verteidigt werden!

A. Forderungen für die Bodenpolitik.

Friedrich der Große hat Schlesien in Böhmen, also angriffsweise verteidigt. Der seit den 1880er Jahren betriebene so verheerende Einfall der Polen in Schlesien ist aus Posen und Westpreußen gekommen. Dort vor allem muß der Feind aufgesucht und geschlagen werden. Von hier aus sind die Einfälle der Posener und westpreußischen Polen auch in andere deutsche Landesteile erfolgt, die (wie Schlesien seit 1163) zu Polen nicht gehört haben, in Ostpreußen-Masuren, in Hinterpommern und die Umtriebe unter den Kassuben. Ueberall suchen die Polen die Deutschen aus dem Bodenbesitz zu verdrängen. Der weitaus größte Teil ihres Nationalvermögens wird dazu verwendet, aus deutscher Hand Landbesitz zu erwerben, ihn zu parzellieren, mit Polen zu besiedeln, durch Vertrag die Scholle für alle Zeit den Deutschen zu entziehen und für das Polentum zu sichern. Wir sehen ihren Bodenbesitz mächtig steigen, nicht nur in Posen und Westpreußen, sondern auch in Schlesien, neuerdings aber besonders in Ostpreußen.

Das einzige sichere, aber auch das wichtigste Mittel der Niederhaltung der Polen, das A und O unserer Ostmarkenpolitik, ist die umfassende und kraftvolle Fortsetzung des staatlichen Ansiedlungswerkes durch eine gebührend starke Zuführung von deutschen Bauern und Arbeitern nach Posen und Westpreußen. Zur nachdrücklichen Bekämpfung des Vordringens der Polen in den gefährdeten Nachbarprovinzen des Wirkungsbereichs des Ansiedlungsgesetzes müssen Staat, Provinz und das dortige Deutschtum ihre Machtmittel wesentlich verstärken. Das Volkstum des Bauernstandes gibt den Ausschlag darüber, welche der Nationalitäten die herrschende in einem Gebiete ist und bietet die Gewähr für die Festhaltung des Landesteiles am Vaterlande. Dafür spricht ein Rückblick in die Vergangenheit. Während der Zugehörigkeit Westpreußens zu Polen von 1466 bis

1772 behauptete der deutsche Bauernstand sein Deutschtum am längsten.*)

In Posen und Westpreußen ist ein recht erheblicher Teil des deutschen Großgrundbesitzes seit dem Ansiedlungsgesetz von 1886 bereits eingegangen. Von der Königlichen Ansiedlungskommission aufgekauft, unterlag ein deutsches Rittergut nach dem andern der Besiedlung mit deutschen Bauern. Noch mehr deutsche Rittergüter wurden durch ihre Besitzer polnischen Käufern zugeführt, meistenteils um durch polnische Parzellierungsbanken an polnische Bauern aufgeteilt zu werden. Dieses Mißverhältnis zum Nachteil der deutschen Interessen haben die betreffenden deutschen Großgrundbesitzer selbst und nicht die staatliche Ansiedlungspolitik zu verantworten. Unbeschadet aller nationalen Mahnungen haben viele in Ausnutzung des riesigen Steigens der Güterpreise ihre deutsche Scholle zumeist auf Meistgebot an einen der beiden einzigen Bewerber vergeben, der preußischen Ansiedlungskommission oder den polnischen Käufern verkauft.

Der preußische Staat hat alle Ursache, aus politischen, sozialen und auch wirtschaftlichen Gründen alles aufzubieten, um einer weiteren Schwächung des deutschen Großgrundbesitzes möglichst entgegenzuwirken. Das Recht der Selbsterhaltung und die Pflicht gegen das Reich gebieten, daß nunmehr lediglich von der polnischen Hand gefordert wird. Gibt diese den Boden auch ferner nicht her, so muß endlich das gesetzliche Recht der Enteignung durchgeführt und erweitert werden. Handelt es sich doch auch und zwar nicht in letzter Linie um eine sehr ernste Forderung der Landesverteidigung.

Ueber jede Scholle polnischen Bodens, der an Deutsche verkauft wird, machen die polnischen Zeitungen einen fanatischen Lärm. Welche Widerstände dem Bodenverkauf entgegenwirken, wenn nicht die Staatsraison mit der Enteignung eingreift, zeigen Tausende von Preßstimmen. Wir geben hier nur eine derselben als typisch wieder. Der in der Provinz Posen erscheinende polnische „Lech" schrieb darüber, wie ein Pole zu behandeln sei, der seinen Besitz an einen Deutschen verkauft, am 24. 9. 1911 folgendes:

„Wenn sich der Verschacherer in der Kirche, im Dorfe, Gasthause, einem Privathause zeigt, müssen alle vor ihm weichen wie vor einem Verpesteten. Will er jemandem die Hand reichen, möge sich dieser von ihm abwenden, vor ihm wie vor dem größten Lumpen ausspeien. Will er dein Haus betreten, so verschließe die Tür vor ihm. Sollte er seine Füße auf dein Besitztum setzen, dann hetze ihn mit Hunden aus deinem Gehöft. Möge der Verschacherer in der Einsamkeit leben wie Kain, möge der Fluch der polnischen Nation auf ihm lasten bis zum Tode,

*) Besonders die Bauern im Weichseltal und vor allem im Weichseldelta, im Werder und in der Danziger und Elbinger Niederung, deren Vorfahren zur Ordenszeit das Sumpfland entwässert und dem Anbau zugänglich gemacht hatten, waren ihrem Deutschtum durch alle Zeiten und Bedrängungen treu geblieben.

und nach dem Tode möge niemand hinter seinem Sarge gehen, niemand das Heil seiner Seele erbitten. Wer seine Nation, seine katholische Kirche so schwer als Verschacherer geschädigt hat, der verdient kein Erbarmen, keine Verzeihung. Die polnische Gemeinschaft muß mit jedem Verkäufer so hart verfahren, daß dies andre, welche die Lust verspüren, sich durch einen Verkauf zu besudeln, abschreckt, mit Grauen erfüllt. Die Rache der Gemeinschaft darf dem Verschacherer zeitlebens keine Ruhe gönnen, bei jedem Schritte soll ihm die größte Verachtnng gezeigt werden, überall muß er als der größte Lump, Hundekerl behandelt werden, den eine unerbittliche Rache bis über das Grab verfolgen muß."

Vor Einbringung des Enteignungsparagraphen (1907) in das Ansiedlungsgesetz ist erwogen worden, bei Besitzwechsel in Posen und Westpreußen ein Einspruchsrecht des Staates gesetzlich festzulegen, so aber, daß der Staat das betreffende Landgut käuflich zu erwerben verpflichtet sein sollte, falls er Einspruch gegen den Verkauf einlegte; dabei ist jedoch fraglich, ob Preußen in der Inanspruchnahme eines solchen Einspruchsrechts nicht mit der Reichsverfassung in Konflikt kommen dürfte. Deshalb wohl scheint ein solcher Gesetzentwurf nicht eingebracht worden zu sein. Hier fallen aber die Interessen Preußens mit denen des Reiches und des gesamten Deutschtums so völlig zusammen, daß — bei geeigneter Zusammensetzung des Reichstags — selbst aus der Initiative desselben aus der Reichsverfassung diejenigen Hindernisse beseitigt werden könnten, die den Einzelstaaten die Inanspruchnahme des erwähnten Einspruchsrechts gegenwärtig nicht ermöglichen.

Preußen hat im Osten schwere Pflichten für Gesamtdeutschland zu erfüllen. Es hat zur Ermöglichung der Reichsverfassung auf Rechte verzichtet, die es zur Erhaltung auch seiner eigenen Existenz und zur Hütung der Machtstellung des Reiches und des deutschen Volksstammes den Polen gegenüber recht schwer vermißt.

Von seiten des vorigen preußischen Landwirtschaftsministers ist schon vor Jahren dem Landtage die Vorlage eines Gesetzes zugesagt worden, das der Staatsregierung (den Regierungspräsidenten) das Einspruchsrecht bei Parzellierungen von Landgütern erteilt, insoweit dieselben nicht im Einklang stehen mit den Zwecken des Ansiedlungsgesetzes von 1886. 29 polnische Parzellierungs-Landbanken sind inzwischen munter weiter bei der Arbeit, deutsche Güter aufzukaufen und sie mit polnischen Bauern und Arbeitern zu besiedeln. Mit Begier beleihen die polnischen Banken als ihre voraussichtlichen Opfer deutsche Besitzungen mit Hypotheken zweiter Stelle. Das langverheißene Parzellierungs-Einspruchsgesetz würde, wenn es nun endlich käme, den polnischen Landbanken das so lange schwunghaft betriebene Geschäft des Kaufes von Gütern behufs Aufteilung in polnische Hände legen.

Geboten ist die Ausdehnung des Parzellierungs-Einspruchsgesetzes auch auf Schlesien, Ostpreußen und den Regierungsbezirk Köslin für Hinterpommern, als diejenigen Gebiete, wohin die Posener und westpreußischen Polen ihre Bodenerwerbungs- und Aufwiegelungsunternehmungen gerichtet haben,

und auch auf den Regierungsbezirk Frankfurt a. O. — In denselben Landesteilen, mindestens aber in den vom Bodenankauf durch die Polen besonders bedrohten Grenzkreisen sind zur Bodenbesitzfestigung dieselben staatlichen Einrichtungen und Kreditinstitute zu schaffen, wie sie zur Erhaltung des deutschen Groß- wie Kleingrundbesitzes in Posen (Mittelstandskasse) und in Westpreußen (Bauernbank) bereits bestehen.

In politischen Kreisen wird zurzeit ein Projekt besprochen, welches für die ganze Monarchie vorgeschlagen werden soll. Man will die Parzellierung selbst in den nationalgefährdeten Landesteilen nicht von der Genehmigung der Regierung abhängig machen, sie aber einer hohen Besteuerung unterwerfen. Eine solche hätte der Parzellierungsunternehmer für jede einzelne vergebene Parzelle zu entrichten. Für die polnischen Parzellierungsunternehmungen ist die Geldbesteuerung, selbst wenn sie eine sehr drückend hohe ist, kein wirksames Gegengift. Die polnischen Banken würden die Steuer ohne Schwierigkeit auf ihre landhungrigen Volksgenossen abwälzen. Zumeist sind dies Sachsengänger. Ein Pole, der mehrere Tausend Mark erspart hat, bezahlt für einen Morgen Land auch glatt noch 100 Mark Steuer. Um diese herauszuschlagen, betreibt er die Sachsengängerei noch die erforderliche Zeit weiter und liegt mit seiner Familie krumm, bis er zahlungsfähig geworden ist. Das nationale Gebot der konsequenten Bekämpfung der Deutschen gerade um den Bodenbesitz verlangt es so und die nationale Disziplin duldet keinen Widerspruch. Zu alledem kommt, daß hinter jedem polnischen Bauern und auf den Besitz einer eigenen Scholle ausgehenden Arbeiter der Geistliche steht — ganz im Dienst des Großpolonismus — mit allen den Machtmitteln, die ihm sein Amt verleiht.

Die Polen sollen die Auflassung von Grundstücken im nationalen Interesse von einer gerichtlich eingetragenen Erklärung abhängig machen, daß die weitere Uebertragung derselben von ihrer Zustimmung abhängig macht. Der Boden bleibt also für immer an die polnische Hand gebunden. Durch diese Klausel entziehen die Polen den Grund und Boden dem Handel, der Erwerbsmöglichkeit von seiten ihrer deutschen Mitbürger. Es muß doch möglich sein, ihnen durch Gesetz dieses mit dem Interesse des Staates und der Allgemeinheit unvereinbaren Kampfmittel zu entziehen.

Das soeben Besprochene findet eine Illustrierung in folgendem Vorgang, den die Deutsche Juristenzeitung im Februar 1912 wie folgt bespricht und das hoffentlich baldigst eine gesetzliche Remedur erfährt:

Ein interessantes Reichsgerichtsurteil über die Gültigkeit einer zwischen polnischen Vertragsparteien bei einem Grundstückskaufe vereinbarten Konventionalstrafe. Der Kläger (Verkäufer), ein Nationalpole, bedang sich beim Verkauf seines in der Provinz Posen gelegenen Grundstücks aus, daß der Käufer bei Vermeidung einer Vertragsstrafe von 30000 M. das Grundstück nicht an einen Deutschen oder an die Ansiedlungskommission verkaufen dürfe. Als dies doch geschah, forderte er die Strafe. Im Prozeß wendete der Beklagte ein, daß das Strafabkommen nichtig sei, weil es gegen die guten Sitten verstoße. (§ 138 B. G. B.) Die gegen das verurteilende Erkenntnis des Oberlandesgerichts Posen eingelegte Berufung wurde vom Reichsgericht zurückgewiesen, das mithin die Gültigkeit der betreffenden Vereinbarung anerkannte.

Aus den Gründen interessieren folgende Ausführungen:

„Es sei bereits wiederholt entschieden, daß im umgekehrten Fall bei Verkäufen unter Deutschen das Verbot, an einen Nationalpolen zu verkaufen, nicht gegen die guten Sitten verstoße. Allerdings könne es von besonderer Bedeutung sein, welchen Niederschlag das jeweilige Volksbewußtsein in der Gesetzgebung gefunden hat. Es sei daher berechtigt, den Vertrag nicht allein, sondern als Glied in der Kette nationalpolnischer Bestrebungen zu würdigen, und es bedürfe somit eines Eingehens auf die preußische Ansiedlungsgesetzgebung, um ein Urteil darüber zu gewinnen, ob in ihr ein Niederschlag allgemein gültiger Anschauungen zu finden sei. Eine Durchkreuzung dieser Gesetzgebung erfolge nicht nur durch die mit Hilfe polnischer Banken erfolgende Bildung polnischer Ansiedlungsgenossenschaften, sondern auch durch sonstige Maßnahmen, unter die auch das fragliche Veräußerungsverbot falle. Man könne aber nicht annehmen, daß in jener Ansiedlungsgesetzgebung ein Niederschlag der jeweiligen Verkehrsanschauung (des Volksbewußtseins) gefunden werden könne, wie zum Beispiel in den die Gewerbefreiheit sichernden Vorschriften der Gewerbeordnung. Es handle sich um politische Gesetze, die, mögen sie vom nationalen Standpunkt noch so sehr gerechtfertigt sein, sich doch gegen eine Klasse von Staatsbürgern richten, denen es von ihrem Standpunkt aus nicht als sittenwidrig verargt werden könne, wenn sie die staatlichen Maßnahmen bekämpfen, vorausgesetzt, daß sie kein gesetzlich verbotenes Mittel anwenden. Kläger betätige keine unsittliche Gesinnung, wie es der Fall wäre, wenn ein Deutscher eine derartige Bestimmung getroffen hätte."

Die Reichsgerichtsentscheidung mag zutreffen. Die Staatserhaltung verlangt jedoch gebieterisch die Geltendmachung der Staatsraison, wenn nicht anders, so durch ein Gesetz, das die Bindung des Bodens an das Polentum unmöglich macht. — Außerdem ist nun ein Gesetz, das der Regierung das Einspruchsrecht gegen Parzellierungen gibt, nur noch um so dringender geboten.

B. Starke Besiedlung auch für die Landesverteidigung geboten.

Mit dem seit 1886 betriebenen großen staatlichen Ansiedlungswerk errichtete Preußen zur Verteidigung der Ostmarken sowohl gegen etwaige Polenaufstände, als auch gegen den äußeren Feind, ein Bollwerk von besonderer Widerstandskraft. Die Kosten für dasselbe sind mit auf die Landesverteidigung zu buchen. Eigentlich müßte das Reich sich an diesen Kosten beteiligen. Geschähe dieses, so würde sich im Reich, auch außerhalb Preußens das Bewußtsein der Mitverantwortlichkeit zur Festhaltung der Ostmarken und zur gebührenden Niederhaltung des Großpolen-

tums wesentlich heben. Und das tut dringend not! Sollen die Bayern, die Württemberger, die Badener, Hessen, Sachsen usw. erst dann zum Bewußtsein kommen, daß ihnen des Reiches Ostmarken mitgehören, wenn der Kaiser ihre Truppen auf die östlichen Grenzwälle des Reiches beruft — sei es gegen einen äußeren Feind, sei es gegen die Polen? Ein Armeekorps württembergischer, hessischer, sächsischer, bayerischer, thüringischer usw. Ansiedler an der Warthe und an der Weichsel bietet dem deutschen Vaterlande sehr viel gründlichere und dauernde Erfolgsgarantien, als der Aufmarsch eines Armeekorps mit Kanonen und Bajonetten. Die Wehrhaftigkeit der mit Polen durchsetzten Provinzen verlangt gebieterisch, daß der Staat die deutsche Bevölkerungsziffer beständig hebt. Wir brauchen dort — militärisch genommen — möglichst viele deutsche Wehrpflichtige, deutsche Rekruten sowie Reservisten für die dortigen Regimenter, deutsche Landwehr und deutschen Landsturm zum Grenz- und zum Eisenbahnschutz bei der Mobilmachung sowie danach während eines Krieges. Wir brauchen aber auch in den Landtags- und Reichstagswahlkämpfen deutsche Wahlstimmen gegenüber der durch größeren Kinderreichtum in der numerischen Zunahme sowieso begünstigten Polen.

Polnische Zeitungen, namentlich der „Kraj" in Petersburg und der „Kuryer Warszawski" in Warschau prophezeiten neulich das Ende der preußischen Herrschaft im Jahre 1913. Dann würden die Polen in einem Kriege Deutschlands mit Rußland die deutsche Mobilmachung stören, die Brücken und Eisenbahnen sprengen, und die polnischen preußischen Reservisten würden sich zu den Feinden schlagen! Sollte es einmal so kommen, oder sollte im Falle eines unglücklichen Krieges Deutschlands gegen Frankreich oder England ein Polenaufstand in Posen und Westpreußen ausbrechen, so könnte dieser um so gefährlicher werden, je weniger die preußische Staatsleitung beizeiten für die numerische Stärkung desjenigen Elementes vorgesorgt hat, auf die sich die Abwehr eines Aufstandes in erster Linie stützen können muß, auf einen zahlreichen deutschen Bauern- und einen kräftigen seßhaften deutschen Bürgerstand in den Städten.

II.

Zur Stärkung des Deutschtums in den ostmärkischen Städten.

Dank der Kultur- und der Bildungsmittel, durch welche Preußen den polnischen Staatsbürger aus der Unkultur emporgehoben hat, dank aber auch der seit 70 Jahren konsequent gepflegten Tätigkeit des Marcinkowski-Vereins mit seinen Stipendien für die studierende polnische Jugend ist es den Posener Polen gelungen, sich in den Städten einen polnischen Mittelstand

heranzubilden, der — bestehend aus Rechtsanwälten, Aerzten, Apothekern, Ingenieuren, Kaufleuten, Gewerbetreibenden usw. — seit einiger Zeit der herrschende ist. Während früher die politische Führung der Polen in den Händen des großgrundbesitzenden Landadels lag, befindet sich dieselbe gegenwärtig in den Händen der städtischen Intelligenz und der Geistlichkeit. Also in die Städte ist die Führung übergegangen; die von den anderen Provinzen abweichend gestalteten Einrichtungen betr. die Magistrate sowie die Stadtverordneten- und sonstigen Gemeindevertretungen — lassen die Polen freilich noch nicht dazu kommen, das Stadtregiment in ihre Macht zu bekommen. Aber der Mittelstand hat sich eine gewaltige Macht organisiert: Die Boykottierung des deutschen Handels, Gewerbes und Handwerks. Unerbittlich konsequent arbeitet er daran, im Verein mit der Geistlichkeit die Deutschen wirtschaftlich zu vernichten, zu verdrängen, zur Abwanderung zu zwingen und so die Ostprovinzen de facto polnisch zu machen. Dem dort etwa verbleibenden deutschen Bevölkerungsteil gegenüber gilt dann das bereits proklamierte Gebot: „Wer sein Brot auf polnischer Erde ißt, muß polnisch werden."

In seinen Erfolgen wird der Boykott sehr unterstützt durch die durch keine nationale Mahnung zu überwindende Schwäche der deutschen Konsumenten, mit Vorliebe bei Polen zu kaufen. Daß sich nach dieser Richtung die Opferwilligkeit der Deutschen je steigern sollte, muß bezweifelt werden.

Mit der Hebung der Wohlhabenheit der Polen in den Städten und ihrem geschäftlichen Unternehmungsgeist hat auch der polnische Hausbesitzerstand stark zugenommen und ist der deutsche erheblich gesunken. Wir bedürfen in Westpreußen und Posen einer Besitzbefestigung auch für den deutschen Grundbesitz in den Städten und in letzteren außerdem einer Besiedlungsorganisation mit den erforderlichen Staatsmitteln.

Von Staats wegen ist bereits wohl mancherlei geschehen, speziell im Kreditwesen, das Deutschtum zu fördern. Allein es scheint uns unaufschiebbar, zur Stärkung desselben in den gemischtsprachigen Städten auch unsere Gesetze, Königlichen Verordnungen und Ministerialerlasse für Posen und Westpreußen einer Prüfung zu unterwerfen, wie weit bei dem gegenwärtigen Stand der Machtstellung und bei der politischen Haltung der Polen dieselben noch geeignet sind, dem deutschen Teil der Besatzung der östlichen Grenzwälle des Reiches, speziell in den Städten, numerisch und qualitativ die erforderliche Kraft zu sichern.

Nichts kommt dem Deutschtum in den Städten so zu statten, wie an den posenschen Städten Gnesen, Mogilno und Janowitz bereits nachgewiesen ist, als ein starker Ring von deutschen Bauerngemeinden um sie herum. Also auch für die Städte bleibt die umfassende, energisch geförderte Ansiedlungspolitik die Grundlage

zur Festigung des Deutschtums in denselben. Sie schützt das Deutschtum wirtschaftlich wie politisch vor polnischer Erdrosselung.

III.

Das Einschreiten gegen die polnische Presse

nach französischem Vorbilde.

So lange die polnische Tagespresse nicht verpflichtet ist, neben dem polnischen einen deutschen Text zu liefern, entzieht sich ihr Inhalt der Kenntnisnahme durch die Deutschen und der Kontrolle durch die öffentliche Meinung. In bezug auf letztere wirkt der polnische Text wie eine Geheimschrift. In Frankreich sind die in nicht französischer Sprache erscheinenden Zeitungen der inländischen Presse — also insbesondere die in italienischer Sprache gedruckten, in den 1859 von Italien an Frankreich abgetretenen Landesteilen Nizza und Savoyen herausgegebenen Blätter — denselben gesetzlichen Bestimmungen unterworfen, wie die ausländische Presse. Das heißt ihr ferneres Erscheinen kann durch Ministerialerlaß ohne Angabe der Gründe verboten werden.

Mit diesem Gesetz vom 22. 7. 1895 machten die Franzosen der damals zu Nizza in italienischer Sprache erscheinenden Zeitung „Pensiero di Nizza“, als sie italienische Gesinnung bekundete, sofort ein Ende. Das Gesetz wurde überhaupt erst geschaffen, um den „Pensiero“ totzuschlagen. Das kurze Verfahren hierbei war äußerst bezeichnend für die Praxis in dem republikanischen Frankreich. Raiberti, der Abgeordnete für Nizza, nach seiner Rasse Italiener, aber ein nationaler Renegat, wurde vom „Pensiero“, einem für die Wiederlostrennung von Frankreich wirkenden Blatt, als Ueberläufer zu den Franzosen angegriffen. Um sich an der Zeitung zu rächen, gab er es in der französischen Kammer als franzosenfeindlich und landesverräterisch an. Raiberti beantragte die Unterdrückung der Zeitung. Nach den damaligen gesetzlichen Bestimmungen war das nicht durchführbar. Auf Raibertis Antrag nahm jedoch die Kammer sofort und mit Begeisterung das oben erwähnte Gesetz vom 22. 7. 1895 an. Auf Grund desselben wurde dem „Pensiero“ das weitere Erscheinen untersagt.

Dies geschah in einer Republik und in einem Einheitsstaat. Ein föderatives Gebilde, wie das Deutsche Reich, leidet schon an sich durch die patrikularistischen Bestrebungen großer Teile der nationaldeutschen Bevölkerung, sowie durch den Riß, den die konfessionelle Zentrumspartei in unserem Volk verursacht hat und immer noch weiter vertieft, in seiner Kraft. Um so dringender ist es geboten, diese Kraft nicht durch die Erstarkung solcher nicht nationaldeutscher Bevölkerungsteile noch weiter schwächen zu lassen, welche, wie die Polen, es auf den Ruin unseres Vaterlandes und des Deutschtums abgesehen haben. Im Reichstag aber würden Zentrum, fortschrittliche Volkspartei und Sozialdemokraten für ein Preßgesetz, wie das französische vom 22. 7. 1895, freilich keinesfalls zu haben sein. Wir leben aber in Deutschland!

IV.

Eine Universität in Posen?

Die Forderung nach einer Universität — aber einer **polnischen** — ist von den Polen schon 1848 während ihres Aufstandes gestellt, und dann von seiten der polnischen Fraktion im Abgeordnetenhause 1851—1856, sowie 1866 wiederholt worden. — 1873 nahm diese Fraktion die Forderung wieder auf, verzichtete jedoch aus taktischen Gründen darauf, daß die Universität eine ausschließlich polnische sein muß. Sie beanspruchten zunächst nur für einige Lehrfächer polnische Lehrkanzeln, so z. B. für polnische Literatur und polnische Sprache. Dazu sagt Professor H. **Brunner**, der weitbekannte Rechtslehrer an der Berliner Universität, 1902 in einem Artikel der „Deutschen Monatsschrift" (Juniheft) betreffend „Die Universität Posen und die Polenfrage":

„Das wäre ja an sich kein unbillig scheinender Wunsch, wenn es nur nach dessen Erfüllung auf der schiefen Ebene der Polonisierung einen festen Haltepunkt gäbe. Hat man erreicht, was man als Abschlagszahlung ansieht, so wird das gleiche Begehren für andere Fächer erhoben, für die man einen polnischen Dozenten zur Hand hat. Dahingehende Anträge werden in der Presse, in Vertretungskörpern und in öffentlichen Versammlungen wieder und wieder gestellt werden. Zum mindesten bieten sie einen dankbaren Agitationsstoff dar und halten die Hoffnung aufrecht, daß schließlich der Tropfen den Stein aushöhlen werde. Befriedigt wird auch dann das Polentum noch nicht sein, wenn für sämtliche Fächer Parallelprofessuren bestehen, denn dann richtet sich der Kampf mit verdoppelter Wucht auf Beseitigung der deutschen Vorlesungen, bis das Ziel einer ausschließlich polnischen Universität erreicht ist."

„Wie man eine deutsche Universität allmählich in eine polnische verwandelt, haben die Polen in Galizien erprobt. Als Dozent an der Universität Lemberg hatte ich in den Jahren 1865 bis 1870 reichliche Gelegenheit, die Polonisierung einer deutschen Bildungsanstalt in ihren einzelnen Phasen kennen zu lernen. .... Ich frage, was denn etwa geschehen wäre, wenn unter der Reichskanzlerschaft Caprivis (1890—1895, siehe Kapitel IX) in Posen eine deutsche Universität bestanden, und das Polentum, von seiner Gefolgschaft im Zentrum unterstützt, eine ähnliche Taktik befolgt hätte wie früher bezüglich der Universität Lemberg. Ich wage nicht zu behaupten, daß sie völlig erfolglos geblieben wäre."

Brunner nimmt eine **deutsche** Universität in Posen an, wenn er sagt:

Man braucht kein Prophet zu sein, um vorherzusagen, daß die Studenten polnischer Nationalität sich in offenen oder geheimen Verbindungen organisieren und unter der Leitung der großpolnischen Agitation mit gesinnungsverwandten Studenten Warschaus, Lembergs und Krakaus enge Fühlung halten würden. Die national geschlossene Mehrheit polnischen Studententums wird es nicht an Versuchen fehlen lassen, die minder zahlreichen und minder geschlossenen deutschen Kommilitonen zu terrorisieren. Harte nationale Reibungen und eine Zuspitzung der vorhandenen Gegensätze werden die Folge sein. Als Vorkämpfer fühlen sich voraussichtlich die ausländischen Polen berufen, die bei Gefahr im Verzug rasch jenseits der Grenze verschwinden können. Sieht sich die Regierung zu Ausweisungen veranlaßt, so wird in auswärtigen Parlamenten die internationale Trommel geschlagen, etwa

nach dem Muster der Interpellation, die kürzlich im Wiener Reichsrat der Polenklub einbrachte, indem er an die österreichische Regierung die Anfrage stellte, was sie zu tun gedenke, um im Deutschen Reiche die Freizügigkeit österreichischer Untertanen polnischer Nationalität zu wahren. Disziplinarische Maßregeln der akademischen Behörden, etwaige Strafurteile der Gerichte bieten eine willkommene Handhabe dar, um „das Martyrium der polnischen Nation" in geräuschvollen Demonstrationen der leichtgläubigen Welt zu verkünden."

„Erlangt eine Universität mit national gespaltener Studentenschaft den traurigen Ruf eines dauernden Kriegsschauplatzes, so büßt sie ihre Anziehungskraft auf die bessere studierende Jugend ein. Erfahrungsgemäß wird wenig oder nichts gelernt, wenn der junge Mann seine Zeit und seine Spannkraft in fortwährenden nationalen Reibungen verpufft. Sich davon völlig fernzuhalten, steht dem einzelnem nicht frei. Auch wer sich klar ist, daß er seinem Volke am besten dient, indem er sich für seinen Beruf vorbereitet, kann seine Landsleute nicht schnöde im Stich lassen in Streitigkeiten, bei denen es unter der studierenden Jugend für Pflicht gilt, Farbe zu bekennen. Gerade der lernbegierige Student wird daher eine Universität vorziehen, die ihm bietet, was er braucht, die Möglichkeit stiller und stetiger Ausbildung."

„Unter dem nationalen Zwiespalt leiden auch die Dozenten. Ihren Einfluß auf die polnischen Zuhörer lähmt die Gegenwirkung der polnischen Agitation. Politisch mißliebige Lehrer werden in ihren Vorlesuugen durch angezettelte Demonstrationen gestört, mit gehässigen Zuschriften belästigt, und in der polnischen und polnisch gesinnten Presse verlästert. Ueberdies ist, was schwer ins Gewicht fällt, die deutsche Universitätsverfassung nicht darauf zugeschnitten, um zu verhindern, daß Polen sich als Privatdozenten habilitieren, die in polnischem Sinne dozierend den deutschen Fachgenossen dank dem bewährten polnischen Boykott die gesamte polnische Zuhörerschaft entziehen würden."

„Man könnte mir den Einwand machen, daß ich zu schwarz sehe und daß der Versuch der Universitätsgründung immerhin gewagt werden könne, da ja das deutsche Volk stark und groß genug sei, um mit dem Polentum der Ostmarken fertig zu werden. Wer so rechnet, übersieht in weltfremdem Doktrinarismus oder in sentimentaler Gutmütigkeit die drei wichtigsten Faktoren, die für unser Verhältnis zu den Polen in Betracht kommen: die Reichs- und Staatsverfassung, die Polen des Auslandes und die treibenden Kräfte des politischen Katholizismus. Der absolute Staat Friedrichs des Großen könnte über die obwaltenden Bedenken getrost hinwegsehen. Allein unsere Verfassung und unsere staatlichen Einrichtuugen sind nicht bloß für die Staatsbürger da, die das Reich und den Staat wollen, sondern sie kommen auch dem irredentistischen Polentum zu statten, das sich ihrer gegen uns als wirksamer Waffen bedient."

„Die erhobenen Bedenken gelten in erster Linie dem Plane, die Stadt Posen mit der ostmärkischen Universität zu bewidmen. Für Bromberg, wo die deutsche Einwohnerschaft verhältnismäßig sehr viel stärker ist, und der Einfluß des Erzbistums sich nicht so unmittelbar geltend machen könnte, treffen sie in schwächerem Maße zu. Aber die Entwicklung würde sich hier, wenn auch langsamer, doch auf gleicher Linie bewegen und die Universität Bromberg schließlich ebenso ein politischer Agitationsherd werden wie die Universität Posen."

Der deutschen studierenden Jugend dürfte eine Universität in Posen nicht sonderlich zugute kommen. Der Zug nach dem Westen würde die ostmärkischen Studenten zumeist bei Posen vorbeiführen. Selbst wenn der Staat eine größere Zahl durch Stipendien in Posen festhält, würde er voraussichtlich nicht hindern

können, daß unter den Studierenden das polnische Element stark überwiegt, da die nationale Propaganda schon dafür sorgen wird, daß die einheimische polnische Studentenschaft stets starken Zuwachs aus der polnischen Bevölkerung Oesterreichs und Rußlands erhält. Mindestens müßten diese Elemente gesetzlich oder durch Verordnung von dem Besuch der Posener Hochschule ausgeschlossen sein.

Wirtschaftliche Vorteile würden aus dem Bestehen einer Universität in Posen zu ungleich geringerem Teil das deutsche Handwerk, Handel und Gewerbe und Hausbesitz bereichern, als das polnische.

Durch das Treiben der polnischen Studenten müßte den deutschen Hochschullehrern das Leben und Wirken stark verleidet werden, so daß bedeutende Lehrkräfte sich von einer Universität Posen oder Bromberg fern halten dürften.

Hands off!

V.

Mit halber Kraft die Polenfrage nicht zu lösen, und Beständigkeit tut not.

Seitdem 1909 durch den Ministerialwechsel im Landwirtschaftsministerium ein gründlich retardierender Kurs in unserm vaterländischen Ansiedlungswerk eingetreten ist, stehen wir wieder einmal in einer besorgniserregenden Wandlung unserer Ostmarkenpolitik. Ehe auf das im Mai 1911 an den Ostmarkenverein gerichtete Telegramm des Reichskanzlers: „Nunquam retrorsum!" nicht ein „Sempre avanti!" als Tatsache in die Erscheinung tritt, geht in Stadt und Land auch ferner eine Scholle nach der andern in polnische Hand über und behält Bismarcks Ausspruch sein Recht: „Die polnischen Fahnen rücken vor!"

Sehr richtig mahnt die Schlesische Zeitung am 23. 12. 1911: „Mit halber Kraft kann die Polenfrage nicht gelöst werden. Das heißt nur den Nationalitätenkampf und den Boykott auf unabsehbare Zeit in den Ostmarken stabilieren!"

Der frühere Oberbürgermeister von Bromberg, Knobloch, schreibt in der Nationalzeitung am 12. 12. 1911: „In Stadt und Land muß Preußen nicht allein wirtschaftliche, sondern in erster Linie nationale Ostmarkenpolitik treiben. Täte es dies nicht, so würde unweigerlich die Provinz Posen polnisch und ein Friedhof deutscher Nationalität. Je länger der Staat zögert, nationale Politik zu treiben, desto härter werden schließlich seine Mittel werden müssen!"

Wir haben in Preußen seit 1815 fast ein Jahrhundert an Erfahrungen in der Polenfrage hinter uns. In dieser langen Zeit war nichts so beständig als die Unbeständigkeit der preußischen

Polenpolitik sowie die fanatische Bekämpfung Preußens und des Deutschtums durch die Polen.

VI.

Die Männer am Steuerruder.

Den Gradmesser für die politische Einsicht und Kraft der Staatsregierung in der Ostmarkenpolitik bilden ihre Ziele und Leistungen vornehmlich in der Schul- und Ansiedlungspolitik. Die Träger derselben sind nächst dem Ministerpräsidenten nicht nur der Kultus-, sondern seit 1886 auch der Landwirtschaftsminister, insofern in der Hand des letzteren die Ansiedlungs-Gesetzgebung liegt. Was große Männer in dem vaterländischen Ansiedlungswerk von 1886 Großes gewollt und begonnen haben, das kann in der Pflege und Fortentwicklung verkümmern. Gerade auch der Landwirtschaftsminister muß daher auf der Höhe des Verständnisses für seine ererbten Aufgaben stehen, wie es unter Bülow der Landwirtsschaftsminister v. Arnim bekundete, als er trotz erklärlicher Bedenken und schwerer Widerstände im Landtag dennoch das Enteignungsgesetz vorlegte und das Parzellierungs-einspruchs-Gesetz einzubringen zusagte. — Dieser Ministerposten verlangt aber nicht nur für die Initiative von Gesetzvorlagen, sondern auch zur kraftvollen Durchführung der für die Bodenpolitik gegebenen Gesetze Männer, die in ihrer politischen und nationalen Energie gänzlich unbeeinflußt sind von Beengungen durch kirchliche Machtansprüche und nur eine Raison gelten lassen, das ist die Staatsraison.

Nachdem die Posener Polen dem Deutschen Reich das zugemutet haben, was sie uns durch ihren Enteignungs-Feldzug in Oberschlesien antaten (siehe meine Schrift: „Unterwerfung Oberschlesiens durch die Posener Polen") haben sie auf rücksichtsvolle Behandlung in der Ansiedlungspolitik wahrlich vollends keinen Anspruch mehr.

In der Sorge für die deutsche Schule und für die deutsche Scholle gipfelt also unsere Ostmarkenpolitik. Nach beiden Richtungen treten im 19. Jahrhundert die Perioden Flottwell (1830—1841) und Bismarck (1862—1890) vorbildlich hervor. Unter Bismarck bezüglich seinem Nachfolger, dem Fürsten Hohenlohe, haben sich besondere Verdienste erworben um die Schulfrage die Kultusminister Falck (1872—1879), v. Goßler (1881—1891) und ihr Nachfolger Dr. Bosse, um die Ansiedlungsfrage die Landwirtschaftsminister Frhr. v. Lucius, Frhr. v. Hammerstein, v. Podbielski und v. Arnim, sowie die Finanzminister v. Scholz und v. Miquel (1890—1901) und der Präsident der Königlichen Ansiedlungskommission v. Wittenburg.

In besonderem Maße muß aber die hervorragende Betätigung

Miquels in seiner Eigenschaft als Leiter (Vizepräsident) des Staatsministeriums (1895—1901) während der Reichskanzlerschaft Hohenlohes auch um die Hebung der deutschen Kultur in Posen und Westpreußen gerühmt werden.

Im ersten Dezennium des 20. Jahrhunderts nahm die Ostmarkenpolitik unter dem Reichskanzler und Ministerpräsidenten Fürsten v. Bülow einen besonders kräftigen Fortgang. Für diese Politik hatte Bülow bedeutende Männer zur Seite, vor allem den schöpferischen Nachfolger Miquels im Finanzministerium Frhrn. v. Rheinbaben, ferner den in der Schul- und Sprachenfrage sachkundigen und standhaften Kultusminister Dr. v. Studt, ferner für das Ansiedlungswesen die Landwirtschaftsminister v. Podbielski und v. Arnim (letzterer bis 1910), und den Präsidenten der Kgl. Ansiedlungskommission Dr. Gramsch, sowie — last not least — die Oberpräsidenten v. Waldow (1903 bis 1911) und von Jagow in Posen bezgl. Westpreußen, welch letzterer in v. Goßler und Delbrück tatkräftige Vorgänger gehabt hat.

Das Ausscheiden Bülows Ende 1909 und Arnims, die Versetzung Rheinbabens nach Koblenz, sowie Waldows (Herbst 1911) vom Oberpräsidium in Posen nach Stettin, Ereignisse, die alle in ihrer Ursache im Zusammenhange stehen, bedeuteten für die Ostmarken recht herbe Schläge. Seit dem Wechsel im Landwirtschaftsministerium sieht auch der Ansiedlungspräsident sich vor sehr beschränkten Aufgaben.

Die Stellung des Oberpräsidenten von Posen ist wegen der vorwiegend polnischen Bevölkerung dieser Provinz die schwierigste in den Ostmarken, so auch die der ihm nachgeordneten Regierungsbeamten in den Gegenden mit vorherrschend polnischer Einwohnerschaft. Diese Stellung verlangt Flottwell- und Waldow-Eigenschaften, kraftvolle Männer, die in der geschichtlichen Mission Preußens und des Deutschtums an den Grenzwällen des Reichs völlig aufgehen.*) Auf diesen Posten gehören Männer, die ohne Schwanken sicheren Schritts jener Mission nachgehen und bei vollem Wohlwollen für wirklich loyale Elemente unter den Polen (gibt es denn aber solche?) den nationalen, den wirtschaftlichen, sowie politischen Uebergriffen und Bestrebungen des Großpolentums unentwegt und nachhaltig entgegentreten.

Weder Flottwell noch Waldow gehörten nach Geburt und Familie dem Posener Lande an. Das kam der Sicherheit ihres Auftretens sehr zustatten.

Was in anderen Provinzen für die Träger der Regierungs-

*) Neuerdings hat die Posener Invasion in Oberschlesien auch dem Regierungspräsidenten in Oppeln reichlich schwere nationale und politische Aufgaben gestellt. Herr v. Schwerin, der jetzige Inhaber dieser höchst bedeutungsvollen Stellung, waltet, seinem Vorgänger Holtz entsprechend, seines Amtes dort mit Unerschrockenheit, Tatkraft und Erfolg.

gewalt, also speziell auch für die Landräte erwünscht ist, nämlich das Verwachsensein mit dem unterstellten Verwaltungsgebiet, ist in den Kampfprovinzen in gewissem Grade bedenklich. Freundschaftliche oder doch Verkehrsbeziehungen mit polnischen Familien, namentlich wenn sie von Jugend auf bestehen, erschweren erfahrungsmäßig die Festigkeit des Auftretens gegenüber den nationalen und politischen Ansprüchen und Zumutungen der Polen. Die Interessen des Reichs und unseres Volkstums kommen dabei leicht zu kurz. Miquel hatte sehr recht, wenn er als Leiter des Preußischen Staatsministeriums sagte: „Preußen darf nie einen Grandseigneur aus der Provinz Posen nach Posen als Oberpräsidenten setzen," d. h. keinen der im Posenschen geboren und in seinem Besitz dort wurzelnd, innerhalb des Polentums Beziehungen hat, wie wir sie eben angedeutet haben.

In die Kampfprovinzen gehören nicht nur ganze Männer, sondern auch sehr besonnene, konsequente, gewandte und für gewisse polnische Zumutungen absolut unzugängliche Beamte, die besten, über die der Staat verfügt. Behaglich ist es nicht, dort beständig auf der Wacht zu stehen und sich frei zu halten von einer gewissen aus deutscher Ritterlichkeit entspringenden Schwäche für die Polen, die ja als eine Art „Polenkrankheit" leicht weite Kreise befällt.

Wie es in der ersten Regierungszeit einige unserer Könige in ihrem landesväterlichen Herzen mit Bitterkeit erfuhren, so ergeht es in den stark mit Polen durchsetzten Landstrichen auch manchen Regierungsbeamten in den ersten Jahren ihres Wirkens. Das erklärliche Mitgefühl mit den Geschicken des polnischen Volksstamms, so manche wertvollen oder doch bestechenden Eigenschaften desselben im Verkehr und das Bestreben, zunächst auch seinerseits es mit der Versöhnungspolitik zu versuchen, haben sehr häufig zu einer Annäherung, dann aber zu schweren Enttäuschungen geführt. Die notwendige Wiederfestigung der eigenen Stellung sowie der Machtstellung des Staats und des Deutschtums pflegt danach nur durch ein um so rauheres und aufregenderes Eingreifen möglich zu sein.

Bismarck verlangte für die Ostmarken „tapfere Beamte".

Anhang.

Aus dem Polenaufstande 1848 in Posen.

Unerschrockenes Vorgehen des Domänenpächters Kühne gegen die Insurgenten auf seiner Domäne und in der Stadt Strelno.

Ein leuchtendes Vorbild für alle Zeiten.

Zum Verständnis für die politische Lage, welche den hierunter besprochenen Vorgängen zugrunde liegt, verweisen wir auf die auf Seite 24 bis 29 im Kapitel „Polenaufstand 1848" dargestellten Ereignisse, die ihren Anfang in Berlin nahmen, als dort am 18. März der bewaffnete Aufstand des revolutionären Teils der Bevölkerung gegen die Staatsleitung ausbrach.

Noch im März war es, daß der Aufstand der Polen auch die Gegend um das im äußersten Nordosten der Provinz gelegene Städtchen Strelno ergriff. Dieser Ort hatte damals ca. 3000 Einwohner, darunter etwa $1/3$ Deutsche und zahlreiche Juden. Unmittelbar vor dem nordöstlichen Stadteingang liegt der große Wirtschaftshof mit dem herrschaftlichen Wohnhaus der königlichen Domäne Waldau. Der Pächter derselben Oberamtmann Kühne, Landwehr-Kavallerieoffizier, eine kraftvolle, weit und breit in hohem Ansehen stehende Persönlichkeit von gediegenem Charakter, hat im Herbst 1848, also nicht lange nach Niederwerfung des Aufstandes, über seine Erlebnisse bei Ausbruch desselben an einen Freund Aufzeichnungen niedergeschrieben, die wir in folgendem auszüglich wiedergeben. In der lebensvollen Darstellung der Ereignisse höchst anregend, mögen sie uns Deutschen eine ernste Mahnung sein zur Wachsamkeit sowie zur tatkräftigen Selbsthilfe. Kühne zeigt aber auch durch sein eigenes Auftreten und dasjenige seiner beiden höchst rühmlichen ersten Wirtschaftsbeamten, was deutsche Männer durch Unerschrockenheit, mutvolles und tatkräftiges Handeln sowie durch umsichtiges Auftreten zur Stärkung und Beherrschung der Geister im eigenen Lager und zur Niederwerfung einer Polenerhebung zu leisten vermögen.

Wir lassen nunmehr die Aufzeichnungen des Oberamtmanns Kühne verehrungswürdigen Andenkens wörtlich folgen:

Bei Ausbruch der Pariser Februar-Revolution 1848 begannen sich auch hier in der Provinz Posen die schlechten Elemente zu regen, und als es im März in Berlin losging, überkam mich eine bestimmte Ahnung dessen, was später unser Land so in Schrecken setzte.

Ueberall begann man revolutionäre, aber andererseits auch Ordnungs-„Ausschüsse" zu bilden, und die Behörden verloren mehr und mehr an Bedeutung und Einfluß. Um wenigstens stets an der Spitze zu bleiben, trat ich in Strelno mit in das „Komitee", brachte bald die jungen polnischen Hitzköpfe heraus und zog besonnene, verständige Leute hinzu. Indes, was auch immer in dem „Komitee" beschlossen wurde,

die jungen Leute gingen unaufhaltsam weiter. Dabei war stets nur von der Aufstellung eines Landsturms „zum Schutze gegen Rußland" die Rede. Ich bemühte mich vergeblich, ihnen das als höchst lächerlich vorzustellen und als eines Tages von dem Posener zentralen polnischen „Nationalkomitee" die Befehle für die Kavalleriechefs ankamen, in denen stand: „Und wenn die Preußische Kavallerie kommt, so reitet sie in den Mist!" da sprang ich empört auf, zerriß die Dinger und warf sie in den Kamin, erklärte meinen Austritt und versicherte, daß ich Preuße mit Hand und Herz sei und sie sämtlich in mir selbst den größten Feind finden würden. Die älteren Herren gaben mir ganz recht und die jüngeren waren beschämt und verdutzt durch mein Aufbrausen. Doch dauerte es nicht lange, so hatte sich alles entfernt. Ich aber war so empört, daß ich mich von der ganzen Geschichte lossagte, obwohl mehrfach vergebliche Versuche gemacht wurden, mich zur Rückkehr zu bewegen.

Eines Tages kam der Mieroslawski bei mir auf den Hof gesprengt mit dem Rufe: „Die Russen kommen!" Er hatte ein Rappier wie einen Bratenspieß an der Seite und zwei erbärmliche Terzerole im Gürtel. „Aber bist du denn verrückt geworden, mit diesen Instrumenten gegen russische Batterien fechten zu wollen?" So schwatzte ich ihn vom Pferde. Indes es dauerte nicht lange, so kam der zweite, der dritte, der vierte Pole angeritten, Mieroslawski saß wieder auf und sie jagten in die Stadt. Ehe sie mich verließen, sagte ich ihnen jedoch: „Ich merke wohl „die Russen kommen" ist euer Ruf zum Aufruhr gegen Preußen. Macht eure Dummheiten, wo Ihr wollt, aber verschont Strelno, wenn wir Freunde bleiben wollen. Hier gebe ich es nicht zu."*)

Bis zum Abend desselben Tages war die ganze polnische Bevölkerung von Strelno unter den Waffen, mit polnischen Kokarden und polnischen Fahnen.**) Der ganze Markt war belebt und auch jeder Deutsche trug das dumme Ding, die polnische Kokarde aus Angst vor Kopfschmerzen. Ich aber habe mich nicht erniedrigt nnd ging am andern Morgen ohne Kokarde auf den Markt. Ich würde jedem die Zähne eingeschlagen haben, der mich insultiert hätte. Auf dem Markt sprach ich einige Worte zu Ehren unseres Königs und brachte ihm ein Hoch aus, in das alles einstimmte. Kaum aber war ich nach Hause gekommen, so hörte ich schon den Lärm aus der Stadt. Man hatte die preußischen Wappen herabgerissen und beschimpft, und alle Deutschen waren voller Furcht und Schrecken. Mir kochte das Blut! Da kamen einige deutsche Bürger und erzählten mir: „Jetzt sei ausgerufen worden, alle Deutschen sollten die Waffen auf die Hauptwache bringen und alle

---

*) Bevor die Polen offen in den Ausstand traten, hatte eine Instruktion ihres Nationalkomitees ihnen folgendes Verhalten empfohlen: „Man muß sich bemühen, die Deutschen nicht zu sehr zu alarmieren, um keinen kräftigen Rückschlag von ihrer Seite hervorzurufen. So sehr wir vor den Augen der Deutschen ein offenes und freundliches Benehmen empfehlen, das ihnen unsere Zuneigung und brüderliche Gesinnung zusichert, ebenso muß man hinter ihrem Rücken das Volk bewaffnen und dessen Feuereifer (soll wohl richtiger heißen, dessen Fanatismus) steigern." Um die Deutschen zu täuschen, sollten die Polen überall zunächst die Meinung verbreiten, daß es sich bei ihrer Waffenerhebung lediglich um eine Abwehr gegen das bevorstehende Einrücken der Russen handele. Der Verfasser.

**) Man ersieht auch hieraus, daß der Aufstand schon länger vorbereitet war, bevor die Polen offen damit hervortraten. In Pleschen hatte schon am 15. März ein polnischer Rekrut der dort im Standquartier liegenden Eskadron der 1. Ulanen gemeldet, daß seine Landsleute die Schwadron nachts im Schlafe überfallen wollten. Der Verfasser.

Ein- und Ausgänge der Stadt seien von polnischen Insurgenten besetzt." Nunmehr schien mir der äußerste Moment gekommen. Wir wären sicherlich einzeln in der Nacht überfallen und uns die Waffen abgenommen worden. Ich schickte in die Stadt und ließ den beherztesten Deutschen sagen, sie sollten sich sofort mit ihren Büchsen bei mir (d. h. auf dem an die Stadt anstoßenden großen Wirtschaftshof, dem „Amt" der Domäne Waldau) sammeln. Meine Leute von den Vorwerken ließ ich durch reitende Boten bestellen und ebenso die in der Nähe gelegenen deutschen Bauerngemeinden (Kaisershöh, Kaisersthal, Königsbrunnen*) usw.) Als die Boten abritten, trat ich an meinen Waffenschrank, hing die Jagdtasche um, sah die Pistolen noch einmal nach, steckte den Hirschfänger zu mir, zog von meiner Doppelflinte das Schrot ab und setzte ein paar Kugeln in die Läufe. Da stürzte meine Frau, das Kleinste auf dem Arm, die anderen Kinder weinend an den Kleidern hängend herein, sie warfen sich vor mir nieder, die Kinder umfaßten mir die Knie und baten mich, von meinem Vorhaben abzustehen. Es war ein entsetzlicher Moment! Ich küßte sie, bat sie, nicht auf den Hof zu kommen, das Haus zuzuriegeln und empfahl sie dem Schutze des allgütigen Gottes. Noch einmal küßte ich ein jedes und dann mit einem Sprunge zur Tür hinaus auf die Rampe! Mit lauter Stimme rief ich meine Leute, die aus allen Türen herbeistürzten. Bald waren alle mit Sensen, Heugabeln und Aexten bewaffnet, etwa acht auch mit Flinten und aus der Stadt zwölf mit Büchsen auf dem Hofe. Es war im ganzen eine Schaar von nur sechzig Mann, aber ich fühlte eine Armee in meiner Hand. Soeben hatte ich meine Leute geordnet, als ein Abgesandter mit Friedensanträgen vom polnischen General aus Strelno eintraf. Ich ließ ihm indessen zurücksagen, falls er nicht sofort mit seiner ganzen Mannschaft die Stadt Strelno räumte, würde ich ihn angreifen. Hierauf bekam ich eine vom General Jarodczynski unterschriebene, entsetzliche Kriegserklärung. Ich ließ antreten und formierte drei Züge, den Schützenzug vorn. Ich marschierte rechts seitswärts vor dem Zuge, mein lautes Kommando kam aus mutiger Brust und wirkte belebend auf meine Tapferen, die mir mit festem Tritt folgten. An der Marktecke stand ein Doppelposten von polnischen Sensenmännern, die wie versteinert bei unserem Anblick waren. Ich kommandierte ruhig: „Rechts schwenkt marsch!" und gab dabei dem Posten eine Ohrfeige, daß er samt seinem klirrenden Spieß**) über den Eckstein auf das Pflaster fiel und wie ein Besessener davonlief. Ich formierte die Front (d. h. marschierte in Linie auf) und ging im Sturmschritt vor. Der überraschte Feind konnte nicht Zeit gewinnen, sich zu ordnen, und floh bei unserem Hurra, die Waffen wegwerfend, in wilder Flucht. Einige bekamen zudem noch tüchtige Hiebe. Aus den Fenstern wurden vier Schuß auf mich abgegeben, verfehlten aber ihr Ziel. Auch ein polnischer Schmied, dem ich immer nur Gutes getan, schoß in dem Gemenge auf zwei Schritte nach mir, doch ging mir die Kugel an Schulter und Kopf vorbei. Ich erkannte das blasse und zitternde Gesicht und wandte mich ab mit der Frage: „Wer hat hier geschossen?", sonst hätten ihn meine Leute zerrissen.

---

*) Alte deutsche Ansiedelungsgemeinden. Kühnes eigene Gutsleute und Arbeiter waren zumeist Polen, auf dem „Amt" wie auf den Vorwerken. Es kam aber auch darauf an, diese nicht zu den Insurgenten zu lassen. Gestützt durch seine und seiner Beamten Autorität, gelang es ihm, dies allerdings zweifelhafte Element in der Hand zu behalten. Der Verfasser.

**) Die „Sensenmänner" trugen die Sensen wie einen Spieß auf das hölzerne Untergestell aufgepflanzt.

II.

Jetzt hörte ich Pferdegetrappel und glaubte schon, es seien polnische Edelleute mit neuem Zuzuge. Da erkannte ich die Stimme meines Inspektors von Mühlgrund, des Herrn von Kleist. Er hatte alles zu Pferde gesetzt*) und kam an der Spitze von vierzig Reitern die Straße nach den Markt mit dem Rufe: „Vorwärts, Jungens!" in sausender Karriere angesprengt, alles vor sich niederwerfend. Ich war gerade dabei, das Haus zu stürmen, in dem die polnische „Generalität" sich versammelt hatte. Da war von Kleist auch schon vom Pferde, warf sich mit seinen herkulischen Kräften gegen die Tür, daß sie aufsprang und nun begann ein neuer Kampf auf dem dunklen Hausflur. Vier Schuß fielen, ohne zu verwunden, nur einige schlimme Säbelhiebe kamen vor. Ein Herr von Wilowiski hatte mir von hinten eins mit dem Säbel zugedacht, aber einer meiner Bravsten, der Tischler Hempel hatte mit der offenen Hand den Säbel abgefangen, ihn dem Polen aus der Hand gedreht und dem Burschen dann mit dem Gefäß beide Augen derartig braun und blau geschlagen, daß es gerade höchste Zeit war, als ich ihn davon abbrachte. „Das müssen Sie schon erlauben, Herr Oberamtmann," sagte er, „den Hund schlagen wir tot." Acht Personen nahmen wir in dem Hause fest, aber noch immer fehlte mir der „General", Herr v. Jarodzynski. Nach langem Suchen fanden wir ihn durch die Brille in den Abtritt gekrochen. Bis an die Schultern saß er im Kot, und nur durch einige schlechte Witze rettete ich ihm das Leben.

Unter den Gefangenen war auch ein Herr von Lubowiecki, der vier Jahre bei mir in der Wirtschaft gewesen war und den ich immer sehr gern gehabt hatte. Es war ein eigenartiges Wiedersehen! Er besaß in Polen ein Gut, dort hatte man ihn aufheben wollen, er war geflohen, sein alter Vater nach Sibirien gebracht und das Gut eingezogen. Jetzt war der Unglückliche nun in die Welt gestoßen. So irrt zurzeit eine Menge russischer Polen hier herum, die teilgenommen haben an dem Aufstande 1830 und nun nicht wieder zurück können. An der Grenze haben sie dann zuweilen ein Wiedersehen mit Frau und Kind. Es ist eine leichtsinnige Nation!

Den Gefangenen ließ ich zu zweien ein Zimmer anweisen und stellte einen Doppelposten vor die geschlossenen Türen. Sonst ließ ich ihnen nichts abgehen.

Wir hatten über 200 gerade gerichtete Sensen, 30 Gewehre, eine Fahne und eine Trommel erobert.

Jetzt kamen auch meine Leute von den andern Vorwerken, auch mein Inspektor Lochmann kam von Bromberg an, die Schützengilde aus Strelno sammelte sich, und die deutschen Bauerngemeinden der Umgegend trafen ein. Da es schon an zu dunkeln fing, ließ ich den Markt erleuchten. Jede Gemeinde ward mit Hurra und Trommelwirbel empfangen. Ich ordnete die Haufen, bestimmte die Führer, setzte die Wachen fest und ließ Reitervedetten ausstellen. Dann ordnete ich den Patrouillendienst und sorgte für Proviantierung. Es mußte Holz herangeschafft werden für die Biwakfeuer und Stroh für die Lager. Während alles schlief, durfte ich nicht ruhen, denn ich dachte jeden Augenblick an einen Ueberfall. Ich setzte mich am Marktplatz auf einen Stuhl am Brunnen, neben mir lag der Tambour, um schnell Alarm schlagen zu können, falls ich es anordnete.

Die regelmäßig eingehenden Rapporte meldeten das Anhalten mehrerer polnischer reitenden Boten, die auf einen Angriff am folgenden Tage schließen ließen. Mein Korps war bis auf 80 Mann Kavallerie, 80 Büchsenschützen und 1000 Mann mit Sensen und Heugabeln ange-

---

*) Natürlich waren es zumeist Ackerpferde, ungeritten und ungesattelt. Der Verfasser.

wachsen. Mit Sonnenaufgang ließ ich zur Reveille schlagen. Alles mußte antreten und ich sprach einige Worte, indem ich die Leute aufforderte, Gott für unseren Sieg zu danken und seinen Beistand für die gerechte Sache zu erflehen. Ich kommandierte: „Mützen ab zum Gebet!“ Alles stand lautlos. Es war ein ergreifender Moment, der mir unvergeßlich bleiben wird. Dann ließ ich zugweise vorbeimarschieren und teilte die Wache von neuem ab. Die Juden mußten ein Faß mit Kaffee und einen Wagen mit Semmeln für die Truppen liefern. Alle Schenken hatten geschlossen zu bleiben, um Trunkenheit zu vermeiden. Ohne Urlaub durfte niemand aus seiner Abteilung treten und ich bewegte mich, um die Ordnung aufrecht zu erhalten, fortwährend unter der Menge.

Die beiden polnischen Schlingels, die die preußischen Wappenschilder heruntergerissen hatten, ließ ich arretieren. Die Schützen mußten in Parade aufmarschieren, und ich verkündete den beiden Kerls, daß sie sofort wieder die Wappen anzumachen hätten, widrigenfalls sie erschossen werden würden. Sie wagten keine Widerrede und 20 Schützen marschierten mit ihnen und den schön bekränzten Wappenschildern ab. Während der Befestigung kommandierte ich: „Achtung! Präsentiert das Gewehr!“ und brachte dem geliebten Könige ein Hoch aus voller Brust. So zogen wir von der Post zum Steueramt und dann zum Bürgermeister. Die ganz außer Kraft gekommenen Behörden waren damit wieder eingesetzt. Die beiden polnischen Kerls aber ließ ich binden und schickte sie mit Eskorte nach Hohensalza*) an das dortige Kreisgericht.

Unterdessen hatte sich in meinem Korps eine Menge verdächtiger Polen eingeschlichen. Als ich gerade die Wache hatte aufziehen lassen, wurde aus der zweiten Reihe mit einem Pistol nach mir geschossen. Da es aber überladen war, traf es nicht mich, sondern den Vordermann in den Fuß, so daß er fortgetragen werden mußte und mehrere Monate daran lag. Ich tat wieder, als wüßte ich nicht, wer der Schütze gewesen und hielt es für ein Versehen. Es war ein Mensch, dem ich 20 Taler geborgt hatte, um ihn vor der Strafe des Betruges, die ihn sicher erwartete, zu retten. Später habe ich ihm aber unter vier Augen ein paar tüchtige Ohrfeigen verabreicht. Wenn er mich jetzt (nachdem einige Monate vergangen sind) sieht, fährt er unwillkürlich mit der Hand nach dem Kopf, als wollte er parieren und grüßt mich dann sehr devot.

Mehrmals bemerkte ich, daß in verdächtiger Weise Ziegeln auf den Hausdächern aufgehoben wurden und ein Flintenlauf sich auf mich richtete. Ich ließ zwei Häuser ganz durchsuchen und alle Waffen darin fortnehmen. Dann aber erklärte ich öffentlich, daß ich beim nächsten Fall dieser Art das Haus der Erde gleich machen lassen würde. Damit hörte der Spaß auf.

Alles mögliche wurde angewandt, um mich von meinem Posten zu bringen, und ich mußte alle Ruhe und Kraft zusammennehmen, um die ewig aufgeregte rohe Masse mit Besonnenheit zu leiten. Wiederholt wurden falsche Nachrichten ausgesprengt. Es wurde mir berichtet, daß die Polen meine Vorwerke Blumberg und Gay abgebrannt hätten, daß in Mlyny geplündert würde und daß man auf dem Amt meine Frau und meine Kinder mißhandelte.**) Ich schickte nur Patrouillen ab und einige sichere Schützen in meine Wohnung unter dem Vorwande, sie sollten dort Patronen machen.

Nach Thorn (58 km), Bromberg (66 km) und Gnesen (40 km), den

---

*) Hohensalza, damals Inowrazlaw genannt, war die Kreis-Haupstadt 21 km Wegs nördlich Strelno. Der Verfasser.

**) Alles dies wurde von den Polen in Strelno ausgestreut, um den Oberamtmann Kühne zu veranlassen, den Ort zu verlassen, damit die Polen in der Stadt wieder das Regiment an sich reißen könnten. Er ließ sich aber nicht beirren und blieb. Der Verfasser.

nächsten Garnisonen, hatte ich wegen Verstärkung durch eine Truppenabteilung geschrieben.*) Es blieb jedoch erfolglos und ich mußte überlegen, wie ich mich mit diesem Haufen länger würde halten können, denn die Meuterei drohte in demselben immer mehr zuzunehmen.**) Ich saß auf einer Erhöhung vor einem Hause am Markt, als ich plötzlich einen polnischen Pächter mit zwei gespannten Pistolen, in jeder Hand eine, auf mich zukommen sah. Ich stand auf, trat ihm entgegen und rief: „Aber Bratzki, bist du toll? Du willst auf mich schießen?“ Da wich er zurück, gleichzeitig hörte ich an zwanzig Gewehrhähne hinter mir knacken und sah, mich umwendend, daß sämtliche Schützen auf den Unglücklichen angelegt hatten. Nur mit Mühe gelang es mir, seine Schonung von den erbitterten Schützen zu erlangen. Ich entwaffnete ihn, und er flehte auf den Knien um sein Leben. Ich hieß ihn nach Hause gehen und Gott für sein Leben danken, erklärte aber zugleich, daß, wenn noch einmal ein Anschlag auf mein Leben ausgeführt werden sollte, ich die Betreffenden rücksichtslos würde erschießen lassen. Und ich kann versichern, ich hätte es bestimmt ausführen lassen.

Von dem General von Hirschfeld***) erhielt ich den Bescheid, ich

---

*) Die dortigen Truppen gehörten der 4. Division (II. Armeekorps) an, welche im nördlichen Teil der Provinz Posen, d. h. im Regierungsbezirk Bromberg, aber auch in Graudenz, Konitz und Stolp stand. Im Regierungsbezirk Posen befanden sich die Standorte der 10. Division, es wurden dorthin aber auch Teile der 9. Division (Niederschlesien) herangezogen. Die 9. und 10. Division bildeten das V. Korps mit dem Generalkommando in Posen. Bei diesem hatten die Linienregimenter ihre Reserven eingezogen und wurden auch die Landwehr-Infanterieregimenter mobil. Ihre militärische Hauptmacht entwickelte die polnische Insurrektion im Regierungsbezirk Posen. Die unentschlossene, weiche Haltung des Oberpräsidenten der Provinz, sowie das nur auf Vermeidung des Blutvergießens bedachte Eingreifen des beständig mit dem polnischen Nationalomitee paktierenden königlichen Kommissars v. Willisen lähmte die Tatkraft des kommandierenden Generals, sowie der diesem unterstellten Truppenkommandenre. Am 3. April war die Truppenverteilung im Regierungsbezirk folgende: $9^1/_4$ Bataillone, 10 Schwadronen und 18 Geschütze bildeten eine mobile Kolonne zur Durchstreifung des Landes und Niederwerfung des Aufstandes im Verein mit dem, dazu von ihren Standorten mit eingreifenden Truppen in der Festung Posen ($5^1/_2$ Bataillone, 1 Schwadron), in Schrimm (2 Bataillone, 1 Schwadron), in Sacutes (2 Bataillone, 1 Schwadron), in Krotoschin, Karge und Lissa je 1 Bataillon. — Sobald Ernst gemacht werden durfte, warfen die preußischen Truppen in der kurzen Zeit vom 10. April bis zum 8. Mai in 13 Scharmützeln und 17 Gefechten den Aufstand völlig nieder. Der Verfasser.

**) Ein großer Teil der hier durch die Autorität des Oberamtmanns Kühne und seiner Wirtschaftsbeamten zusammengebrachten Mannschaften war, wie man schließen muß, Polen, die nur die Furcht vor ihren Gebietern hinderte, zu ihren Volksgenossen überzugehen. Uebrigens herrschte in der damaligen Landbevölkerung, namentlich unter den Bauern vielfach eine anhängliche Gesinnung an König und Vaterland. Das Versprechen des Nationalkomitees, daß nach Wiederherstellung Polens jeder Arbeiter drei Morgen ($^3/_4$ Hektar) Land als Eigentum erhalten sollte, war doch sehr verlockend. Der Verfasser.

***) Hirschfeld befehligte zurzeit 2 Bataillone und 4 Schwadronen der 4. Division in und um Gnesen. Ein Teil dieser Truppen streifte beständig umher (wie dies auch bei anderen geschah), entwaffnete die Polen, setzte die preußischen Behörden wieder ein, entfernte die polnischen Wappenschilder und vertrieb die polnischen Kreiskomitees.

Der Verfasser.

möchte mich noch vierzehn Tage halten, dann käme er von seinem Zuge zurück und würde mir Militär senden. Das war aber mit einer solchen Masse von Leuten unmöglich, zumal auch der Proviant nicht beschafft werden konnte. Ich löste daher das Korps der Sensenmänner auf und übergab die Bewachung der Stadt der Schützengilde. Bis an die Vorwerke schob ich Kavallerieposten vor, richtete für die Nacht Alarmhäuser ein und wies die Dorfgemeinden an, es eben so zu machen und steten Verkehr mit mir zu unterhalten.

Jetzt eilte ich nach Hause in die Arme von Weib und Kind. Die Freude konnte kein Ende finden! Meine Frau vergoß Freudentränen und meine Jungens riefen: „Ja wir haben den Vater kommandieren hören und da hat der Trommler getrommelt. Und ein anderes Mal gehen wir mit! Und wie sie haben Hurra gerufen, da ist die Mutter auf die Knie gefallen und hat gebetet, und wir haben auch gebetet. Und als sie sagten, die polnischen Sensenmänner sind davon gelaufen, da haben wir uns so gefreut!“ Ja, solche Augenblicke waren schön, aber sie dauerten nicht lange.

Es war eine entsetzliche Zeit! Immer mehr verloren die Leute den Mut. Am Tage die anstrengenden Feldarbeiten und des Abends auf Wache oder in die Alarmhäuser, was auch nicht besser war. Ich selbst habe des Nachts immer nur auf dem Sofa angekleidet gelegen, um gleich bei der Hand zu sein. Auf dem Tisch vor dem Sofa lagen meine Waffen und die Munition. Vor Mitternacht revidierte Kleist und nach Mitternacht Lochmann oder ich die Posten, denn wir mußten jeden Morgen auf eine Bluthochzeit gefaßt sein. Es gehörte alle Energie von meiner Seite dazu, die Leute in Spannung zu erhalten. Wie leicht ist es, disziplinierte Truppen zu führen, und wie schwer, einen rohen Haufen zu einem solchen Kampf zu begeistern. Ich wandte alles an, Truppen hierher zu bekommen, es war immer vergebens. Viele einzelnwohnende Bauern und Pächter flüchteten sich allabendlich unter mein Dach, das ihnen doch noch am sichersten erschien. Alle Stuben waren voll, insbesondere von Kindern. Es wurde recht einfach gekocht, damit die Masse desto größer sein konnte, manche brachten sich auch etwas mit. Wenn wir verschiedene Fanale (durch die die Polen sich Zeichen gaben) brennen sahen und viel geschossen wurde, durften auch die Kinder nicht ausgezogen werden. Es war eine ewige entsetzliche Aufregung! Was hätte ich schon des moralischen Eindrucks wegen gegeben, wäre eine reguläre Truppenabteilung hierher gekommen. Aber alle Bemühungen waren vergebens. Noch vierzehn Tage sollte ich warten! Endlich kamen wenigstens Proklamationen von der Regierung. Das war doch etwas, das war doch ein Lebenszeichen!

Eines Morgens, als alles bei der Arbeit war, kam der Reiterposten von Kaisershöh angesprengt und meldete, daß ein Trupp Polen von dort im Anmarsch sei und zwar 40 zu Pferde und 50 mit Flinten und 180 mit Sensen. Mein Rechnungsführer ward blaß, wie der Kalk, und schon seine Angst gab mir den alten Mut. Mit der größten Ruhe beförderte ich die Eilboten, um den Insurgenten mit 300 Mann und 80 Pferden entgegentreten zu können. Dann trat ich an das Tor und sah den Trupp schon ankommen, der alles in Schrecken setzte. Noch war ich ganz allein, aber schon kamen die Getreuen angezogen und in kurzer Zeit hatte ich die Stadt bei mir im Gutshofe versammelt. Da gerade Markttag war und eine Menge polnischer Bauern in der Stadt, durfte der anrückende polnische Trupp auf keinen Fall in die Stadt gelassen werden. Von Kleist, der soeben mit der Kavallerie ankam, wollte den Feind sofort attackieren. Da jedoch das Terrain zu ungünstig, auch die Pferde durch den scharfen Ritt zu sehr ermüdet waren, ließ ich es nicht zu. Den Hof hatte ich an den Toren mit Kartoffelkasten und Schlempekuffen zugefahren. Ich gab den Posten den Befehl, den Feind

auf Schußweite zu empfangen und ging mit einer Abteilung Schützen bis an das Stadttor entgegen. Aber ehe ich heran war, rief Kleist: „Schonen Sie Ihr Leben, es sind Verräter!" und sprengte auf seinem Hengst mit gezogenem Säbel bei mir vorbei. Ich eilte ihm nach und bald standen wir uns gegenüber. Ein Herr von Molinski bat sehr höflich, ihm den Durchmarsch durch die Stadt nach dem Kloster zu gestatten, wo für seine Leute ein Mittagessen bereitet sei. Ich versicherte ihm, daß ich den Befehl zurückgelassen hätte, auf jeden Feuer zu geben, der sich auf Schußweite zeige, und diesen Befehl könne ich nicht zurücknehmen, doch bleibe es ihm überlassen, die Stadt auf Schußweite zu umgehen. Dieses geschah dann auch. Erst später erfuhr ich, daß die Polen meine Kartoffelkästen für Munitionswagen und die Schlempekuffe für eine Zwölfspfünderkanone gehalten hatten und in entsetzlicher Angst gewesen wären. Diesem Irrtum verdankten wir ihren schleunigen Abmarsch.

Am Abend sahen wir wieder mehrere Fanale brennen und an der Waldgrenze wurde geschossen. Alles mußte in den Kleidern schlafen, und wir Männer blieben auf den Wachen. Immer mehr sank den Meinen der Mut und viele flüchteten schon nach Thorn (58 km) in die Festung. Von Tremessen (30 km südwestlich) her, wo ein großes Insurgentenlager war, wollte man uns überfallen. Auf meinen Kopf waren 100 Rubel gesetzt worden. Wiederholt erhielt ich Drohbriefe, die mich erschrecken sollten, doch ich verbrannte sie, ohne sie nur jemand zu zeigen. Es war eine verzweifelte Lage!

Da endlich kam die Nachricht, daß von Thorn eine Kompagnie des 33. Regiments hierher im Marsch sei. Ich schickte ihr sofort eine Stafette entgegen und schilderte kurz unsere Lage. Der Hauptmann von Bronikowski befragte seine Leute, ob sie wohl drei Tagemärsche in einem Tage zu machen imstande seien. Ein lautes „Ja!" war die Antwort der braven Kompagnie. Die Antwort des Hauptmanns an mich lautete dahin: „Noch heute Abend treffe ich bei Ihnen ein." Diese Nachricht schon wirkte belebend auf alle!

Ich sandte sofort meine Gespanne nach Hohensalza (Inowrazlaw 21 km) zum Fahren des Gepäcks, doch wurde es Nacht, ehe die Truppen einrückten. Ich hatte befohlen, beim ersten Trommelschlag die ganze Stadt zu erleuchten. Um 11 Uhr abends meldeten die Posten das Nahen der Truppe. Wer konnte unsere Freude beschreiben! Das laute Kommando, der feste Tritt und die wirbelnden Trommeln ließen mein altes preußisches Soldatenherz fast die Brust zersprengen. Auch ein Zug Dragoner unter einem Leutnant von Seydlitz war dem Kommando beigegeben. Ich verpflegte die Truppen alle bei mir, sie bezogen die Scheunen, die immer schon als Alarmhäuser gedient hatten und stellten nur die allernötigsten Posten, denn damit sich die schwer überanstrengten Soldaten ausruhen konnten, ließ ich für die erste Nacht meine Leute noch auf Wache. Am andern Morgen besichtigte ich mit den Offizieren das Terrain. Die Posten wurden für richtig befunden und nun vom Militär besetzt.

Welche Wonne, als ich aus den Kleidern nun einmal wieder in das Bett kam. Mit Wohlbehagen zog ich mich am andern Morgen an, ich war wie neu belebt. Die Konfusion in meinem Hause aber kann sich niemand denken. Nun war zu den vielen Geflüchteten auch noch das Militär gekommen! Doch von Herzen gern gab ich, was ich hatte.

Leider dauerte die Freude nicht lange, denn die Kompagnie mußte wieder nach Thorn zurückmarschieren. Sie hatte nur einen kurzen Streifzug hierher machen sollen. Seydlitz hatte für seinen Zug Dragoner keinen besonderen Befehl bekommen, und ich bat ihn, noch zu bleiben. Er kam meiner Bitte nach, obwohl es sehr gewagt von ihm war. Unermüdlich tat er mit seinen Dragonern bei dem fürchterlichen Wetter seinen schweren Dienst. Doch auch er mußte bald abrücken.

(Leider fehlen in diesen Kühneschen Aufzeichnungen alle Zeitangaben, d. h. an welchen Kalendertagen sich die einzelnen Ereignisse zutrugen.)

Nun waren wir wieder ganz auf uns selbst angewiesen, dem ganzen Haß der Insurgenten preisgegeben! Es kostete mir große Mühe, mein Korps wieder zusammen und in Ordnung zu bringen. Dabei wurden meine eigenen Leute von den Pröpsten in der Beichte bearbeitet (es war kurz vor Ostern, also zur Beichtzeit). Wer in der Beichte gewesen war, kam nicht mehr zu den Wachen.*) Einer meiner jungen Leute (Wirtschaftseleve) brannte mir sogar durch und ging in das polnische Lager. Immer vereinzelter stand ich da. Truppen bekamen wir hier nur noch auf Durchmärschen zu sehen. Sie waren auf das Grausamste ermüdet und wurden nirgends ordentlich verpflegt. Ich war außer mir, wenn ich die Geschichten hörte, wie sie hin- und hergezogen wurden und wie der Königliche Kommissar zu den Verhandlungen mit den Polen, von Willisen**) überall den schon befohlenen oder gar schon im Gange befindlichen Angriff zu hintertreiben wußte.***) Ich sah mit Besorgnis die Lawine des Aufruhrs wachsen und warnte immer vor den Pfaffen und den Sturmglocken. Im Anfang hätte man das ganze Feuer der Revolution mit einem nassen Sack ersticken können, nachher waren Ströme Blutes erforderlich, um die Flamme zu löschen! Und das verdanken wir einzig und allein dem Königlichen Kommissar v. Willisen!

III.

Keine Gelegenheit ließ ich unversäumt, wieder Militär hierher nach Strelno zu bekommen. In Mogilno, 20 km westlich von Strelno, war der Oberst von Herrmann mit 3 Kompagnien des 14. Infanterieregiments und einer halben Eskadron der 3. Dragoner eingetroffen. Am 9. April fuhr ich zu ihm und bat um eine Kompagnie. Er schlug es mir ab und ich wurde sehr bitter gegen ihn. Da sagte er zu mir: „Sie tun mir Unrecht. Doch will ich es Ihnen nicht übel nehmen, und da Sie ein braver Mann sind, will ich Ihnen auch die Wahrheit sagen. Ich darf nicht, denn morgen greife ich das Insurgentenlager in Tremessen an" (18 km südlich Mogilno). Ich fuhr wieder nach Hause, doch mein Entschluß war gefaßt. Bei diesem Unternehmen auf Tremessen mußte ich dabei sein! Der Tischler Hempel und mein Jäger Holobars, zwei verwegene Kerls, baten mich, sie mitzunehmen. In der Frühe des 10. April fuhr ich mit den beiden auf meinem kleinen Wagen nach Mogilno. Als wir am 10. April etwa um 8 Uhr vormittags nach Mogilno kamen, hörten wir, daß die Truppen schon in der Nacht abgerückt seien. Zwischen Mogilno und Tremessen traf ich jedoch einen Leutnant von Schleinitz, der dem Oberst von Herrmann von Willisen den Befehl überbringen sollte, der Angriff sollte nicht stattfinden. Da Schleinitz aber auf Wilatowen zuritt, verfehlte er den Oberst und traf ihn erst, als dieser inzwischen das Gefecht schon eröffnet hatte. Der wackere Oberst konnte ihm daher nur ein: „Zu spät!" zurufen. Die Truppen waren bereits siegreich bis zum Markt vorgedrungen, den Feind von einer Barrikade zur andern treibend. Da kam von der anderen Seite (also aus der Richtung von Gnesen) der Divisionsadjutant, Leutnant von Buddenbrock angesprengt und überbrachte von Willisen

*) Ein sehr bezeichnender Vorgang. So hat der Klerus eventuell auch bei der Mobilmachung die Leute in der Hand. Um so dringender geboten ist es, daß wenigstens der Erzbischof kein Pole ist.

**) Vergleiche Kapitel 7.

***) Siehe „Die kriegerischen Ereignisse im Großherzogtum Posen 1848" von Major Kunz (Berlin, Mittler & Sohn).

den Befehl zum Einstellen des Gefechts, dem der Befehl zum Rückzuge folgte. Man denke sich nur, die siegreichen Truppen wurden nach halbem Siege zum Rückzuge kommandiert! Es ist unglaublich! Gleich nach dem Abmarsch der Truppen waren die Insurgenten wieder in Tremessen eingezogen und hatten die grausamsten Exzesse vollführt. Mehrere Deutsche und Juden waren auf das Entsetzlichste verstümmelt und ermordet worden. Andere waren von den Polen in das Gefängnis geworfen und tagelang ohne Nahrung gelassen worden, bis die einrückenden Truppen sie befreiten.*)

Als ich nach Hause fuhr, traf ich überall flüchtende Insurgenten. Sie hatten die Waffen fortgeworfen, die Stiefeln auf dem Rücken und liefen, was sie nur konnten. Als wir dem Walde bei Strelno näher kamen, bemerkten wir mehrere Wagen in scharfem Tempo auf uns zukommen. Wir sahen Flintenläufe und unwillkürlich hatte jeder von uns dreien die Büchse gespannt im Arm liegen. Da erkannte ich die blessigen Pferde eines Strelnoer Bäckers und richtig, es waren Strelnoer Bürger. Es hatte sich nämlich das Gerücht verbreitet, die Polen wollten mich im Walde aufheben. Meine Frau hatte sich sehr geängstigt und darauf waren 20 Schützen uns mit Wagen entgegengefahren. Die Freude des Wiedersehens war groß und der Druck mancher schwieligen Hand mir

---

*) Diese Darstellung, die dem Major Kunz bei Abfassung seiner Schrift nicht bekannt war, stimmt mit der Gefechtsbeschreibung desselben durchaus überein. Wie Herrmann von Mogilno, so rückte eine andere, 1 Bataillon, 3 Schwadronen und 4 Geschütze starke Kolonne von Gnesen aus gegen das zwischen beiden Orten gelegene Tremessen vor, um die dort stehenden Insurgenten gleichzeitig anzugreifen. Nach polnischen Angaben bestanden letztere aus 1200 Sensenmännern, 240 Jägern und 120 Ulanen. Infolge des Eingreifens des königlichen Kommissars v. Willisen „kein Blut zu vergießen“, mußte die Gnesener Kolonne schon bei Jankowo den Vormarsch auf Tremessen einstellen. Die von Mogilno vorrückende Abteilung bekam den Befehl, von einem Angriff abzustehen, zu spät. In Erwartung des Eingreifens der viel stärkeren Truppen aus Gnesen, griff Herrmann an. Obgleich er auf sich selbst angewiesen blieb, drang er dennoch fechtend bis zur Stadt und nahm danach, über mehrere verteidigte Barrikaden vorstürmend, die Vorstadt. Da traf ihn der Befehl zum Rückmarsch. Die Preußen hatten 1 Toten und 18 Verwundete und machten 80 Insurgenten zu Gefangenen. Außer letzteren sollen die Polen 20 Tote und 30 Verwundete verloren haben. Nach dem Abmarsch der siegreichen Truppen begannen wüste Mord- und Raubszenen gegen deutsche und jüdische Einwohner der Stadt, angeblich, weil diese Einwohner während des Gefechts aus den Fenstern auf die Polen geschossen hätten. Der jüdische Kaufmann Hirsch Strelitz, ein auf beiden Beinen gelähmter 60jähriger Mann wurde auf die Straße geschleppt und niedergeschossen. Da er noch Lebenszeichen von sich gab, tötete man ihn mit Sensenstichen vollends. Er hatte bei Herannahen der preußischen Truppen geäußert: „Gott sei Dank, jetzt werden wir doch Ruhe haben.“ Der Kaufmann Kutnowski wurde mit den Worten: „Heraus, Jude!“ aus seinem Laden auf die Straße geschleppt und dort erschossen. Dem jüdischen Bäckerjungen Meyer Pflann bereitete man dasselbe Schicksal, weil er den Soldaten Semmeln verabfolgt hatte. Seinen um Gnade bittenden Vater mißhandelten die Insurgenten mit Kolbenstößen und Sensenstichen. Die Häuser mehrerer Deutschen und Juden wurden geplündert, ein Oberlandgerichtsassessor, der Stadtkämmerer und 28 andere Männer ins Gefängnis geworfen und tagelang ohne Nahrung gelassen, bis sie am 12. April von den wieder einrückenden preußischen Truppen befreit wurden.

ein liebes Freundschaftszeichen. Zu Hause gab es natürlich eine tüchtige Strafpredigt.

Einige Tage später*) kam von Mogilno eine Kompagnie des 14. Regiments nach Strelno. Sie war ermüdet bis zum Umsinken. Ich traf sie zwischen Blütenau und Strelno und nahm einige ganz Ermattete mit auf meinen Wagen. Vor Strelno wurde noch einmal gerastet und dann ging es mit Trommelschall im strammen Schritt in die Stadt hinein. Kaum hatten wir uns zu Tisch gesetzt, als ein Husar auf schäumendem Pferd den Befehl zum sofortigen Abmarsch überbrachte. Es wurde Generalmarsch geschlagen und ich befürchtete, daß nur die halbe Kompagnie zusammenkommen würde. Aber nach 15 Minuten fehlte kein Mann auf dem Sammelplatz. Ich bat den Hauptmann, die Fußkranken hier behalten zu dürfen, was mir auch gestattet wurde. Es waren 12 Mann und ein Fähnrich von Lettow. Dieser schlief die ersten drei Tage und drei Nächte fast ununterbrochen und wachte nur, um zu essen. Auch die andern wurden bestens verpflegt, so daß sie nach acht Tagen ihrer Truppe folgen konnten.

Eine Kompagnie des 33. Regiments**) hatte den Auftrag erhalten, den polnischen Gutspächter Bratzki zu arretieren, der damals mit zwei Pistolen auf mich losgegangen war. Ich machte sie darauf aufmerksam, daß er sich widersetzen würde, und so geschah es auch. Mit gespannter Pistole trat er den Soldaten entgegen. Ein Dragoner schoß ihn durch Arm und Brust und ein Füsilier durch den Kopf, so daß er sofort tot war. Auch die Frau hatte mit der Pistole auf die Leute schießen wollen. Man brachte sie an einem Strick gebunden und mit dem Blute ihres Mannes besudelt, hier an, um sie dem Gerichtsgefängnis in Hohensalza (Inowrazlaw) einzuliefern. Das demokratisch gestimmte Gericht entließ sie jedoch gleich wieder mit den von mir eingelieferten Abreißern der amtlichen preußischen Staatswappenschilder. (!)

Jetzt kam die ganze Gegend in Alarm. Dem Bratzki wurde ein ungeheures Begräbnis von den Polen bereitet. Die Pfaffen versuchten in der Leichenrede den ganzen Haß auf mich zu leiten. Ich sollte ihn, als Dragoner verkleidet, erschossen haben. Für den Ostersonntag, welcher damals mit dem Woyciechtage zusammenfiel, ward uns eine Blutnacht angesagt. Es war der 23. April.***)

Da die Polen von der Königlichen Partei ganz abgefallen waren, (d. h. ihre Untertanenpflicht nun gänzlich verleugneten) und die Deutschen immer mehr flüchteten, so standen mir nur noch wenige Männer zur Seite. Ich bat daher um Militär und erhielt aus Mogilno 50 Füsiliere des 21. Regiments unter Leutnant von Raven. Am Charfreitage traf (wohl aus Mogilno) eine Blücherhusarenpatrouille ein, blieb zur Nacht und ritt am Sonnabend Morgen wieder ab. Als sie durch Strelno ritt, begegnete ihr der Vikar Westphal mit der polnischen Kokarde an der Mütze. Ein Husar nahm ihm die Mütze vom Kopf, schnitt mit dem Säbel die Kokarde herunter und ritt dann mit der Patrouille weiter. Diese Sache diente zum Vorwande für den bereits planmäßig eingeleiteten Anschlag auf Strelno und das (wie erwähnt, dicht angrenzende) „Amt" (dem Wirtschaftshofe der Domäne Waldau).

Das war mir sofort klar, als ich von dem Vorfall hörte und ich

---

*) Es dürfte der 19. April gewesen sein. Wenigstens erhielt Mogilno an diesem Tage eine kleine Besatzung. Der Verfasser.

**) Wahrscheinlich aus der Festung Thorn entsendet. Der Verfasser.

***) Im Jahre 1848 fiel der Tag des heiligen Adalbert, des polnischen Nationalheiligen, auf den ersten Ostersonntag, den 23. April. Auf Grund des Aberglaubens, daß die Wiedererstehung Polens mit dem Zusammentreffen beider Tage eintreten sollte, erwartete man daher eine allgemeine Schilderhebung der Polen. (Major Kunz.) D. Verfasser.

schrieb daher sofort an den Hauptmann Fröhlich*) in Mogilno um Verstärkung. Mein Inspektor Lachmann sollte den Brief überbringen und zwar zunächst scheinbar in das Feld reiten und dann möglichst unbemerkt nach Mogilno. Die wenigen Deutschen (in Strelno) aber konnte ich nicht mehr zusammenbringen!

IV.

Da kam gegen Mittag plötzlich der andere Inspektor v. Kleist von Mlyny herangesprengt und rief: „Herr Oberamtmann, retten Sie sich! Aus dem Walde kommen an 2000 Insurgenten und rufen nur „to Amto, to Amto", d. h. aufs Amt, aufs Amt!" Ich sandte sofort in die Stadt, aber kein Deutscher erschien. Meine eigenen Leute versteckten sich auf den Böden oder rannten ins Feld und verbargen sich in den Gräben. Ich erklärte nun, ich würde Frau und Kind im Keller verrammeln und selbst mit den 50 Füsilieren zum Gefecht antreten. Aber Kleist beschwor mich, das nicht zu tun, da wir uns gegen die Uebermacht doch nicht würden halten können. Schon hatte er einen alten treuen Fornal (Pferdeknecht) einen Leiterwagen anspannen und Stroh darauf legen lassen. So setzte ich denn Frau und Kinder auf den Wagen und mich selbst neben den Fornal (Kutscher), meine Doppelflinte im Arm.**) Als wir zum Hintertor abfuhren, hörten wir schon das Läuten der Sturmglocken in Strelno. Es war schauerlich! Ueberall sahen wir Insurgentenhaufen heranziehen und Fliehende davoneilen.

Kleist begleitete uns bis an die Gutsgrenze. Da machte er kehrt. Es half kein Bitten. Er wollte mit den 50 Füsilieren siegen oder fallen. Noch ein Händedruck, dann sah ich nur noch eine Staubwolke und kurz darauf ritt er wieder in das Tor ein.

Als er auf dem Markt eintrifft, kommt er gerade zur rechten Zeit, denn die braven Füsiliere fangen an zu weichen. Da ruft er ihnen zu: „Kommt Landsleute, ich bin auch ein Pommer, wir werden das Gesindel schon werfen!" So dringen sie bis zum Kloster vor. Hier werden sie durch frische Scharen, die von Mlyny kommen und durch Insurgenten, die sich im Kloster festgesetzt hatten, von allen Seiten angegriffen. Sie formieren Karree, und Tod und Verderben um sich verbreitend, gelingt es ihnen, sich auf das Amt zurückzuziehen, wo sie sich verrammeln. Mein Jäger Holobars und die Bürger Rohr, Grieger, Zinser und Karst hatten sich den Füsilieren angeschlossen.

Gegen 6 Uhr abends hörte man von Mogilno her Gewehrfeuer: „Das sind unsere Flinten!" ruft ein Füsilier, und richtig war der Unteroffizier Hoffmann mit weiteren 50 Mann von Mogilno eingetroffen. Er war gleich beim Einrücken heftig von den Insurgenten bedrängt worden, hatte sich dann im Laufschritt südlich auf das Feld zurückgezogen, Front kommandiert und den nachgedrängten Polen drei tüchtige, ruhige Salven gegeben, worauf sich diese mit Hinterlassung vieler Toten in die Stadt zurückzogen. Inzwischen hatten auch die 50 vom Amt her einen Vorstoß gemacht, nahmen die Kameraden mit Hurraruf auf und zogen sich mit diesen gemeinsam dann wieder in das Amt zurück.

Die Insurgenten plünderten inzwischen die Stadt und erhielten immer noch verstärkende Zuzüge, so daß die Gefahr für die Füsiliere stündlich stieg. Sobald es daher an zu dunkeln fing, setzt sich Kleist mit dem Oberkontrolleur Giese zu Pferde, den Säbel am Riemen, die Pistole in der Hand, geht es durch die ganze, mit Insurgenten besetzte Stadt hindurch. Alles weicht vor den kühnen Reitern zurück, sie gewinnen die

---

*) Fröhlich bildete mit zwei Kompagnien Infanterie-Regiments 21 und 1/2 Schwadron Blücher-Husaren die Besatzung von Mogilno.

**) Kühne geleitete seine Familie nach Bromberg (66 km).

Straße nach Mogilno und kommen glücklich dort an. In Mogilno standen zwei Kompagnien des 21. Regiments, die 9. und 11. unter dem Hauptmann Fröhlich, sowie die halbe 3. Schwadron der Blücherhusaren Nr. 5, die Kinderfresser genannt, der Schrecken der Polen. Der Hauptmann Fröhlich ließ in Mogilno nur 60 Füsiliere und 10 Husaren zurück und brach mit den übrigen Leuten sofort nach Strelno auf, mit ihnen mein alter Freund, der Landrat Siling. Die Flinte auf dem Rücken machte er damals alle Züge des Militärs mit, da er ohne dasselbe auch nicht fungieren konnte. Seine Frau hatte er nach Bromberg geschickt und nun hatte er seine fahrende Habe in der Jagdtasche, in der rechten Rocktasche seine Kanzlei, in der linken das Taschentuch.

Als sich die Kolonne gegen Mitternacht der Stadt Strelno nähert, wird sie mit Flintenschüssen empfangen. Leutnant von Blankensee wird beauftragt, mit seinen Husaren, denen sich auch Kleist angeschlossen, die Verbindung mit dem Amte herzustellen. Es geht im Trabe, dann im langen Galopp und in sausender Karriere, daß die Funken sprühen, durch die Stadt bis auf das Amt. Was nicht niedergeritten wird, das wird zerhauen. Ich habe furchtbare Kopf- und Nackenwunden gesehen. Es geht doch nichts über eine gute Reiterattacke! Die schmetternden Signale, das Schnauben der Rosse und das Klirren der Waffen! Mir pocht das Herz, hätte ich den Angriff doch mitmachen können.

Die Truppen besetzten nunmehr alle Ausgänge der Stadt und schlossen diese bis zum nächsten Morgen ein, doch schlich sich die Mehrzahl der Polen unter dem Schutze der Dunkelheit aus der Stadt, wobei jedoch viele von den preußischen Patrouillen gefangen genommen oder niedergemacht wurden.

Am Morgen des 23. April, dem Ostersonntag ging Hauptmann Fröhlich gegen das Kloster vor, wohin sich der Rest der Insurgenten zurückgezogen hatte. Es wurden Leitern angelegt und als erster sprang der Sattlermeister Grieger über die Klostermauer. Gleichzeitig wurde das Tor eingeschlagen, den Hof fand man leer, aber in den Wirtschaftsräumen wurden über 100 bewaffnete Insurgenten gefangen genommen. In der Kirche in einem Schrank fand man den Vikar Westphal und den Dr. Gorczitza, die Häupter der Verschwörung. Es wurden die Glockenstricke abgeschnitten und dann gab es damit fürchterliche Prügel.

In der Stadt hatten die Polen arg gehaust und geplündert. Zwei unglückliche Deutsche, den braven Tischler Hempel, der seine im Wochenbett befindliche Frau nicht hatte verlassen wollen und einen gewissen Neumann hatten sie auf die schändlichste Weise gemordet, mit den Sensen zerhackt, auf das Barbarischste verstümmelt und bei den Beinen aufgehangen. Eine empörende Gemeinheit und unglaubliche Roheit! Auch mir war ein Kutschwagen, eine Doppelflinte, meine beiden schönen Stangenpferde und ein ausgezeichnetes Reitpferd gestohlen worden. Das letztere hatten sie einem meiner jungen Leute (Wirtschaftseleven), einem Herrn von Tempelhof abgejagt, ihn selbst gebunden und grausam mißhandelt.

Am ersten Feiertage erschienen noch wiederholt größere Insurgentenhaufen vor Strelno, wagten jedoch nicht, dasselbe anzugreifen und sahen sich bald wieder zum Rückzuge veranlaßt. Auf preußischer Seite war nur ein Füsilier verwundet worden, die Polen dagegen hatten bedeutende Verluste an Toten (angeblich 15) und Verwundeten.

Ich war inzwischen mit den Meinen glücklich in Bromberg angelangt. Meine Frau bekam vor Schreck und Angst das Fieber. Meine Kinder, bis auf die Haut durchnäßt, lagen ohne Kleider in den Betten. Ich besaß nichts und befand mich in einem entsetzlichen Zustande der Wut, daß ich vor den Polen schimpflich hatte fliehen müssen. Ich ging zum General von Wedel, dem Kommandeur der 4. Division. Von ihm erhielt ich die erste Nachricht, wie es in Strelno abgelaufen war. Als ich das Nötigste für meine Frau und Kinder besorgt hatte, brach

ich am 2. Osterfeiertage wieder nach Strelno auf. In Hohensalza erhielt ich vom Rittmeister von Schleinitz einen Unteroffizier und sechs Dragoner zu meiner Begleitung. In Markowitz traf ich eine Husarenpatrouille, mit der ich glücklich wieder in Strelno anlangte.

Ueberall sah man noch die Zeichen des Kampfes, Blutspuren auf der Straße, an Zäunen und Mauern. Aus meinem Rapsfelde am Hofe wurden noch am nächsten Tage Leichen gebracht. Mein ganzes Haus war voller Offiziere, die ich zum großen Teil schon kannte. Meine Freude war groß, wieder unter meinem Dache sein zu können

Jetzt aber hieß es rasch ans Gericht. Ich wußte, daß kurz nach mir ein Regierungskommissar kommen würde; doch ein Mann mit Frack und Brille schien mir nicht der geeignete Rächer. Es wurden kleine gemischte Truppenabteilungen formiert, von denen meine Inspektoren Lochmann, v. Kleist und ich als orts- und personenkundige je eine begleiteten. Die Kavallerie wurde vorgeschickt und besetzte die Ein- und Ausgänge der Dörfer, und die Infanterie durchsuchte die Häuser und hielt Standrecht. Es gab mörderliche Prügel! Den Pelz herauf, die Hosen herunter, über ein Bund Stroh, den Kopf zwischen den Beinen! Und immer hatten die Teufelskerls ihre eisernen Ladestöcke zur Hand! Die Herren Pröpste bekamen das meiste, weil ich schon eine Ahnung hatte, daß die Brüder sonst doch wieder frei ausgehen würden. Dafür haben sie mich auch jetzt (nachdem einige Monate verflossen sind) alle so lieb, daß sie ausreißen, wenn sie mich nur von weitem sehen. Am meisten aber hatte Kleist die Pfaffen geklopft und in einem Kriegsgericht immer erst auf Totschießen erkennen lassen und dann auf Hiebe begnadigt. Als die Herren von der Regierung kamen, war die ganze polnische Bevölkerung von Strelno und Umgegend bereits gehörig durchgeprügelt und die Ruhe wieder vollkommen hergestellt.

Da die zwei Kompagnien und die halbe Schwadron einstweilen als Besatzung hier in Strelno blieben, konnte ich Frau und Kinder von Bromberg wieder heimkommen lassen. Ich bemühte mich nun, mehr Zusammenschluß unter die Deutschen zu bringen, hielt öfter deutsche Volksversammlungen ab und bildete für den Kreis, sowie für jede Gemeinde einen Ausschuß. Ungeeignete Elemente wurden in den Versammlungen nicht geduldet. Ein republikanischer Dr. Schmidt (Deutscher), der den Leuten verkehrte Ideen in den Kopf setzen wollte, wurde auf meinem Wink von den Bürgern Zinser und Horst sofort an die Luft gesetzt. Zum Ueberfluß hielten sie ihn über das Treppengeländer und ließen ihn dann unvorsichtigerweise los. Jetzt aber fragen sie ihn immer, ob er wüßte, wieviele Stufen die Treppe hat.

Ich wurde von der Versammlung beauftragt, nach Berlin zu reisen und unseren Anschluß an Westpreußen zu betreiben.*) Am 2. Mai wollte ich abreisen. Da zeigte mir der Hauptmann Fröhlich einen Brief des Generals von Hirschfeld, worin befohlen war, die Strelnoer Garnison sollte sich mit dem Hauptkorps vereinigen, da ein Hauptschlag gegen das Insurgentenheer unter Miroslawski vorbereitet wurde. Ohne Militär konnte ich die Meinigen unmöglich hier zurücklassen. Ich gab an Lochmann noch die nötigen Befehle für eine Uebersiedlung nach Bromberg und reiste nach Berlin ab. Ich verließ dieses wieder unverrichteter Sache und fand die Meinen in Bromberg vor. Meine Frau hatte eine ziemlich geräumige Wohnung gefunden und kochte täglich in großen Töpfen für alle, die mit uns teilen wollten. Delikatessen gab es gerade nicht, aber es wurde ebenso gern angenommen, als wir es gaben, denn es waren eine Menge Familien aus der Strelnoer Gegend hierher ge-

*) Bei der Befürchtung, den Polen könnten für die Provinz Posen politische Sonderrechte eingeräumt werden, wurde eine Petition an den König gerichtet, den nördlichen Teil dieser Provinz mit Westpreußen zu vereinigen. Der Verfasser.

flüchtet, die nicht wußten, wovon sie leben sollten. Auch mein Inspektor Lochmann war mit einer Anzahl Gespanne mit Lebensmitteln nach Bromberg gekommen, während Kleist auf seinem Hengst sich den Husaren angeschlossen hatte, bei denen ein Onkel von ihm als Major stand.

Inzwischen war das Insurgentenheer geschlagen worden, der Rest hatte die Waffen gestreckt und Miroslawski ward gefangen (11. Mai). Jetzt war Aussicht, auch für Strelno wieder eine Garnison zu erhalten und wurde mir auf mein Bitten eine Kompagnie des 21. Regiments und ein Zug Blücherscher Husaren bewilligt. So konnte auch ich mit den Meinen Bromberg wieder verlassen und nach Strelno übersiedeln.

Unsere deutschen Versammlungen werden zur Pflege der Treue gegen König und Vaterland — auch jetzt, nachdem der Polenaufstand niedergeschlagen ist — weiter abgehalten und die Einrichtung der Gemeindeausschüsse scheint sich zur Förderung des Zusammenhanges untereinander gut zu bewähren. Wenn es wieder einmal losginge, würden wir uns rasch sammeln. Jetzt geht mein Bestreben noch dahin, einen festen Zusammenhang aller Deutschen zwischen Posen und Thorn zustande zu bringen. Allerdings stößt man dabei auf viel Flauheit und wahrlich schwer ist es, den Deutschen in Gang zu bringen. Aber ich zweifle nicht, daß es mir schließlich gelingen wird, denn die Deutschen sind hier jetzt auch zur Erkenntnis gekommen. Bisher haßten die Polen nur uns, aber wir nicht sie. Jetzt aber wird der Haß auf beiden Seiten nicht mehr ersterben.

Kürzlich war hier die Wahl zum Landtage. Ich bin von meinen, in der bedeutenden Mehrzahl polnischen Leuten einstimmig als Wahlmann gewählt worden, aller Wühlereien der Pfaffen zum Trotz. Das war ein großer Jubel! An zwei Stellen ließ ich tanzen, gab Schnaps und Bier und als es dunkel ward, brachten sie mir ein Ständchen.

Am vergangenen Sonntag erhielt ich einen Militärbrief, in dem mir im Mobilmachungsfall die Führung einer Landwehr-Schwadron zweiten Aufgebots angetragen wurde. Ich nahm das ehrenvolle Anerbieten natürlich sofort an. Gleichzeitig kam meine Frau mit der Zeitung herbeigeeilt und verkündete mir die Verleihung des Roten Adlerordens. Das war mir wirklich eine große Freude! Auch die deutschen Genossen aus der Stadt kamen und nahmen an meiner Freude herzlichen Anteil.

Die Folgen des Aufstandes machen sich hier noch allenthalben geltend. In meiner Wirtschaft geht es zwar noch erträglich, die Ernte war reich und die Wiesen gut, aber doch mußte Geld geschafft werden. Bier, Milch und Ziegelsteine, sonst so hübsch rentabel, sind gar nicht absetzbar. Allein hier in der Provinz Posen stehen jetzt 321 Güter zur Subhastation; davon sind sechs deutsche Besitzer, die anderen 315 Polen. Ihr Ruin ist durch die letzten Begebenheiten sehr beschleunigt worden, die Armut hier überall groß.

Zur Ostmarkenfrage erschien außerdem in meinem Verlage:

Bismarck und die Gegenwart. Rede, gehalten auf dem Bismarckkommers zu Posen am 1. April 1911. Von Prof. Dr. Otto Hötzsch. 30 S., 8°, 1911, brosch. M. 0,20.

Die Rede behandelt vor allem das, was von dem Bismarckschen Lebenswerk für die Gegenwart von größter Bedeutung gewesen ist und hebt den nationalen und monarchischen Gedanken auf das wuchtigste hervor. Die Fragen, die den Ostmärkern am nächsten liegen, werden gleichfalls angeschnitten.

Die Schule im deutschen Osten. Eine zeitgemäße schulpolitische Abhandlung. Von J. Raßmann. 48 S., gr. 8°, 1907, br. M. 0,75.

Der Schulstreik hat die Herausgabe der Broschüre veranlaßt. Der Autor läßt nur die Tatsachen für sich sprechen, die uns allerdings erkennen lassen, welch frevles Spiel dieser sogenannte Schulstreik gewesen ist, der eine angeblich angetane Ungerechtigkeit rächen sollte, von der die Betroffenen selbst nichts spürten, bis eine glattzüngige Presse und eine Anzahl Dunkelmänner sie „belehrten".

Ostmärkische Städtepolitik. Ein Zukunftsbild von einem Deutschen. 56 S., 8°, 1909, brosch. M. 0,80.

Das Werkchen lenkt die allgemeine Aufmerksamkeit auf die Tatsache, daß die preußische Ostmarkenpolitik sich bisher mit der so wichtigen Frage der Gewinnung der Städte für das Deutschtum in den Ansiedlungsprovinzen so gut wie gar nicht befaßt hat.

Die polnische Versöhnungskomödie. Zur Enteignungsfrage, eine Kritik der polnischen Gegenströmungen. Von Teut II. 43 S., 8°, 1908, brosch. M. 0,50.

Die Broschüre macht Front gegen die vereinzelten Stimmen aus dem polnischen Lager, die den guten deutschen Michel glauben lassen wollen, die Polen könnten durch eine Politik des Entgegenkommens für den preußischen Staatsgedanken gewonnen werden.

Deutschland und das Slawentum. Glossen. Von Teut II. 60 S., 8°, 1906, brosch. M. 0,75.

Eine höchst zeitgemäße Broschüre, in welcher in gedrängten, aber durchaus klaren Ausführungen und in allgemeinverständlicher Form, ohne das Rüstzeug wissenschaftlichen Beiwerkes, die Stellung Deutschlands zum Slawentum erörtert wird.

Die Polen in den Liedern deutscher Dichter. Von Professor Bruno Timm. 36 S., 8°, 1907, brosch. M. 0,75.

Die polnische Nation ist in der deutschen Dichtung in der Dornenkrone des Märtyrers und dem Lorbeerkranze der Helden von Dichtern wie Holtei, Platen, Lenau, Julius Mosen, Wackernagel usw. gefeiert. Es ist ein Verdienst des Verfassers in diesem Werkchen einmal klarzulegen, wie so unwahrheitsgemäße, irreführende Lieder selbst bedeutender deutscher Dichter entstehen konnten.

Polnische Auferstehung (Polonia rediviva). Ernste Betrachtungen und Mahnungen. Von Dr. Franz Winterstein. 92 S., gr. 8°, 1907, brosch. M. 1,50.

Zweck der Broschüre ist, sowohl auf die drohende Gefahr im Osten als auch auf die Mittel zur Abwendung dieser Gefahr hinzuweisen. Der Verfasser berücksichtigt alles, was zur Beurteilung der polnischen Frage von Belang ist, und hat damit ein knappes, aber inhaltreiches Werk geschaffen.

Unsere Ostmark. Von M. von Witten. 64 S., gr. 8°, 1907, 3. Auflage, brosch. M. 0,60.

Diese Broschüre bietet ein fesselndes, anschauliches Bild der geschichtlichen Entwicklung unserer Ostmark. Auf streng wissenschaftlicher Grundlage, ohne jede tendenziöse Färbung in gedrängter, doch dabei erschöpfender Darstellung klärt uns der Verfasser darüber auf, daß unser Besitz an der Ostmark zu vollstem Rechte besteht, und daß sie einzig und allein deutschem Fleiß und deutscher Arbeit ihre ganze Kultur verdankt.

Durch jede Buchhandlung zu beziehen oder unmittelbar von Oskar Eulitz' Verlag, Lissa i. P.



Ein polnischer Sokolvereinler

mit der polnischen Fahne triumphierend seinen Fuß auf den Leichnam eines deutschen Kriegers setzend. Verkleinerte Wiedergabe einer in Buntdruck hergestellten polnischen Ansichtspostkarte. Die Zahl der aktiven Mitglieder der Sokolvereine in Preußen betrug 1911 9000. Das oberste Gebot der Sokolvereine lautet: „Du sollst kein anderes Vaterland haben als das polnische!"

Druck von Thormann & Goetsch, Berlin S.W. 48.